

DIE WELTWOCHEN



Frauen regieren die Welt

Das Bundeshaus in der Gender-Falle.

Von Katharina Fontana und Hubert Mooser

Rommels Nazi-Schatz

Ein Schweizer Millionär will das sagenumwobene Raubgold aufgespürt haben. *Von Rico Bandle*

Es war einmal eine Elite-Universität

Zum Niedergang der HSG. *Von Florian Schwab*

China verstehen
52 Seiten
Sonderbeilage



FASZINATION DUBAI



Verlängern Sie den Sommer mit einem Aufenthalt im einmaligen Dubai. Entdecken Sie die Kontraste die die Faszination Dubai's so einmalig machen. Orientalische Märkte, futuristische Wolkenkratzer, elegante Einkaufszentren und faszinierende Hotels. Dazu traumhaftes Wetter und angenehme Temperaturen.



Ab
1895 CHF ^{—*}
pro Person im DZ

Sofitel Dubai The Palm Resort****(*)

Stilvolles Resort auf der Palm Jumeirah direkt am traumhaften Sandstrand. Vier verschiedene Pools und eine grosszügige Gartenanlage erwarten den Gast. Phantasievolle Pflanzenwände und Kunstwerke zeugen vom polynesischen Stil, in dem das Hotel gebaut wurde. Sehr elegante Zimmer mit Balkon und jeglichem Komfort. Zahlreiche Wassersportmöglichkeiten am Strand und grosser Spa Bereich. Dazu ein Fitnesscenter mit Yoga und Jogging. 5 Übernachtungen im Meersichtzimmer mit Halbpension
CHF 1'995.- vom 03.11. – 18.12.18 | CHF 1'895.- vom 13.01. – 31.01.19
CHF 2'150.- vom 01.02. – 22.03.19

Ajman Hotel****

Das ehemalige Kempinski Hotel besticht durch einen wunderschönen, feinsandigen Strand und zahlreiche Sportmöglichkeiten. Die 180 Zimmer sind alle elegant und geschmackvoll eingerichtet. Täglich Gratis Shuttle Bus nach Dubai.

5 Übernachtungen im Meersichtzimmer mit Frühstück
CHF 1'490.- vom 01.11. – 03.12.18 / 01.03. – 17.03.19
CHF 1'350.- vom 04.12. – 20.12.18 / 08.01. – 28.02.19



Ab
1350 CHF ^{—*}
pro Person im DZ

Leistungen bei beiden Angeboten: tägliche Flüge mit Emirates ab/bis Zürich (Hinflug So-Do, Rückflug Mo-Fr. Aufpreis Hinflug Fr/Sa, Rückflug Sa/So jeweils CHF 30.- pro Person/Weg) nonstop nach Dubai inkl. Taxen und Steuern, Privattransfers, 5 Übernachtungen im gewählten Hotel Basis Doppelzimmer mit Halbpension (Frühstück im Ajman Hotel), deutschsprachige Betreuung und ausführliche Reiseunterlagen.

Auftragspauschale/Reisegarantie CHF 50.-

bischofberger
reisen
Ihr Arabien Spezialist

Dufourstrasse 157 - 8008 Zürich
Tel. 044 384 93 93
www.bischofberger-reisen.ch
info@bischofberger-reisen.ch

Verlangen Sie unseren neuen
Arabien Katalog! Oder besuchen Sie uns
unter: www.bischofberger-reisen.ch

REISEGARANTIE





Stärke für die Zukunft: China-Beilage.

China und die USA bestimmen das Klima im Welthandel, Trump teilt Schläge aus, die chinesische Regierung gibt zurück. Wer ist stärker, wer leidet mehr unter dem Handelsstreit? Die Meinung des renommierten Wirtschaftshistorikers Niall Ferguson ist klar: China leidet etwa viermal so stark wie Amerika. Er vertritt diese Ansicht im Interview im *Weltwoche*-Spezialheft zu China, das dieser Ausgabe beiliegt. Es finden sich darin jedoch auch andere Einschätzungen, etwa das Argument, dass die jahrtausendalte Geschichte und Zivilisation Chinas auch eine Stärke für die Zukunft bedeute. Wie lernt man im Westen China besser verstehen, wie kann man mit dem riesigen Land zusammenarbeiten, wie sehen Chinesen unser Land? Antworten auf diese und andere Fragen finden Sie im beiliegenden *Weltwoche*-Spezial «China verstehen».

Überschwemmen russische Spione die Schweiz? Ist nichts und niemand vor ihrem klandestinen Treiben sicher? Herrscht wegen der «Spionage-Krise» gar eine diplomatische Eiszeit zwischen der Schweiz und Russland? Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls das eifrige Tandem von *Sonntagszeitung* und *Tages-Anzeiger*. Belege für ihre Vorwürfe legen die Tamedia-Blätter allerdings keine vor, wie der Artikel von Philipp Gut zeigt. Die gute Nachricht: Die russisch-schweizerischen Beziehungen leiden kaum unter der aufgebauchten «Affäre». **Seite 30**

Der Anruf kam überraschend. Unser Autor Matthias Matussek wurde angefragt, ob er interessiert sei, eine Einladung des Patriar-

chen der syrisch-melkitischen Katholiken anzunehmen, an der spätantiken Zeremonie zur «Erhöhung des Kreuzes» teilzunehmen, die in dem legendenumwobenen und heftig umkämpften Maalula stattfindet. Ein spezieller Ort für einen gläubigen Christen. Man spricht hier immer noch Aramäisch, Paulus hat hier gepredigt. Selbst Jesus soll hier gewandelt sein. Der Sturm der schwarzen IS-Teufel hatte Maalula verwüstet, die Christen haben es couragiert verteidigt und waren bereit, für ihr Bekenntnis in den Tod zu gehen. Natürlich sagte Matussek sofort zu. Dass es eine übermütige Siegesfeier mit Feuerwerk und Kalaschnikow werden würde, davon hatte er freilich keine Ahnung. **Seite 44**

Auf ihrem Nordafrikafeldzug raubten die Nationalsozialisten die Juden Tunesiens brutal aus, selbst Heiligtümer wurden geplündert. Über hundert Kilogramm Gold, Schmuck und andere Wertgegenstände sollen die Deutschen erbeutet haben. Doch das Raubgut, das als «Rommel-Schatz» in die Geschichte einging, ist bis heute verschollen. Regierungen, Historiker und Abenteurer waren schon hinter den sagenumwobenen Kisten her, Dutzende von Büchern und Dokumentarfilmen sind dazu erschienen. Nun behauptet ein Schweizer Millionär, den Standort der wertvollen Ladung ausfindig gemacht zu haben. Sogar eine alte Schatzkarte will er besitzen. Ist da etwas dran? Rico Bandle hat sich auf Spurensuche gemacht. **Seite 50**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),

Beat Gygi (*Wirtschaft*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Katharina Fontana,

Urs Gehrig (*Leitung Ausland*),

Wolfgang Koydl, Hubert Mooser,

Christoph Mörgeli, Claudia Schumacher,

Florian Schwab, Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Andreas Honegger, Peter Holenstein,

Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr,

Franziska K. Müller, Matthias Matussek,

Daniela Niederberger, Linus Reichlin,

Chris von Rohr, Peter Ruch,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin,

David Schnapp, Hildegard Schwaninger,

Sacha Verna (*New York*), Max Wey,

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli,

Julia Dunlop (*Weltwoche daily*), Roy Spring

Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),

Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler,

Sebastian Scholz (*Assistent*)

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*),

Viola Antunovits, Renate Brunner,

Nadia Ghidoli, Sandra Noser,

Katharina Dillier, Dieter Zwicky

Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),

Gabriel Lotti, Brita Vassalli

Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Digital-Marketing: Julia Dunlop (*Leitung*)

Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH

Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Druck: Print Media Corporation, PMC,

Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

DIE WELTWOCH

Gipfeltreffen der freien Rede



Thilo Sarrazin & Roger Köppel: Islam, Deutschland und Europa

**Thilo Sarrazin (SPD) spricht über seinen Bestseller
«Feindliche Übernahme», die Gefahren des Islam und
die Bedrohung der Demokratie in Europa.**

**Gastgeber und Gesprächsleiter: Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor des
Schweizer Traditionsblatts «Die Weltwoche»**

3.10.2018 – Berlin

4.10.2018 – Zürich

5.10.2018 – Wien

Tickets und weitere Informationen unter www.weltwoche.ch/sarrazin

Schneider-Ammann

Lob eines Wirtschaftsministers, der gelernt hat, die Wirtschaft in Ruhe zu lassen. Von Roger Köppel

Es war eine etwas bizarre, für die Schweiz vielleicht typische Szene im Bundeshaus. Nationalratspräsident Dominique de Buman verlas die Rücktrittserklärung von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Andächtig wurde zugehört. Als die Erklärung fertig war, herrschte unnatürliches Schweigen. Schliesslich erhob man sich für eine stehende Ovation, obschon der abtretende Bundesrat gar nicht im Saal war. Der Applaus galt dem Abschiedsbrief eines Abwesenden.

Schneider-Ammann war kein schlechter Mann im Bundesrat. Der Freisinnige kam als Unternehmer in die Regierung. Er wusste also, wie es ist, wenn man draussen in der freien Wildbahn Geld verdienen muss. Die für so viele Politiker typische Überheblichkeit, was das Geld von andern angeht, hatte er nicht. Trotz aller Kritik, die er sich von den Bauern oder von ganz rechts anhören musste, gehörte Schneider-Ammann in dieser Landesregierung zu den Marktwirtschaftlern, zu den Realisten. Das war wohltuend.

Zuletzt las man viel über seine Müdigkeit, dass er einnickte, manchmal in Sitzungen wegdämmere. Man kann sich gut in ihn hinein fühlen, wenn man sich die aufgestapelte sterile Beamtenprosa zu Gemüte führt, über der Bundesräte und Parlamentarier in endlosen Stunden brüten müssen. Es ist ein Wunder, wenn da einer nicht einschläft. Seine behäbige Art wurde ihm ernsthaft vorgeworfen. Warum eigentlich? Ist es so schlecht, wenn Bundesräte auf Aktionismus verzichten, wenn sie wenig tun? Wer wenig macht, macht wenig falsch.

War Bundesrat Schneider-Ammann ein klassischer Liberaler, ein Verfechter der Unabhängigkeit, ein Kämpfer für unser freisinnig demokratisches Staatsmodell? Sagen wir es so: Er hat sich nicht gerade als Brandredner für die Sache der Schweiz ins Zeug gelegt. Aus der Vorzugsstellung eines Bundesrats, der immer von der Kanzel reden, Impulse geben und auf ein aufmerksames Publikum zählen kann, hat er meines Erachtens zu wenig gemacht. Er stand zu sehr auf der Bremse, wollte es wohl zu vielen recht machen, wurde wohl auch entschärft und abgeschirmt von seinen jungen, wie aus dem Ei gepellten Mitarbeitern.

Was er gut gemacht hat, seine beste Leistung war das Freihandelsabkommen mit

China. Natürlich kamen hier die entscheidenden Willensakzente aus Peking, aber man muss es auch nach Hause bringen. Schneider-Ammann gehörte nicht zu den Euro-Turbos im Bundesrat, aber er war auch kein verlässlicher Verhinderer der institutionellen Anbindung. Im privaten Gespräch liess er durchblicken, dass er es am liebsten gehabt hätte, die ganze Sache wäre versandet. Doch er hatte nicht die Kraft, sich gegen die Industriebünde aufzulehnen, die er vor seinem Eintritt in den Bundesrat vertrat.

Menschlich war Schneider-Ammann angenehm, von patronhafter Freundlichkeit, stets für ein offenes Wort zu haben, wenn auch unnahbar. Am Schluss wuchs er in die Rolle einer schmunzelnden, bisweilen selbstironischen Behäbigkeit. Er verkörperte, ohne darauf herumzureiten, die sympathische Tatsache, dass in der Schweiz das Seelenheil des Landes nicht vom Formstand eines Bundesrats abhängt. Bundesräte sind nicht so wichtig. Das ist eine Qualität. In der Art, wie er sein Amt interpretierte, lebte Schneider-Ammann dieser Devise nach.

Es hat etwas Absurdes, ja es ist ein fundamentales Missverständnis, wenn die NZZ in ihrer Würdigung den Erfolg unserer Wirtschaft auf das Wirken ihres FDP-Wirtschaftsministers zurückführt. So sehr wir ihm und der NZZ das gönnen würden, das Geniale an der Schweiz ist ja gerade, dass das Land selbst dann hervorragend funktioniert, wenigstens eine Zeitlang, wenn die Bundesräte nicht so gut sind oder sogar komplett versagen. Es gibt keine Börsenstürze, nur weil ein Minister eine Pfeife ist. Die Schweiz hat ein politisches System, das die Schädlichkeit der Politik bis zu einem gewissen Grad erfolgreich neutralisiert.



Passivität als Stärke: Schneider-Ammann.

Die Pointe ist: Der Schweizer Wirtschaft ginge es noch viel besser, wenn es kein Volkswirtschaftsdepartement und keinen Volkswirtschaftsminister gäbe. Der Staat neigt zum Interventionismus, und ein Wirtschaftsminister läuft Gefahr, sich ins freie Spiel der Kräfte einmischen, sich wichtigmachen zu wollen. Als er neu im Bundesrat war, glaubte auch Schneider-Ammann noch, er müsse angesichts der Finanzkrise und der Frankenstärke mit Konjunkturprogrammen auftrumpfen, den Boulevardmedien gefallen. Mit der Zeit kam er von solchen Plänen ab. Seine zunehmende Passivität galt unter Journalisten bald als Schwäche, aber eigentlich war sie eine seiner grössten Stärken. Es ist ein Glück für die Schweizer Wirtschaft, wenn der Wirtschaftsminister die Wirtschaft in Ruhe lässt. Dies gemerkt oder zumindest getan zu haben, ist Schneider-Ammanns bleibendes Verdienst.

Wie weiter? Der Schweiz geht es gut, zu gut. Die Wirtschaft läuft, das Parlament beschäftigt sich mit Lifestyle, mit Lohngleichstellung und Frauenfragen. Auch bei der Nachfolge Schneider-Ammanns überragt die Geschlechterfrage alles. Man kann daran ablesen, dass es eben nicht so wichtig ist, wer am Ende in den Bundesrat aufrückt. Wenn die erworbenen Qualifikationen hinter die angeborenen Eigenschaften zurücktreten, walten andere Kriterien als das geschlechterneutrale Leistungsprinzip. Das Personalkarussell wird drehen, am Ende werden sie jemanden wählen, und die Schweiz wird funktionieren. Solange am Schluss das Volk entscheidet, kann das Bundeshaus der Schweiz nicht wirklich gefährlich werden.

Unsere einzige Schwäche:
Es gibt nur 33 Betten.

Ihre Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch



Spitze für Sie





Wiege der Christenheit: Maalula. Seite 44



Der Glanz verblasst: Universität St. Gallen. Seite 16



«Quoten sind wirtschaftlich ausserordentlich erfolgreich.»

Kathrin Bertschy, GLP: Seite 28

Titelgeschichte

- 26 **Darf, soll, muss es eine Frau sein?**
Nach Schneider-Ammanns Rücktritt
- 28 **Kathrin Bertschy**
Wider die Quotenmänner

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 9 **Kommentare** Männerfrei
- 10 **Deutschland** Kabinettpolitik
- 10 **Justiz** Nachhilfe vom Amtsdirektor
- 11 **Eilmeldung** Geschlechterhoppen auf Kosten der Krankenkasse
- 12 **Kopf der Woche**
Merkel, die Trümmerfrau
- 24 **Mörgeli** Die EU zeigt ihre Fratze
- 24 **Bodenmann** Staatsfonds:
Wer schnappt sich das Thema?
- 25 **Medien**
Haarig in den Kampf
- 25 **Die Deutschen** Ein Scherz?

Inland

- 30 **Immer die bösen Russen**
Spionagevorwurf: Dürftige Beweislage
- 32 **Schlag gegen das Milizsystem**
Christian Miesch und die Aufhebung der parlamentarischen Immunität
- 33 **Wiederholungstäter**
Michel Huissoud
- 34 **Gott im Bundeshaus**
Fromme Parlamentarier
- 36 **Rechsteiner hat recht**
Mutiges Warnzeichen
- 38 **Kulturkampf ums Schulbuch**
Neues linkes Lehrmittel?

Ausland

- 40 **Ideologische Schlacht um Europa**
Macron vs. Salvini
- 42 **Inside Washington**
#MeToo
- 43 **Brett Kavanaugh**
Sex, Politik und Charaktermord
- 44 **Die Feuer von Maalula**
Matthias Matussek in Syrien

Wirtschaft & Wissenschaft

- 16 **Niedergang der HSG**
Es war einmal eine Elite-Uni
- 22 **Lebensläufe** Grossmilchbauer
Xavier Menoud, der Bauernschreck
- 37 **Schutz vor Lohnschutz**
Das Gewerbe verrechnet sich
- 60 **Mysterien der Weltgeschichte**
Churchills Bombe

Kultur & Gesellschaft

- 20 **Essay der Woche**
Reich für einen Sommer
- 48 **Ikone der Woche**
Michelle Hunziker
- 50 **Operation «Rommel-Schatz»**
Lüftet ein Schweizer das Geheimnis?
- 53 **King of Ohrwurm**
Paul McCartneys neues Album
- 54 **Der Untragbare**
Ian Buruma im Kreuzfeuer
- 56 **Fussball** Ansichten eines ehemaligen FC-Basel-Fans
- 57 **Mathematik**
Was Alfred Nobel vergass

Rubriken

- 9 **Im Auge** Alejandro Santo Domingo Davila, Weinkäufer
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf** Inge Feltrinelli
- 58 **Die Bibel** Was ich nicht will
- 58 **Serien** «The Vietnam War»
- 59 **Knorrs Liste**
- 59 **Jazz** Fred Hersch Trio
- 61 **Fragen Sie Dr. M.**
- 61 **Gewinner der Woche** Lonza
- 62 **Thiel** Verwurstung
- 62 **Namen** Segeln mit dem Oboisten
- 62 **Fast** verliebt Verdien mich!
- 63 **Unten** durch Sehvermögen
- 64 **Wein**
Die Leichtigkeit des Seins
- 64 **Salz & Pfeffer**
Les Viviers du Pilon, St-Tropez
- 65 **Auto**
Audi e-tron
- 66 **Darf man das?/Leserbriefe**



ZENITH

SWISS WATCH MANUFACTURE SINCE 1865



DEFY EL PRIMERO 21

ZENITH, THE FUTURE OF SWISS WATCHMAKING

www.zenith-watches.com

Ford

NEUER FOCUS



WAS IST DEIN FOCUS?



Go Further

Männerfrei

Von Katharina Fontana — Frausein sollte für die Bundesratswahl nicht zum wichtigsten Kriterium werden. Den Kandidatinnen wäre damit ein Bärendienst erwiesen.



Ideale Bewerberin: Keller-Sutter (FDP).

Für die Freisinnigen läuft es super. Rund ein Jahr nachdem der feingeistige Etatist Didier Burkhalter vom geerdeten Liberalen Ignazio Cassis abgelöst wurde, steht der Partei ein neuer Imagesprung bevor. Der im Amt müde gewordene Johann Schneider-Ammann demissioniert Ende Dezember und bietet der FDP damit die Gelegenheit, mit einem neuen Zugpferd ins Wahljahr zu starten. Und wer hier an erster Stelle steht, weiss man seit langem: Karin Keller-Sutter, derzeit Ständeratspräsidentin, frühere Regierungsrätin, eine kompetente und wirtschaftsnahe Politikerin, die wohl überall eine gute Figur machen würde. Institutionelle Hürden gibt es keine, im Gegenteil: Keller-Sutter ist Ostschweizerin und stammt damit aus einer grossen Region, die seit ein paar Jahren nicht mehr im Bundesrat vertreten ist. Sollte die politerfahrene St. Gallerin kandidieren, wäre sie die ideale Bewerberin für den frei werdenden FDP-Sitz. Und bei einer Wahl wäre sie die erste wirklich bürgerliche Bundesrätin der Schweiz.

Missgunst ehrgeiziger Parteikollegen

Ob die Favoritin im kommenden Dezember den Sprung in die Landesregierung schaffen wird, muss sich indes noch zeigen. Namentlich die freisinnigen Frauen werden sich jetzt genau überlegen müssen, wie sie die Wunschkandidatin ins Ziel bringen, ohne die eigenen

Männer zu brüskieren. Denn die Missgunst ehrgeiziger Parteikollegen, denen eine Frau vor der Sonne steht, sollte man nicht unterschätzen. Das zeigte sich jüngst beispielhaft im Fall der Zürcher SVP-Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, gegen die ein Konkurrent auf stümperhafte Art und Weise intrigierte.

Die FDP-Frauen setzen ihre Hoffnungen auf ein weibliches Doppelticket, wie sie mitteilen. Offenkundig haben sie das Gefühl, die Partei müsse dem Parlament zwar eine Auswahl bieten, doch nur eine rein weibliche. Will man einer Frau zum Erfolg verhelfen, darf man sie nicht mit einem Mann zusammen ins Rennen schicken, weil sie dann den Kürzeren zieht, heisst das wohl. Ob das die beste Strategie ist: eine geschützte Wahl für Frauen, männerfrei? Und ist es wohl klug, in einer Medienmitteilung lauter qualifizierte Politikerinnen aufzuzählen, die für das hohe Amt allesamt in Frage kommen würden? Sollte man nicht möglichst schnell die Reihen hinter einer von ihnen schliessen? Und deren Sachverstand und Überlegenheit in den Vordergrund rücken statt des Geschlechts?

Mehrheit der Bevölkerung

Es ist klar, dass die Frauenfrage bei der Dezemberwahl eine wichtige Rolle spielen wird, umso mehr, als Sprache und regionale Herkunft des neuen Bundesratsmitglieds dieses Mal keine Streitpunkte bilden. Ebenso klar ist, dass Frauen im Bundesrat vertreten sein sollen. Nicht weil sie irgendwie eine bessere, überlegene Spezies wären oder mutigere Entscheide fällen würden, wie Bundesrätin Doris Leuthard kürzlich vollmundig behauptete. Sondern weil sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, weil sie arbeiten, Steuern zahlen, Kinder erziehen und das Land am Laufen halten wie die Männer auch. Dennoch tun sich die Frauen keinen Gefallen damit, wenn sie in den nächsten Wochen vornehmlich mit der Geschlechterfrage argumentieren. Man sollte nicht aus den Augen verlieren, dass das Bundesratsamt ein politischer Job ist, bei dem man mit Vorteil aus einer starken Stellung heraus agiert. Muss sich eine Bundesrätin sagen lassen, sie sei vor allem dank eines Frauenbonus in die Landesregierung gelangt, wird sie rasch zur schwachen Figur. Selbst wenn sie noch so gut ist.

Mehr zum Thema: Seite 26–29

Leer schlucken



Alejandro Santo Domingo Davila, Weinkäufer.

Worauf kann ein Mann, der die Welt mit Bier überschwemmt, noch Durst haben? Es muss ein kapriziöser Schluck sein. Der, so verheisst es der Dichter eines Weinprospekts, «die pure Erfüllung aller Versprechen im ewig anhaltenden Nachhall» ist, «Demut, Stille und Achtung erzeugt». Alejandro Santo Domingo Davila, 41, kolumbianisch-amerikanischer Doppelbürger und fünfzehnfacher Dollarmilliardär, verdient sein Geld vorwiegend mit Anheuser-Busch (Budweiser) und hat sich jetzt 20 Prozent an Château Pétrus einverleibt. Die Eigentümerfamilie Moueix soll dafür 200 Millionen Euro kassiert haben. Das lässt den Wert des legendären Gutes, das auf 11,5 Hektar kaum 20 000 bis 30 000 Bouteillen erzeugt und nur mit dem Tropfenzähler herausrückt, auf eine Milliarde hochschnellen. Einziger Makel: Es zirkulieren laut Weinpapst Robert Parker zahlreiche gefälschte Flaschen, vor allem der «Jahrhundertjahrgänge» 1929, 1945, 1959, 1961, 1989, 1998 und 2005.

Santo Domingos Einstieg markiert einen Quantensprung. Zuletzt setzten Chinesen den Fuss in die Tür bekannter Bordeaux Châteaux. Pétrus, wie der Apostel, im früher missachteten Anbaugebiet von Pomerol, ist auch kein Premier Cru und kein Schloss, sondern ein Hof mit auffallenden himmelblauen Fensterscheiben. Die weitsichtige Madame Marie-Louise Loubat arrondierte die Rebberge in den zwanziger Jahren. Ob Bordeaux das neue Jagdgebiet der Scheichs und Oligarchen wird wie der grosse europäische Fussball nach dem Vorreiter Gianni Agnelli, der Juventus Turin und Château Margaux im Portefeuille hatte? Muslimischen Potentaten wäre der Alkohol versagt. Da ist Santo Domingo unbelastet. Er hat einen Harvard-Abschluss, lebt und arbeitet in New York, ist Vorstandsmitglied des Metropolitan Museum of Art und gilt als Latin Lover. Ein Trophäensammler? Er protestet mit Pétrus seiner jungen Ehefrau Charlotte Anne Wellesley zu, Tochter des neunten Duke of Wellington und Urenkelin des deutschen Kaisers Wilhelm II., und die Weinwelt schluckt leer. Peter Hartmann

Kabinettpolitik

Von Matthias Matussek —
«Kulturschaffende» entrüsten
sich über Innenminister Seehofer.

Mit der Forderung nach dem Rücktritt des deutschen Innenministers Seehofer haben sich zahlreiche «Kulturschaffende» energisch zur Kabinettpolitik gemeldet. Titel ihres Briefes: «Würde, Verantwortung, Demokratie». Seehofer, den die Unterzeichner als Hindernis für Kanzlerin Merkels Vision eines grenzenlosen Humanitarismus ausgemacht haben, sei «rückwärtsgerichtet» und «würdelos gegen Menschen».

Mit dabei: Enthüllungsjournalist Günter Wallraff und Berlinale-Chef Dieter Kosslick, Schauspieler wie Peter Lohmeyer, Jochen Busse, Meret Becker und Hugo Egon Balder, die Musikerin Inga Humpe, Filmemacher wie Emily Atef, Andres Veiel und Dietrich Brüggemann sowie Autorinnen wie Judith Schalansky, Ronja von Rönne und Terézia Mora.

Seit die Kyniker und Stoiker in der Dekadenphase des Hellenismus sich zu Königsberatern aufschwangen, kämpften die Intellektuellen um Geltung, meist mit verblasener Selbstüberhebung. Die Kyniker wandten sich gegen die klassische Akademie. Sie waren frech und predigten Bedürfnislosigkeit und eine grenzenlose Ethik.

Offenbar vermag sich keiner mehr dem Gruppendruck in den Filterblasen zu entziehen.

Nicht von ungefähr erinnern Duktus und Wortwahl («Kulturschaffende») an die Erhebungsadressen in der DDR und der Nazizeit. Wie der Kynismus unter kapitalistischen Bedingungen zum Zynismus wurde, erzählte Peter Sloterdijk bereits vor rund dreissig Jahren in seinem philosophischen Klassiker («Kritik der kynischen Vernunft»). Es gab jedoch kluge Köpfe damals um Antisthenes und Diogenes von Sinope. Aber heute? Günter Wallraff, Hugo Egon Balder, Ronja von Rönne? Tatsächlich, Ronja von Rönne, die erfrischende freche Romanautorin? Hat sie es tatsächlich nötig, sich diese moralisierenden Plattitüden zu eigen zu machen? Offenbar ist der Gruppendruck in den Filterblasen so gross geworden, dass sich dem keiner mehr so recht zu entziehen vermag.

Seehofer also, «würdelos gegen Menschen»? Eines der Lieblingszitate des verstorbenen Dandy-Journalisten Tom Wolfe stammt von dem Medientheoretiker Marshall McLuhan, der schrieb: «Moralische Empörung ist die Strategie der Idioten, sich Würde zu verleihen.»

Nachhilfe vom Amtsdirektor

Martin Dumermuth versteht nicht, warum die Selbstbestimmungsinitiative lanciert worden ist. Und wartet mit verblüffenden Ansichten auf.

Das Positive vorweg: Wer angesichts der Debatten rund um die Selbstbestimmungsinitiative (SBI) in der letzten Zeit ins Grübeln geraten ist, welche Bedeutung die Bundesverfassung heute noch hat, kann beruhigt sein. «Die Verfassung steht in der Normenhierarchie zuoberst», sagte Martin Dumermuth im Interview mit der NZZ zum Thema SBI vergangene Woche. Dumermuth ist Direktor des Bundesamts für Justiz (BJ) und weiss, wovon er spricht. So ist es auch gut, aus seinem Mund zu hören, dass mit der SBI «keine Welle von Kündigungen auf uns zukäme» – was die Economiesuisse, laut der 600 wirtschaftliche Abkommen auf Messers Schneide stehen, etwas hysterisch aussehen lässt. Auch sonst sagt Dumermuth viele vernünftige Dinge, etwa, dass die Welt kompliziert sei und mit der SBI nicht einfacher würde.

Eine Antwort des Amtsdirektors aber lässt aufhorchen. «Die Aussage der Initianten, mit dem Urteil des Bundesgerichts aus dem Jahr 2012 habe sich alles geändert, ist schlicht falsch.» Und weiter: «Bis heute konnte mir noch niemand erklären, was sich 2012 geändert haben soll.» Dazu ein kleiner Exkurs: 2012 hatte eine der sieben Abteilungen des Bundesgerichts entschieden, dass die Europäische Menschenrechtskonvention der Bundesverfassung vorgehe. Anders gesagt: Was die europäischen Richter in Strassburg sagen, ist wichtiger als das, was Volk und Stände in der Schweiz wollen. Die SVP erkannte in diesem Urteil eine kalte Entmachtung des Souveräns. Sie lancierte daraufhin die SBI, welche die Verfassung wieder über den Strassburger Gerichtshof setzen will.

Urnengang absagen

Dumermuths Aussage, dass 2012 gar nichts passiert sei, lässt die SBI-Debatte nun in einem ganz neuen Licht erscheinen. Ziemlich dumm steht die SVP da. Die Volkspartei scheint offenbar nicht verstanden zu haben, worum es 2012 effektiv ging, und nervt mit ihrer SBI die Schweizer Politik nun schon seit Jahren ohne jeden Grund. Sie ist aber nicht die Einzige. Auch all die Staatsrechtler, die das als legendär bezeichnete Urteil seit 2012 akribisch durchleuchteten und deren juristische Aufsätze darüber mittlerweile Bände füllen, haben ihre Zeit offenkundig unnütz vertan. Dass der Entscheid von 2012 die Wogen auch am Bundesgericht selber in unüblicher Weise hochgehen liess, entbehrte ebenfalls jeder Grundlage. Die Richter müssen das Urteil irgendwie missinterpretiert haben.

Denn laut BJ-Direktor Dumermuth hat sich 2012 ja nichts geändert. Eigentlich könnte man den Urnengang über die SBI vom November also geradeso gut absagen.

Geändert hat sich mit Sicherheit einiges an der Spitze des Bundesamts für Justiz. Seit der von Justizministerin Simonetta Sommaruga berufene Martin Dumermuth, der vormals das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) leitete, am Ruder ist, mag man dort mit staatspolitischen Sperenzchen keine Zeit mehr vertrödeln. Etwa mit Staatsverträgen, welche die Verfassung verletzen: Wer einen solchen Vertrag nicht mehr wolle, solle halt eine Initiative zu seiner Kündigung lancieren, findet der heutige BJ-Direktor. 2010, als sich Dumermuth beim Bakom noch mit Set-Top-Boxen und Glasfaserbau beschäftigte, tönnte es im BJ noch anders: Bei Konflikten zwischen einer neuen Verfassungsbestimmung und Völkerrecht «geht nach Ansicht des Bundesrates die jüngere Verfassungsbestimmung vor», schrieb das Amt. Und weiter: «Das bedeutet, dass [...] widersprechende völkerrechtliche Verpflichtungen wenn immer möglich neu auszuhandeln oder allenfalls zu kündigen sind.»

Das ist exakt, was die SBI verlangt und was lange Zeit als herrschende Meinung galt. Bevor Martin Dumermuth die Sache an die Hand nahm. *Katharina Fontana*



Keine Zeit für Sperenzchen: Direktor Dumermuth.

Geschlechterhoppfen

Von Roman Zeller — Geschlechtsumwandlungen werden in der Schweiz von der Krankenkasse übernommen. Auch Rücktransformationen – wie im Fall von Professor Föhse.



Es fehlt die Kostenfrage: Martin respektive Kathrin Föhse im Magazin.

Martin Föhse, Rechtsanwalt und Assistenzprofessor an der Hochschule St. Gallen, lebte 32 Jahre als Mann, bevor er zu Kathrin Föhse «wechselte», wie er es nennt. Seine Geschichte dokumentierte das *Magazin* vergangenes Wochenende. Nach zehn Jahren entschied sich Kathrin, wieder Martin zu sein und «Testosteron zu spritzen».

Es sei eine «bereichernde und schöne Zeit» gewesen, verriet Föhse. Gemeint war das Leben als Kathrin. «Meine Erfahrungen würden vielen guttun», sinnierte er. «Was bist du eigentlich – eine Frau oder ein Mann?», fragte der Bruder seines zweiten Göttingkinds. Er sei sich nicht «ganz sicher», gestand

«Geschlechtsinkongruenz», vormals Transsexualität, sei «keine Krankheit».

Föhse. Ende des Porträts. Was in der Geschichte gänzlich fehlt, ist die Kostenfrage: Wer bezahlt die Geschlechtsumwandlungsbeziehungsweise Geschlechterrückwandlungskosten?

«Geschlechtsinkongruenz», vormals Transsexualität, sei «keine Krankheit», erklärt Niklaus Flüttsch, Gynäkologe und Spezialist auf dem Gebiet. Vielmehr könne daraus ein «Zustand mit starkem Leidensdruck resultieren». Die Krankenkasse vergüte die

Behandlung, erklärt Flüttsch. Das sei gesetzlich geregelt und vom Bundesgericht bestätigt. Wie kam es dazu?

In die Leistungspflicht eingeschlossen wurden «psychische Leiden» von Transsexuellen erstmals 1979, 1988 wurden zusätzlich die «operativen Geschlechtsumwandlungskosten» gedeckt. Im Jahr 1994 statuierte das Bundesgericht, dass «nicht nur die Entfernung von Geschlechtsorganen», sondern auch «plastische und Wiederherstellungs-Chirurgie», also das Bilden neuer Geschlechtsorgane, von der Krankenkasse übernommen werden.

Heute trägt die obligatorische Krankenpflegeversicherung bei «krankheitswertigem Transsexualismus» sämtliche Geschlechtsumwandlungskosten, wie sich das Bundesgericht ausdrückt. Dafür werden Personen während zweier Jahre «mittels Alltags-tests und medizinischer Untersuchungen» beobachtet. Es soll festgestellt werden, ob «ein schwerer Fall» vorliegt, der mit Psychotherapie und Hormontherapie nicht behandelt werden kann. Als letzte Massnahme zum persönlichen Wohl wird die operative Geschlechtsumwandlung von der Krankenkasse übernommen, wobei im Einzelfall von der Zweijahresregel abgewichen werden kann. Was aber, wenn die Identitätssuche fort dauert und der Weg zurück zum Ausgangsgeschlecht ein Thema wird?

Die Geschlechtsumwandlung ist eine Pflichtleistung der Grundversicherung, auch im Wiederholungsfall. Ob einmal oder mehrmals eine Geschlechtsumwandlung übernommen werde, sei von der Pflichtleistung «unabhängig», erklärt Silvia Schnidrig, Leiterin Unternehmenskommunikation und Mediensprecherin der Gesundheitsorganisation Swica.

Niklaus Flüttsch misst der medizinischen Behandlung grosse Bedeutung zu. Betroffene führten nach der geschlechtsangleichenden Massnahme ein «gesundes und unbeschwertes Leben». Menschen, die wie Martin Föhse wieder in ihr ursprüngliches Geschlecht zurückkehren, seien sehr selten. «Die Transformation ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses», erläutert Föhse

Nach wie vor liessen sich viele Patienten im Ausland operieren und trügen die Kosten selber.

seine Situation. Ein operativer Eingriff erfolge als Ultima Ratio, erst wenn es «keine vernünftigen Alternativen mehr gibt».

«Der Schritt war ein kleiner»

Er habe alles versucht, eine Geschlechtsanpassung von Martin zu Kathrin, von Kathrin zu Martin zu vermeiden. Es gibt unterschiedliche Abstufungen bei einer Geschlechtsanpassung: «Der Schritt von der Frau zum Mann war ein kleiner.»

Zur Frage, wer das Ganze in seinem Fall bezahlt habe, sagt Föhse gegenüber der *Weltwoche*: «Ich habe mich an den Kosten in der Grössenordnung von 10 bis 25 Prozent beteiligt.»

Wie und was er genau geändert habe, will er nicht sagen, das sei Teil der Privatsphäre. Medizinische Eingriffe seien aber nicht in jedem Fall zwingend, so Föhse. Im Vergleich mit anderen Geschlechtsumwandlungen schätze er seine Transformationen eher kostengünstig ein. Einen konkreten Betrag nennt er aber nicht. Experte Flüttsch sagt, dass die Kosten unterschiedlich hoch seien. Nach wie vor liessen sich viele Patienten im Ausland operieren und trügen die Kosten selber. Eine Hormonbehandlung sei «nicht teuer», rund zwei- bis dreihundert Franken pro Jahr.

Der finanzielle Aufwand einer operativen Umwandlung kann hingegen mehrere tausend bis zehntausend Franken betragen. Die gesamthaft durch Geschlechtsumwandlungen verursachten Krankenkassenkosten seien aber «verschwindend klein», meint Silvia Schnidrig. Ob dies die Prämienzahler beruhigt und ob sie zwei- oder mehrfache Geschlechtsumwandlungen goutieren, ist eine andere Frage.

Die Trümmerfrau

Von Roger Köppel — Im Bombenhagel ihrer eigenen Politik lebt sie auf: Die unglaublichen Nehmerqualitäten der nach wie vor alternativlosen deutschen Kanzlerin Angela Merkel sind beeindruckend. Erkundungen eines Phänomens.



Lernendes System: Anticharismatikerin Merkel.

Die Frauen sind das starke Geschlecht. Sie gebären, sie trösten, sie halten schlimmste Schmerzen aus. Wenn alles einstürzt, wenn die Zivilisation zusammenbricht, wenn die Männer tot oder depressiv darniederliegen, sind es die Frauen, die alles zusammenhalten und alles wieder neu aufbauen.

Das Bild prägte sich ein: Am Ende des Zweiten Weltkriegs lag Deutschland in Trümmern, zugrunde gerichtet von einer Männerclique größenwahnsinniger Pathetiker und Egozentriker, die im Glauben an ihr tausendjähriges Weltbeglückungsprojekt nicht nur ihr Land, sondern die halbe Welt in Schutt und Asche legten.

Stein für Stein

Dort, wo einst die stolzen deutschen Städte standen, waren jetzt rauchende Mondlandschaften, Steinhäufen, die einmal wunderschöne, zum Teil jahrhundertealte Häuser waren.

Mittendrin: die deutschen Frauen, in Lumpen, abgemagert, viele massenvergewaltigt von den hereinbrechenden russischen Truppen, aber unbeirrbar, beharrlich, bewundernswert, Stein für Stein damit beschäftigt, die Sauereien aufzuräumen, die ihnen die Männer hinterlassen hatten.

Wir können ihr nicht ins Gehirn schauen, ihren Charakter nicht auf dem Objektträger auseinanderbeineln, aber die rätselhafte deutsche Kanzlerin Angela Merkel ist eine dieser Trümmerfrauen, aus dem gleichen Holz geschnitzt, mit der gleichen ungerührten Beharrlichkeit, mit der gleichen Schicht von Härte und Kälte gepanzert, die es braucht, wenn alles um einen herum einzukrachen und einzubrechen droht.

Klar: Merkel muss nicht die Ruinen eines Kriegs wegräumen, den andere verschuldet haben. Sie manövriert durch die Trümmerhaufen einer Politik, die vor allem auch ihre eigene

ist. Sie weicht den Bombentrichtern und Schlaglöchern aus, leimt zusammen, putzt, begradigt, *laubsägt*, trägt ab, baut auf und schaufelt weg, was in den Augen ihrer Kritiker die unmittelbaren Folgen ihres eigenen höchstpersönlichen Wirkens sind.

In der Stanzmaschine

Dies ist kein Artikel über die Politik von Angela Merkel, über ihre Entscheidung, die Grenzen für Migranten zu öffnen, oder ihre zahlreichen Kurswechsel – unter anderem den Atomkraftwerken, für die sie jahrzehntelang geworben hatte, fast über Nacht den Stecker rauszuziehen.

Dies ist ein Artikel über das Phänomen Merkel, über die Zähigkeit, die Ausdauer und die unglaublichen Nehmerqualitäten dieser Frau, dieser Trümmerfrau, die polarisiert wie keine, bewundert, gehasst, bemitleidet, geliebt, abgeschrieben, aber immer noch da,

unerschütterlich, geschwächt, doch unzerstörbar, weitermarschierend, ein bisschen wie Arnold Schwarzenegger in der Schlusssequenz des ersten «Terminator»-Films, als der stählerne Kampfroboter mit weggeschossenem Unterkörper, nur noch ein halbiertes Metallskelett, auf einer Stanzmaschine mit seinen Stahl fingern weiterrobbt und immer weiter, unaufhaltsam den Auftrag erfüllend, den man ihm gegeben hat.

Seit einem Jahr robbt Merkel durch die Stanzmaschine. Die letzte Parlamentswahl war für ihre Partei ein Desaster. Die Regierungsbildung verlief monatelang quälend, ihre Strategie ging nicht auf. Sie, die immer darauf gesetzt hatte, die Linken zu schwächen, indem sie den Linken die Themen wegnahm, sah sich plötzlich mit einer aufstrebenden Konkurrenz von rechts konfrontiert.

Merkel, das übersehen ihre Fans, ist die Geburtshelferin des Politiker-Schrecks schlechthin, der AfD.

«Mutti» Merkel, das übersehen zuweilen ihre Fans, ist die Geburtshelferin des deutschen Politikerschrecks schlechthin, der AfD.

Eingequetscht zwischen links und rechts, schien der zuvor international Gefeierte, der Coverlady von *Time* und anderen Magazinen, auf einmal nichts mehr zu gelingen. Die Kritik an ihrer Flüchtlingspolitik wurde immer schriller, auch bei jenen, die ursprünglich gejubelt hatten. Im Zuge einer zwangsläufig mitimportierten Asylkriminalität gab es Proteste und Bürgeraufstände vor allem im Osten, der empfindlicher reagiert auf Bevormundungen von oben. Zuletzt schien ihr die Situation nach einem Tötungsdelikt mutmasslich durch einen Asylbewerber in der sächsischen Industriestadt Chemnitz vollends zu entgleiten.

Meere von Whisky

Die Demos und Gegendemos schlugen nach Berlin durch. Aufgepeitscht durch Falschmeldungen und überfordert von den Bildern pöbelnder Rechtsextremer, vergriff sich Merkel im Ton und in den Begriffen. Sie sprach beweislos von «Hetzjagden», die es nicht gab, die im Osten aber als Pauschalverleumdung empfunden wurden. Staatsanwälte, Polizisten und Spitzenbeamte widersprachen ihrer Kanzlerin, kleine Rebellionen, die zeigten, wie hier Autorität verdampft. Hysteriewellen zuckten hoch. Das kafkaeske Spektakel endete mit der Zwangsversetzung eines Beamten, an dem, so schien es, um ein Haar die Regierungskoalition der grössten Industrienation Europas zerbrochen wäre.

Wohl jeder Bundesrat, viele Politiker, noch so mancher andere normale Premierminister wären in diesem Kesseltreiben, in diesem Kugelhagel ans Ende ihres politischen Lebenszyklus gelangt. Männer wären abgestürzt, hät-

ten womöglich gesoffen wie einst US-Präsident Nixon, Meere von Whisky und Wein, vor sich hindämmernd in düsteren Herrenrunden, umringt von den letzten Getreuen, um über die Ungerechtigkeit der Welt zu klagen.

Nicht so Merkel, die unerschütterliche Trümmerfrau. Ernsthaft, seriös, selten lächelnd, aber gutgelaunt, trotz erheblichem Körpergewicht behende, fast leichtfüssig, so schien es von aussen, aber es wird auch bestätigt von Leuten, die ihr nahestehen, pfadete sie ihr Tagwerk weg, spulte sie fleissig ihr Programm ab, als ob nichts gewesen wäre.

Eine Frau, die mit sich im Reinen ist

Noch während Chemnitz brodelte, reiste sie nach Afrika, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Nigeria, Ghana, Algerien zu fördern und die Rücknahme illegaler Migranten anzuverordnen. Sie traf Macron, empfing den österreichischen Kanzler Kurz, reiste dann an den EU-Gipfel nach Salzburg, wo Brexit und Massenzuwanderung die grossen Themen waren, um sich zwischendurch wieder um die Stabilisierung ihrer notleidenden Koalition in Berlin zu kümmern.

Persönlich scheint sie nichts zu nehmen. Alles tropft ab. Diese Woche wurde gegen ihren Willen Fraktionschef Volker Kauder abgewählt. Es war ein Erdbeben, eine weitere Mini-Revolution. Merkel gestand die Niederlage ein, es gebe nichts zu beschönigen, sie hoffe aber, dass man sich «jetzt auch in Berlin» endlich wieder «auf wichtige Sachfragen» konzentrierte werde. Abhaken, vergessen, weitermarschieren.

Wer Merkel kennt, weiss, dass es die in der DDR aufgewachsene Physikerin nur schon aus Selbstschutz über lange Jugendjahre verlernt hat, ihr Innenleben preiszugeben. Sie ist die perfekte Pokerspielerin, aber es wirkte echt und nicht geschaukelert, als sie in Salzburg, wo plötzlich die Tonanlage der Übersetzung versagte, mit Sprüchen und grosser Heiterkeit die Konferenz auflockerte. Hier plauderte und scherzte eine Frau, die mit sich im Reinen ist.

Gäbe es Neuwahlen, das weiss sie, bliebe sie im Amt. Und ihre Partei weiss, dass die Probleme für die CDU erst dann beginnen, wenn Merkel einmal weg ist. Insider vermuten, dass es die Kanzlerin, sofern die Koalition hält, eisern durchzieht. Sie werde nicht vorzeitig abschleichen, sondern im Dezember 2020 ihren Rücktritt auf Ende Legislatur verkünden.

Verschwitzte Nibelungentreue

Merkels grosse Stärke ist ihr profunder Mangel an vordergründiger Eitelkeit. Sie ist frei von der aufgeplusterten Ego- und Grossmaul-Attitüde männlicher Politiker, aber auch die Bussi-Bussi-Innigkeit unter Frauen scheint ihr unbehaglich. Dieser Befund verleitete Bernd Ulrich, den intelligenten, grünlich angehauchten Chefredaktor-Stellvertreter der *Hamburger Zeit*, zur Behauptung, Merkel sei die erste Politikerin der

Weltgeschichte, die mit weiblichen Methoden Politik betreibe, also ganz anders als berühmte Polit-Frauen, die eigentlich Männer waren, zum Beispiel Indira Gandhi oder Margaret Thatcher.

Stimmt. An Widerständen wächst sie. Im Bombenhagel, auch dem selbstverschuldeten, lebt sie auf. Merkels physische Robustheit an Sitzungsmarathons und Krisengipfeln ist legendär. Doch sie pflegt kein Pfauengehabe, sie macht keine Rache- und Rankünepolitik. Die schwüle, verschwitzte Nibelungentreue unter Männern, das Blutsbrüdergetue gibt es bei ihr nicht. Merkel-Versteher Ulrich nennt es eine «kühle, sachliche Loyalität», die ihre politischen Beziehungen präge. Sie strahlt Distanz aus, nach allen Seiten.

Typisch weiblich? Interessanterweise scheint Merkel unbelastet zu sein von jener Überempfindlichkeit, die das Klischee den Frauen attestiert. Viele Politiker sind Getriebene ihrer Konzepte oder ihrer Gefühle. Merkels politische Betriebstemperatur ist eher tief, sie lässt sich eigentlich nie aus der Ruhe bringen. Hängende Mundwinkel, skeptisch verschattete Augen geben ihr etwas Abwartendes, Lauerndes. Falsch ist die Vermutung, sie sei eine brutale Machiavellistin, die ihre männlichen Konkurrenten eiskalt weggebissen habe. Die haben sich selber weggebissen, sind ins eigene Messer gelaufen. Merkel war einfach nur da, wartete und blieb.

Gibt ihr die Geschichte recht?

Vermutlich wird sie, die inzwischen gern Totgesagte, noch immer unterschätzt. «Sie ist ein lernendes System», sagt einer, der sie sehr gut kennt. Natürlich gibt es viele gute Gründe gegen ihre Politik des Atomausstiegs, gegen ihre viel zu lange unkontrollierten Grenzen. Aber Deutschland ist eben Deutschland. Ein moralisch politischer Extremsonderfall, historisch noch immer belastet, hitlermässig tiefenverseucht. Merkel bedient, ob gewollt oder ungewollt, die Sehnsucht vieler Deutscher nach moralischer Rechtfertigung, nach Anerkennung und Rehabilitierung in der Welt. Das aber würde sie so nie sagen. Das Tragische, das Gefühligkeits an der Politik ist ihr zu klebrig, es schreckt sie ab.

Nicht ausgeschlossen, dass am Ende ihr softfeministisch gutmenschlicher United-Colors-of-Benetton-Kurs, auf den sie die CDU getrimmt hat, mehr leistet für die Stärkung des deutschen Nationalstaats als die Pathosreden nationaler Politiker, die heute gegen Merkel hämmern. Deutschland ist ein kompliziertes Land mit einer komplizierten Geschichte. Auf diesem brüchigen Resonanzboden bewegt sich die Anticharismatikerin Merkel wohltuend unpräzise, ja bodenständig.

Ob sie so machtversessen ist, wie ihre Kritiker meinen? Vielleicht liegt das Geheimnis dieser Frau darin, dass der kühle Abstand, den sie zu allem pflegt, auch für die Beziehung zu ihrem Regierungsposten gilt.

Personenkontrolle

Schwaller, Pfister, Strebel, Dittli, Martullo-Blocher, Calmy-Rey, Eusebio, Muschiatti, Trump, Lo & Leduc, Funicello, Kaepernick

Urs Schwaller, CVP-Würdenträger, verliert in seiner Partei zusehends an Rückhalt als Verwaltungsratspräsident der Post. Parteichef Gerhard Pfister macht sich einen Sport daraus, den Staatskonzern auf Twitter anzupflaumen. Als die Post den Auftrag für ihre neue Revisionsstelle ausschrieb, nachdem sich die KPMG hier durch den Postauto-Skandal disqualifiziert hatte, kommentierte Pfister die Preisvorstellungen der Post: «Muss das jetzt auch noch sein? Post setzt auf Billigrevision.» Und als Schwaller die Erhöhung der Briefmarkenpreise ankündigte, ätzte der junge CVP-Parteistrategen Luca Strebel: «Irgendwo muss man den Ausfall von erschlichenen Subventionen ja kompensieren.» Parteichef Pfister drückte «gefällt mir» und verbreitete den Tweet begeistert weiter. (fsc)

Josef Dittli, Spürnase, macht auf eine brisante Gesetzeslücke aufmerksam. In einem Vorstoss, den die Kleine Kammer in der laufenden Session kommentarlos durchwinkte, hat der Urner FDP-Ständerat auf folgendes Problem hingewiesen: Es seien ihm Fälle bekannt, in denen ein Mann seine Ehefrau getötet und danach die Auszahlung der Pensionskassengelder seines Opfers verlangt habe. Den Vorsorgeeinrichtungen fehlten die gesetzlichen Regelungen, um einen mörderischen Ehemann von der Pensionskasse seiner getöteten Ehefrau auszuschliessen, oder umgekehrt. Der Bundesrat prüft jetzt, wie er dem Missstand Abhilfe schaffen kann. (hmo)

Magdalena Martullo-Blocher, Schnellsprecherin, hat kommunikativ aus der Hüfte geschossen. Nach dem für die SVP verlorenen Kampf gegen die unselige Verquickung von Unternehmenssteuerreform und AHV liess sich die Nationalrätin von der *Aargauer Zeitung* zitieren, die Schweizerische Volkspartei werde sich im Falle einer Volksabstimmung «wohl nicht stark» gegen die Vorlage engagieren. In der SVP-Fraktion sorgte Martullos Aussage für Irritationen. Es sei unnötig, sich so früh festzulegen. Und es demoralisiere die Fraktion mit Blick auf die immer noch ausstehende Schlussabstimmung im Parlament zum «Kuhhandel». (fsc)



Fortan kochte der Saal: Hit-Duo Lo & Leduc.



«Gefällt mir»: Post-Chef Schwaller.



Das Protokoll vermerkt Heiterkeit: Präsident Trump.



Genügend crazy? Ex-Quarterback Kaepernick.



«No Billag»: Alt-Bundesrätin Calmy-Rey.

Micheline Calmy-Rey, Überraschungsfeuerwerk, hat im Genfer Privatfernsehen Léman bleu ein erstaunliches Geständnis abgelegt: Ja, sie habe die Volksinitiative «No Billag» im letzten März an der Urne angenommen, sagte die sozialdemokratische Alt-Bundesrätin in einem Interview. Zur Begründung gab sie an, es brauche keine staatlichen Sender, die von morgens bis abends amerikanische Fernsehserien reproduzieren. Von einem echten Service public erwarte sie Reportagen und Tiefe in der Recherche. (fsc)

Ivo Eusebio, Vertreter der dritten Gewalt, geht Ende Jahr in Pension. Der 68-jährige Bundesrichter aus Airolo, der diese Woche von der Vereinigten Bundesversammlung verabschiedet wurde, ist ein vorbildlicher Vertreter der Italianità. Eusebio spricht an öffentlichen Beratungen in Lausanne nämlich fast ausschliesslich in der Sprache Dantes, was seine Richterkollegen und das interessierte Publikum jeweils etwas herausfordert. Nachfolger des Christlichdemokraten Eusebio wird der Tessiner Freisinnige Giuseppe Muschiatti.

Die Frauenfrage, um die man bei Wahlen in Prestigeämtern heute nicht mehr herumkommt, spielt am Bundesgericht übrigens so gut wie keine Rolle. Fast 40 Prozent der Bundesrichtersitze befinden sich in Frauenhand. Ganz ohne Quote. (fon)

Donald Trump, Humorist, hatte am Dienstag seinen grossen Auftritt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen. In dem ihm eigenen Understatement trug er die Erfolge seiner Regierung vor. Er habe «wohl mehr erreicht als je eine andere Regierung zuvor». Das Protokoll vermerkt Heiterkeit. Auf das Gelächter nicht vorbereitet, sagte Trump trocken: «Diese Reaktion habe ich nicht erwartet, aber das ist okay.» Worauf der Saal doppelt so laut lachte. (fsc)

Lo & Leduc, Stimmungsgranaten, sorgen seit Monaten schweizweit für kollektives Hüftkreisen und Ausfallschritte. Mit der fatal endenden Telefonnummernsuche eines verzweifelten Mannes im Lied «079» verbuchten sie 21 Wochen als Nummer eins. Prädikat:

Schweizer Rekord. Der Ehre nicht genug, traten die fidelen Berner *Giele* kürzlich im Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL) auf: Der Konzertsaal erweist sich als prunkvoll, mehrstöckig und total konträr verglichen mit den über den Sommer bespielten hippen Open-Air-Bühnen. Begleitet wurden die Entertainer vom Luzerner 21st Century Orchestra & Chorus – Mundart-Rap unterlegt durch Sinfonieorchesterklänge. Zwar witzelte Lo zu Beginn des Konzerts über die Polstergruppen, in denen es sich normalerweise ein sehr gesetztes Publikum gemütlich macht. Die Aufwärmphase dauerte dann allerdings nur bis zum besagten Hit «079». Fortan kochte der Saal. Ob **Tamara Funicello** an besagtem Abend im KKL zugegen war, ist nicht bekannt. Dass sie beim von ihr mit der Feminismus-Peitsche malträtierten Song «079» im Sessel kleben geblieben wäre, hingegen wahrscheinlich. (zr)

Colin Kaepernick, aufmüppiger Arbeitsloser, zierte die Werbekampagne zum Dreissig-Jahre-Jubiläum des Nike-Slogans «Just Do it». Ausgerechnet er, der arbeitslose Football-Quarterback, den Donald Trump als «Hurensohn» denunzierte – wegen seines Nationalhymnenkniefalls vor Spielen aus Protest gegen Rassismus und Polizeigewalt gegenüber Schwarzen. Seither hat Kaepernick keine Sekunde mehr gespielt. Die Hühnerhautgeschichte des benachteiligten, sich aufopfernden Sportlers hat sich der Sportartikelgigant Nike zum Leidwesen Tumps angeeignet. Eine Gratwanderung mit Erfolg: Der Werbespot geht weltweit viral. Sinnbildlich lehrt Kaepernick am Werbespot-Ende: «Hinterfrage nicht, ob deine Träume crazy sind – frage, ob sie genügend crazy sind.» Crazy ist auch: Als Sportler bleibt Kaepernick arbeitslos, während Nike 27 Prozent mehr Online-Verkaufsabsatz verbucht. (zr)

Nachruf



Gespür für den richtigen Moment: Inge Feltrinelli.

Inge Feltrinelli (1930–2018) — Ihr Leben spiegelt die Geschichte des 20. Jahrhunderts exemplarisch von der Geburt bis zum Tod. Vor allem aber wird Inge Feltrinelli als eine ausserordentliche Fotografin und eine kongeniale Verlagschefin des gleichnamigen Mailänder Hauses in Erinnerung bleiben.

Als ehrgeizige Fotoreporterin für Magazine wie *Life* hatte sie die Grossen der letzten Jahrzehnte vor der Linse – von John F. Kennedy über Simone de Beauvoir bis zu Fidel Castro. Feltrinelli selbst hielt sich zwar «nie für eine gute Fotografin». Aber: «Ich war eine ganz gute Knipserin.» Damit wollte sie sagen, dass sie ein Gespür für den richtigen ereignisgeschichtlichen Moment hatte, um

eine Situation fotografisch zu dokumentieren – mehr Journalistin, weniger Künstlerin. Durch die Heirat mit dem späteren Terroristen Giangiacomo Feltrinelli kam Inge in das gleichnamige Verlagsunternehmen linker Provenienz. Sie baute das politisch fokussierte Programm um und erweiterte das Sortiment mit kommerziell orientierten Titeln, so dass sie die Zukunft des Unternehmens sicherte.

Die letzte Woche Verstorbene kam drei Jahre vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Essen zur Welt; ihr Vater war Jude und musste in die Niederlande fliehen. Sie selbst konnte in Deutschland überleben, flog aber als «Halbjüdin» kurz vor Kriegsende vom Gymnasium. Nach dem Krieg lernte sie den Verleger Heinrich Maria Ledig-Rowohlt kennen und heiratete ihn. 1958 lernte sie Giangiacomo Feltrinelli kennen, der aus einer der reichsten italienischen Familien kam und Kommunist war – und war fasziniert. Die beiden zogen nach Amerika, um das wahre Leben kennenzulernen. Doch der Aufbruch brachte nicht das, was sie sich erhofften – ausser einer Reihe dokumentarischer Bilder der Fotografin Feltrinelli, die bis heute ihren zeitgeschichtlichen Wert haben.

Das Paar kehrte nach Europa zurück. Giangiacomo Feltrinelli radikalisierte sich, Inge verlor das Vertrauen in ihn. Er verabschiedete sich von der bürgerlichen Welt, verschwand als Sympathisant der Roten Brigaden im Untergrund und verstarb 1972 unter ungeklärten Umständen. Sie führte die Verlagsgeschäfte im Auftrag der Familie mit eiserner Hand weiter. *Rolf Hürzeler*



**VAPING
MADE
EASY.**

Logic Pro: die clevere E-Zigarette mit austauschbaren Kapseln.

Verfügbar bei kiosk, avec, Press & Books und weiteren.

logicvapes.com



18+ Dieses Produkt enthält Nikotin.



It's that simple.

Niedergang der HSG

Von Florian Schwab — Die Universität St. Gallen war einst der Inbegriff einer Kadenschmiede. Der Glanz verblasst. Nach Vorzeige-Professor Johannes Rüegg-Stürm gerät nun auch Rektor Thomas Bieger wegen eines Nebenamtes ins Zwielficht.

Kalte Jahreszeit in St. Gallen. Nebelschwaden wehen vom Bodensee herüber und hüllen das mittelalterliche Klosterviertel und den pittoresken Marktplatz in weissen Dunst. In Nebel verhüllt, präsentiert sich dann auch der Rosenberg, der sich im Norden über die Stadt erhebt – die Heimstätte der ehrwürdigen Universität St. Gallen (HSG). Das Grau der in Beton gegossenen Universitätsgebäude geht im Herbst und Winter mit dem unwirtlichen Wetter eine verschwörerische Symbiose ein.

Zusätzlich zur jahreszeitlichen Eintrübung liegt dieses Jahr ein nagender Selbstzweifel wie ein Schleier über den Mauern der HSG. In diesen Tagen erscheinen die Times Higher Education World University Rankings 2019, eine einflussreiche Rangliste der Universitäten auf der ganzen Welt. Gemessen werden vor allem die akademische Schlagkraft und die Qualität der Lehre. Die Universität St. Gallen rangiert, wie bereits im Vorjahr, unter «ferner liefen», also im Feld zwischen 400 und 500 (wo die einzelnen Ränge nicht einmal mehr zugewiesen sind). Zum Vergleich: Die ETH belegt im Ranking 2018 Platz 10. Vor drei Jahren lag die HSG noch im Bereich zwischen 350 und 400, immerhin. In ihrem Zentralgebiet, den Wirtschaftswissenschaften, erreichte St. Gallen im Ranking 2018 den mittelmässigen Platz 63 von 200. Besser sieht es auf der Rangliste der Business Schools aus, welche die *Financial Times* herausgibt. Hier rangiert die HSG seit Jahren auf Platz 4 oder 5 von 91. Allerdings ist diese Auswertung stark auf die Höhe der Löhne der Absolventen abgestützt. Teilweise dürfte die gute Platzierung daher auch der Tatsache geschuldet sein, dass die meisten HSGler im Hochlohnland Schweiz eine Anstellung finden.

Nebentätigkeiten überprüfen

Die Hauptsorge auf dem Rosenberg gilt momentan dem akademischen Personal. Nachdem der hochdekorierte Betriebswirtschaftsprofessor Johannes Rüegg-Stürm als Raiffeisen-Verwaltungsratspräsident den Konzernchef Pierin Vincenz lange Jahre tatenlos hatte gewähren und Regeln übertreten lassen, gerät jetzt auch der oberste Repräsentant der Uni ins Zwielficht. Rektor Thomas Bieger ist nämlich seit 2006 Verwaltungsratspräsident der Jungfraubahnen in Interlaken. Wie die *Basler Zeitung* letzte Woche berichtete, rügt die Finanzmarktaufsicht die Firma, weil diese jeweils zum Jahresende eigene Aktien im grossen Stil verkaufte und

damit den Aktienkurs gezielt um bis zu 4 Prozent nach unten trieb.

Über die genauen Motive der Marktmanipulation hüllen sich alle Beteiligten in Schweigen. Kryptisch heisst es seitens des Unternehmens, man setze sich «im schwierigen touristischen Umfeld» dafür ein, «nicht als Spekulationsobjekt wahrgenommen zu werden». Nachdem sich Rektor Bieger, ein Fachmann für die Tourismuswirtschaft, gegenüber den Medien tagelang in Schweigen gehüllt hatte, doppelte er in einer Stellungnahme gegenüber dem Onlineportal *Die Ostschweiz* nach: Es sei darum gegangen, «die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Unternehmens zu wahren, nicht als Spekulationsobjekt ausländischer Investoren wahrgenommen zu werden und damit auch den regionalen Wirtschaftsstandort zu sichern». Zum kritischen Punkt, ob er als VR-Präsident von den Machenschaften gewusst habe, äussert sich Bieger in seiner Verlautbarung nicht. Für die *Weltwoche* war Bieger aufgrund einer Auslandabwesenheit nicht erreichbar.

Genauerer Nachfragen zum Thema weicht der HSG-Chef aus, indem er darauf verweist, die Uni St. Gallen sei derzeit dabei, die Regelung für die Nebentätigkeiten ihrer Professoren zu überprüfen. Seinem Nachfolger will er unter Umständen sogar ein Verbot auferlegen: Man werde prüfen, «ob ein zukünftiger Rektor oder eine Rektorin aufgrund der zunehmenden Exposition dieses Amtes noch Organfunktionen [in der Privatwirtschaft, Anm. d. Red.] wahrnehmen soll und kann». Mit anderen Worten: Weil Bieger bei den Jungfraubahnen einen Tolggen im Reinheft hat, sollen seinem Nachfolger Fesseln für ein breites Spektrum von Tätigkeiten angelegt werden. Um diese Logik zu verstehen, muss man vermutlich einige Jahre an Biegers Institut für Systemisches Management und Public Governance zugebracht haben.

Bei näherer Betrachtung erweist sich die von Bieger und den Jungfraubahnen in den Raum gestellte Begründung für die Marktmanipulationen als ökonomisch schwerverständlich. Zunächst einmal befindet sich gut ein Drittel der Jungfraubahnen-Aktien in öffentlicher Hand. Eine Attacke ausländischer Spekulanten ist bei dieser Ausgangslage wenig aussichtsreich. Zudem gehört es zu den Spielregeln der Marktwirtschaft, dass man mit einem Börsengang die Kontrolle über die Zusammensetzung der Aktionäre aufgibt, ausser man sehe Regeln zur Vinkulierung der Aktien vor. Warum die

von Bieger präsierte Firma meinte, sich nicht an diese Regeln halten zu müssen? Das bleibt unklar. Zu guter Letzt offenbart die gewählte Technik auch bemerkenswert unkonventionelle Ansichten über die Funktionsweise des Marktes. Wenn man den Aktienpreis gewaltsam unter seinen eigentlichen Wert drückt, wird eine Firma künstlich verbilligt und damit erst recht attraktiv für spekulative Attacken. Die Manipulation kann sich also genau andersherum auswirken als behauptet.

Über die genauen Motive der Marktmanipulationen hüllen sich alle Beteiligten in Schweigen.

Trotz aller Merkwürdigkeiten scheint man an der Universität St. Gallen gewillt, die Ausflüchte des Rektors gelten zu lassen. Biegers oberster Dienstchef, der St. Galler Regierungsrat Stefan Kölliker (SVP), sprang dem in Bedrängnis Geratenen umgehend zur Seite. Und um die Wagenburg um ihren Rektor zu komplettieren, nahm auch die offizielle Studentenzeitschrift *Prisma* Bieger gegen «die Medien» in Schutz. Diese würden «das Bild eines erneut gescheiterten HSG-Funktionärs verkaufen». Für die Studenten seien «der Rektor Thomas Bieger und der Verwaltungsratspräsident der Jungfraubahn Thomas Bieger zwei verschiedene Personen». Das eine habe mit dem anderen «überhaupt nichts zu tun».

Angewandte Machtpolitik

Charakteristisch für die HSG unter ihrem derzeitigen Rektor ist, dass sich die von der *Weltwoche* angefragten Professoren und Studenten nur unter dem Siegel der Vertraulichkeit äussern. Während man nach aussen den freien Wettbewerb der Ideen predigt, wird im Inneren strikte Loyalität erwartet. Und so stellt sich die Frage, ob die Vorkommnisse um Bieger und Rüegg-Stürm nicht doch der Ausfluss einer an der HSG heimischen Kultur des Abnickens und Jasagens sind. Das oberste Aufsichtsgremium an der HSG ist der von St. Galler Kantonalpolitikern dominierte Universitätsrat, der ebenfalls keine Fragen stellt. Und innerhalb der Uni-Hierarchie wäre eigentlich der Senat dafür zuständig, das Rektorat kritisch zu begleiten. Doch das Gremium ist allein aufgrund seiner Grösse – es umfasst sage und schreibe 121 Mitglieder – so gut wie handlungsunfähig.



Rasanten Wachstum: Studenten vor dem HSG-Hauptgebäude.

Die Qualitäten des Rektors liegen vor allem, da sind sich Freund und Feind einig, im Bereich der angewandten Machtpolitik. Hinter dem stets freundlich grüssenden Professor verberge sich ein höchst ehrgeiziger, manchmal skrupelloser Bildungsmanager. Seit er 2011 Rektor wurde, habe er, so wird kommentiert, zielstrebig die ganze Führungsriege mit treuen Gefolgsleuten besetzt, welche kaum die Stimme erheben würden. Intern für Unverständnis sorgte 2016 vor allem die Absetzung des als tüchtig geltenden administrativen Chefs («Verwaltungsdirektor»), der durch einen engen Gefolgsmann Biegers ersetzt wurde.

Die Handschrift des Rektors wird auch darin deutlich, dass er die Kontrolle und Befugnisse der zentralen Verwaltung ausweitet, dies zu Lasten der akademischen und unternehmerischen Freiheit. Betroffene beklagen sich über die vom Rektorat ausgehende zentralistische Feinsteuerung in allen Belangen, die in den letzten zehn Jahren Einzug gehalten hat, von den Anstellungsbedingungen bis zu den IT-Systemen. Dass die zunehmende Machtkonzentration kein Hirngespinnst empfindlicher Professoren ist, belegen die Zahlen: Verbuchte die HSG vor Biegers Amtsantritt 2011 noch 35 Millionen Franken Lohnkosten pro Jahr für die Verwaltung, so sind diese bis heute auf 44 Millionen angewachsen. Gemessen an allen anderen Grössen – Studentenzahl, Gesamteinnahmen –, ist dies eine stark überproportionale Ausdehnung.

Eine kleine Anekdote, die das System Bieger veranschaulicht: Kürzlich verschickte das Rektorat einen Brief an Studenten- und Ehemaligenvereine. Darin verlangt die Uni-Leitung, dass dem Vorstand keine Personen ohne HSG-Hintergrund mehr angehören dürften, andernfalls dem betreffenden Verein die Akkreditierung entzogen werde. Viele HSG-Angehörige machen sich Sorgen, dass zentrale Alleinstellungsmerkmale auf der Strecke bleiben könnten, nämlich die relativ unabhängigen, unternehmerisch geführten Institute sowie die vielseitigen studentischen Initiativen, in denen die HSG-Studenten seit je das Unternehmertum im Kleinen üben.

Masse und Klasse: Geht das?

Die wichtigste Zäsur in der jüngeren HSG-Geschichte sehen viele Beobachter schon vor Biegers Rektoratszeit, nämlich in der Einführung der Bologna-Reformen im Jahr 2001, die überhaupt die ganze Hochschullandschaft mit Bürokratie überzogen hätten. War die «alte HSG» von einem «elitären Geist mit viel Freiraum» geprägt, so sei sie seither «auf dem Weg zu einer ganz normalen Business School». Mit diesen Worten beschreibt der langjährige HSG-Kenner und frühere Privatbankier Konrad Hummler die Entwicklung. Er bedauert, dass es an der Uni St. Gallen «fast keine öffentlich sichtbaren Leuchttürme» mehr gebe. Offenbar gedeihen im heutigen Umfeld keine Schwergewichte

mehr wie seinerzeit der legendäre National-ökonom Walter Adolf Jöhr (1910–1987), der wortgewaltige Franz Jaeger oder die Erfinder des Zentralgestirns der HSG, des St. Galler Management-Modells. Es sei auch schwer vorstellbar, so Hummler, dass der heute am straffen Zügel geführten HSG eine ähnlich geniale Initiative entspringe wie vor Jahrzehnten dem überragenden Wolfgang Schürer das weltbekannte St.-Gallen-Symposium, von dem der Ruf der HSG nachhaltig zehre.

Den Schlüssel zum Verständnis der Entwicklungen an der HSG sieht ein Professor im rasanten Wachstum der ehemaligen Hochschule St. Gallen. Zwischen 2000 und 2018 stieg die Zahl der Studenten von 5000 auf 8500. In den zwanzig Jahren vorher hatte sich ihre Menge mit einer Zunahme von 4000 auf 5000 nur geringfügig verändert. Die Uni St. Gallen sei, so die Einschätzung, mittlerweile zu einer «mittelgrossen Universität» herangewachsen, deren Verwaltungsstruktur aber «aus den Zeiten stammt, als die HSG vielleicht 2000 Studenten hatte».

Masse und Klasse: Geht das? Wer an der HSG ein Grundstudium absolvieren will und keine Schweizer Matur vorweisen kann, muss in der Regel einen Eignungstest ablegen. Im Jahr 2005 haben sich zu diesem Test 574 Studienanfänger angemeldet, von denen nur ein Bruchteil zugelassen wurde. Dieses Jahr absolvierten nur noch 386 Ausländer den Aufnahmetest. Gleichzeitig werden aber heute mehr Ausländer zugelassen als damals. Der Schluss liegt nahe, dass die Qualität gesunken ist. Genaue Zahlen, etwa zur Durchfall- und Abbruchquote sowie zum Notenschnitt ausländischer und inländischer Studenten, rückt die HSG nicht heraus. Man könne es «nicht verantworten», Zahlen zu liefern, die «zu irreführenden Interpretationen» Anlass geben könnten. Hat die HSG also vor allem ein Strukturproblem, das man mit ein paar Schraubendrehungen justieren kann? Silvio Borner ist skeptisch. Der Ökonom mit HSG-Diplom und langjährige *Weltwoche*-Kolumnist war in den 1970er Jahren Professor an der Uni St. Gallen, bevor er nach Basel wechselte. Die wichtigsten Fehlentwicklungen bahnten sich seines Erachtens bereits damals an, als an der HSG das sogenannte St. Galler Management-Modell erfunden wurde, ein universeller Werkzeugkasten für die Unternehmensführung. Beim Verkaufen der HSG nach aussen war dieses zwar ein vorzügliches Marketinginstrument, aber «ab da wurde Management-Technik weitgehend losgelöst vom ökonomischen Prinzip des Wettbewerbs gelehrt». Das St. Galler Management-Modell, so Borner, sei ein Gemischtwarenladen am Rande der Beliebigkeit, ohne eine nennenswerte Disziplinierung durch harte Ökonomie.

Durch das wenig marktwirtschaftliche Managementdenken wurde St. Gallen anfällig für



Erfolgreicher Bürokrat: HSG-Direktor Bieger.



Ja sagen: Ex-Raiffeisen-Chef Rüegg-Stürm.

die Launen des Zeitgeistes. Als die neuen erneuerbaren Energien populär wurden, stampfte die Uni ein «Institut für Wirtschaft und Umwelt» aus dem Boden, das heute zwanzig Leute beschäftigt und dessen Aushängeschild Professor Rolf Wüstenhagen ist. Und während der Masseneinwanderung von Asylsuchenden im Jahr 2015 kreierte die HSG öffentlichkeitswirksam eine aufwendige «Task Force Migration», um «Stadt und Kanton bei der Bewältigung des anhaltenden Zustroms von Flüchtlingen zu unterstützen». Zu dem Programm gehörte auch die Schaffung eines «Schnuppersemesters für Flüchtlinge». Bislang haben gerade einmal drei Migranten von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Auf die Spitze getrieben wird das Zeitgeisteseln durch die Überbetonung der Wirtschaftsethik. Heute beschäftigt das entsprechende Ethikinstitut vier Professoren sowie 21 Dozenten und Assistenten. Im laufenden Semester können sich die Studenten beispielsweise über die «Kommerzialisierung» des Sports Gedanken machen. Der Kursbeschreibung entnehmen wir, dass sich der «Protest» dagegen zunehmend «auf gewaltsamer Ebene» mani-

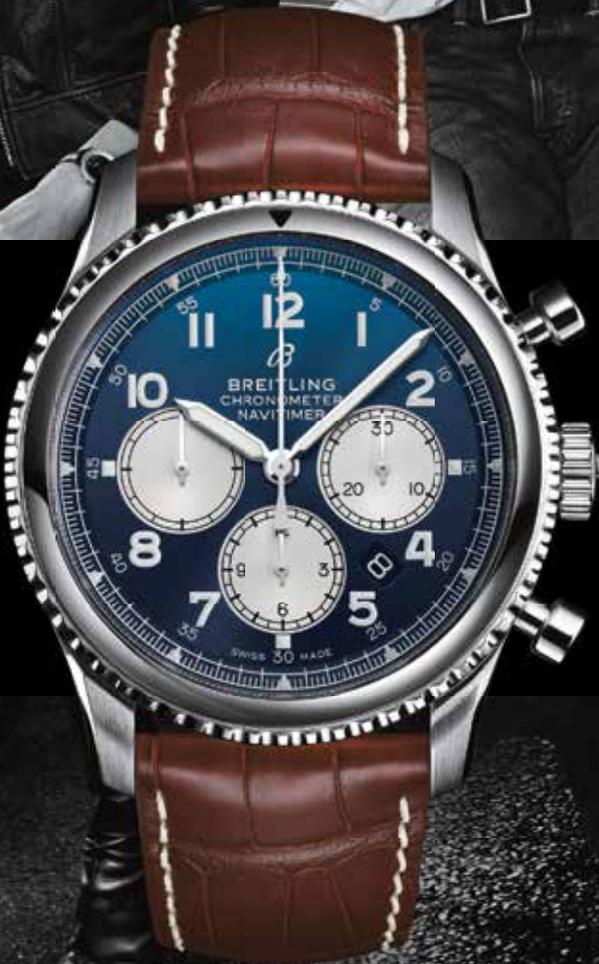
festiere: «Die moralische Empörung richtet sich dabei unter anderem an die als Treiber der Ökonomisierung wahrgenommenen Grossinvestoren, seien es zahlungskräftige Einzelpersonen aus In- und Ausland oder multinational operierende Grosskonzerne.» Der Fachbereich «Gender & Diversity» führt Kurse durch wie «Orte der Vielfalt – Gender & Diversity im öffentlichen Raum» oder «Krieg, Frieden und Geschlecht – Simulation einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates». Gleichzeitig hat die Uni St. Gallen keine Koryphäen mehr im Bereich des Kartellrechts oder des Patentrechts vorzuweisen. Seit der Emeritierung von Peter Nobel fehlt auch ein ausgewiesener Aktienrechtler – die Jungfraubahnen lassen grüssen.

«Verschlimmbesserungen»

Im Fachbereich Ökonomie mangelt es an akademischen Stimmen, die wirtschaftspolitisch Gewicht haben. Den markantesten politischen Fussabdruck haben in den letzten Jahrzehnten nicht die Ökonomen hinterlassen, sondern die Staatswissenschaftler. Sie wenden das St. Galler Management-Modell auf die öffentliche Verwaltung und staatliche Unternehmen an und nennen dies «New Public Management»: Wie private Ressourcen soll auch Steuergeld effizient eingesetzt werden. Instrumente dafür sind beispielsweise Globalbudgets für die Verwaltung oder die Organisation staatlicher Firmen als privatrechtliche Aktiengesellschaft. Laut Henricque Schneider, Chefökonom des Schweizerischen Gewerbeverbands, hat das «New Public Management dabei geholfen, den Schweizer Staat effizienter zu machen». Zur Lösung des Problems des Staatswachstums habe es aber «nichts beigetragen». Für Silvio Borner hat es sogar zu «Verschlimmbesserungen» geführt, indem es «die Grenze zwischen Privatwirtschaft und Staat verwässert».

Womit wir wieder bei Rektor Thomas Bieger wären. Etwa gleichzeitig mit dem St. Galler Management-Modell entstand in den USA die sogenannte Public-Choice-Theorie, die nicht auf weiches Beschreiben, sondern auf harte Analyse ausgerichtet ist. 1971 schrieb der Ökonom und spätere Reagan-Berater William A. Niskanen einen kurzen Aufsatz über die «seltsame Ökonomie der Bürokratie». Es ist ein Analyseraster zum Verständnis des Bürokraten: Anders als der private Unternehmer, der seinen Gewinn maximiert, geht es dem Bürokraten darum, ein möglichst grosses Budget zu bekommen. Seine Macht hängt vom Geld des Steuerzahlers ab. Vor Biegers Amtsantritt 2011 betrug die Subventionen der öffentlichen Hand an die HSG 96 Millionen Franken. Mittlerweile sind es 120 Millionen Franken. Thomas Bieger ist, in Niskanens Sinn, ein sehr erfolgreicher Bürokrat. Und die einst grosse Uni St. Gallen droht zur Behörde zu mutieren.

The Breitling Cinema Squad
Charlize Theron
Brad Pitt
Adam Driver



AIR

LAND

NAVITIMER 8

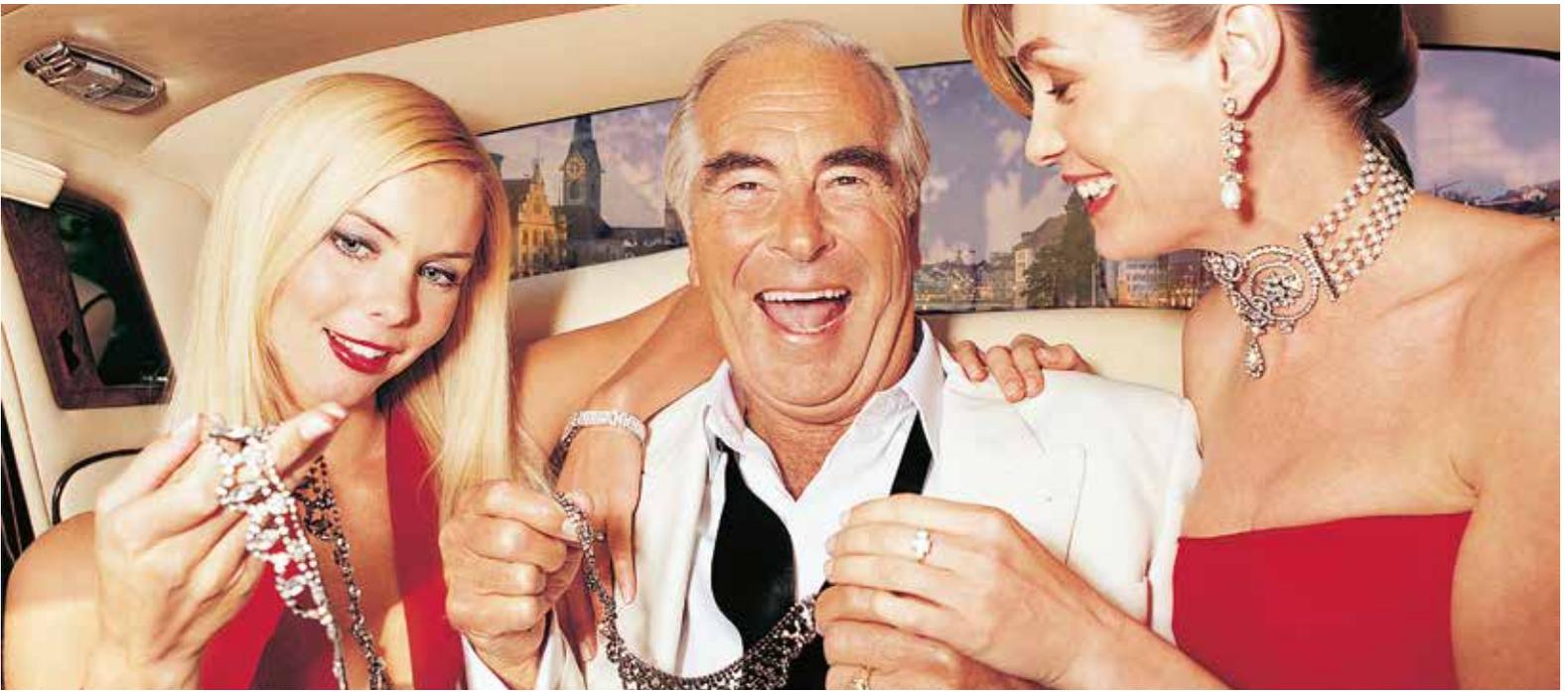
SEA



BREITLING 1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • ZERMATT
ZURICH



Mehr Goldgräberinnen als in anderen Grossstädten.

Essay der Woche

Reich für einen Sommer

Von *Claudia Schumacher* — Frauen, deren schönheitsoperierte Nasen beim Schlafen brechen, und Männer, die unter Nennung ihrer Vermögenswerte um ein Date bitten: Unsere Autorin lebte sechs Jahre in Zürich – und erhielt dabei auch Einblicke in ein spezielles Milieu.

Das ist der Grund, weshalb ich mit dir essen wollte: Ich suche eine Frau», sagte der Mann, der mein Vater hätte sein können. «Die nächste werde ich heiraten.» Ob ich mich nicht von meinem Freund trennen wollte?

Der Mann, der mir da vor ein paar Jahren in einem Zürcher Restaurant gegenüber sass, war der Schweizer CEO einer Luxusmarke. Wir hatten uns bei einem Event im beruflichen Kontext kennengelernt. Dann bat er mich um ein Mittagessen, das ich ebenfalls in diesem Zusammenhang verstand. Schliesslich sassen wir da und tranken Champagner am helllichten Tag – und er stellte mir wenig subtil einen Heiratsantrag in Aussicht.

Viehmarkt Goldküste

Nur ein einziges Mal war ich ihm zuvor begegnet. Wäre ich nicht dabei gewesen, würde ich das jetzt beim Lesen nicht glauben. Aber so trug es sich zu. Offenbar glaubte er, dass er sich – kraft seines Geldbeutels – im Handumdrehen jede Frau Ende zwanzig, die ihm spontan gefiel, gefügig machen könne. Ein Einzelfall, ein Soziopath? Oder einfach nur einer von vielen reichen Männern, die nach einer *trophy wife* suchten?

Er war 24 Jahre älter als ich. Das Gespräch wurde immer irritierender. Ich selbst kam nicht gross zu Wort. Meine groben Koordinaten schienen für ihn zu passen – einmal ge-

sehen: gekauft. Nun musste er nur noch mich von sich überzeugen. Während der rund sechzig Minuten, die so ein Mittagessen in Zürich dauert. Der Mann hatte schliesslich noch ein Unternehmen zu leiten! Bevor er aufs Heiraten zu sprechen kam, wies er vor allem mehrfach auf sein Vermögen hin: Haus am See, Jetset-Leben. So viel zum Thema, Schweizer redeten nicht über Geld. Schweizer Männer mit viel Geld reden sehr wohl über Geld. Zumindest auf dem Heiratsmarkt. Der an der Zürcher Goldküste gewisse Parallelen zum Viehmarkt aufweist.

Lauter Falbalas

Es war natürlich das letzte Mal, dass ich den Mann traf. Aber es war nicht das letzte Mal, dass ich in Zürich unter Nennung von Vermögenswerten um ein Date gebeten wurde. Am harmlosesten war der nur wenige Jahre ältere Kollege, der im Gespräch fallenliess, er habe «auch schon fast 200 000 Franken gespart». Er verschluckte sich daran, schien sich gleich darauf zu schämen und wurde rot. Offenbar ging aber auch dieser nette Kerl davon aus, dass man auf die Art in Zürich Frauen anmacht. Und so verrückt das zunächst erscheint: Es kommt nicht von ungefähr. Durchaus leben Goldgräberinnen in Zürich – wahrscheinlich ein paar mehr als in anderen Grossstädten.

Ich war neu in der Stadt und suchte Anschluss. Als Journalistin wurde ich immer wieder zu schönen Anlässen eingeladen, auf denen sich die Reichen tummelten. Und weil das für mich, die ich zuvor in Berlin studiert hatte und mit dem Skateboard auf die Redaktion fuhr, eine abgefahrene, neue Welt war, rutschte ich da einen Sommer lang hinein.

Es ist nämlich so, dass man als junge Frau nicht selber reich sein muss, um von den Reichen schneller absorbiert zu werden als La-Mer-Creme von der Haut einer siebzigjährigen Goldküsten-Gattin. Eine junge Frau, die sich was Hübsches anzieht und sich bestenfalls noch ein wenig auf Salongeplauder versteht, ist in Zürich stets gerngesehenes Frischfleisch auf dem Heiratsmarkt für Sugardaddys.

Manche Frauen in diesen Kreisen sind wiederum narzisstisch genug, um im Angesicht einer Journalistin sofort zu denken: «Vielleicht schreibt die über mich!» Sie sind entweder selber Bankerinnen, Unternehmensberaterinnen, Psychiaterinnen oder Schönheitschirurginnen wie die Männer. Oder sie sind zumindest Models. Oder Ex-Models in der PR-Branche. Jedenfalls verfügen viele tendenziell über eine Persönlichkeitsstruktur, die sie denken lässt, dass die Öffentlichkeit – und damit eine Journalistin – gesteigertes Interesse an ihnen haben müsse.

Also umarmen sie dich wie die Männer, mit Küsschen, Küsschen, Küsschen und «Ciao, Schatzi». Sie reden alle nettes Zeug, denselben unfassbar langweiligen Mist: Von Ferien auf den Seychellen oder den Malediven, dem Wandern in Graubünden oder im Tessin oder davon, wer in Küsnacht die besseren Chanel-Handtaschen fälscht: Adriana oder Jelka. Denn natürlich sind an der Goldküste nicht alle so superreich, wie sie wirken wollen. Gerade die Frauen arbeiten teilweise nicht und müssen mitunter jeden ihrer Posten auf seiner Kreditkartenabrechnung rechtfertigen. Das sind die Frauen, die auf Anlässen etwas beschämt am Eingang sagen, sie seien das «Plus 1» von Herrn Soundso. Aber dann fassen sie sich beherzt an die Diamantkette und wissen wieder, warum sie sich das antun.

Verlobungsring von Tiffany

Bald war ich Teil eines Party-Tandems. Zwei junge Frauen in engen Fummeln und auf High Heels fallen mehr auf als eine. Konnten wir uns überhaupt leiden? Unwichtig. Hauptsache, die Fotos wurden gut. Meine Blondine arbeitete in der Versicherungsbranche. Wir haben heute kaum noch Kontakt. Aber ich rechne ihr auch rückblickend hoch an, dass sie heimlich kokste und mich da nicht mit hinein zog.

Die Haare der Goldküstenfrauen und Goldgräberinnen glänzen übrigens wunderschön – ganz egal, wie viel sie koksten. Natürlich tragen sie elegante Kleidung, gehen fast täglich ins Fitnessstudio – und sind sich somit am Ende des Tages alle zum Verwecheln ähnlich. Die Schweizerinnen sind ja die schlanksten Frauen Europas, und die dünnsten von ihnen leben wohl an der Goldküste. Besonders ähnlich sind sich die Operierten unter ihnen. Fast jede sieht aus wie Falbala aus «Asterix»: dicke Lippen, Filler in den Wangen, dünne Ärmchen, Kunstbrust. Als gäbe es in Zürich nur einen einzigen Schönheitschirurgen.

Als ein amerikanischer Designer im Zürcher Seefeld eine Party schmiss, stand ich mit einem Grüppchen Falbalas vor der Tür. Ein paar von ihnen rauchten. «Klassischer Reitunfall», sagte Falbala 1 kichernd zu Falbala 2, unter deren Make-up im Nasenbereich Blu-

Valley ging. Ihr Verlobter arbeitete bei Google. Shopping-Trips am Wochenende nach Paris. Aber wenn sie stritten, zog er sie an den Haaren und würgte sie. Viele Männer mit Siebzig-Stunden-Jobs sind einfach sehr gereizt. Vor ein paar Jahren schrieb eine US-Autorin über diese Zürcher Bankerszene, in der Gattinnen depressiv werden. «Hausfrau» hiess das Buch von Jill Alexander Essbaum, die selbst einige Zeit mit einem Schweizer Banker in Zürich lebte.

Jedenfalls erklärte mir Falbala 1 später, was es mit den Blutergüssen auf der Nase von Falbala 2 auf sich hatte: «Das ist so eine Arme, die es echt zu weit getrieben hat mit den OPs.» Falbala 1 war selbst Schönheitschirurgin. Sie sagte mir, man mache an der Goldküste den Reitunfall-Scherz, wenn mal wieder an einer Frau die Nase breche. «Aber warum bricht

denn die Nase?», fragte ich naiv. «Einfach so», sagte Falbala 1. «Weil sie kaputtoperiert wurde, viel zu dünn ist. So eine Nase bricht auch einfach mal über Nacht. Im Schlaf.» Im Prinzip reiche ein Windhauch, scherzte sie. Zumindest glaube ich, dass es ein Scherz war.

Alles schreiend komisch. Ein paar Monate später hatte ich selber eine Diamantkette am Hals. Und vor allem: einen Diamantklunker von Tiffany am Finger. Mein Verlobter war kein Sugardaddy, wir waren gleich alt. Und zumindest am Anfang war er der perfekte Gentleman. Allerdings sahen wir uns kaum, er arbeitete ja nur, wie alle im Finanzwesen. Irgendwann endete mein Sommer unter den Reichen. Brav gab ich den Ring, die Kette und den Mann zurück. Und die Welt, zu der sie gehörten, habe ich keinen Tag lang vermisst.

Gesund werden braucht Unterstützung. Wir sind für dich da.

Telemedizinische Beratung. Kostenlos und rund um die Uhr beraten dich medizinische Fachpersonen zu deinen Gesundheitsfragen. Falls nötig, überweisen sie dich auch an den Arzt deiner Wahl. **Dein Gesundheitspartner. Ganz persönlich.**

Beratung in über 100 Agenturen, per Telefon unter 0844 277 277 oder auf css.ch

CSS
Versicherung

Es sind Frauen, die auf Anlässen am Eingang sagen, sie seien das «Plus 1» von Herrn Soundso.

tergüsse durchschimmerten. Ich verstand zuerst nicht, was hier los war. Wurde die Frau zu Hause geschlagen? Ich kannte ja so eine Goldküsten-Frau, die nach aussen hin ein Designerleben führte und daheim Gewalt ausgesetzt war. Eine Expat, wir wurden Freundinnen, bevor sie zurück ins Silicon

Der Bauernschreck

Von Beat Gygi — Der Neuenburger Grossmilchbauer Xavier Menoud hält es für unverantwortlich, die Landwirte über Direktzahlungen zu unterstützen. Der Lohn soll vom Arbeiten kommen. Die Debatte über die Agrarreform kommt in die heisse Phase.



Mehr Spielraum: Milchbauer und Treuhand-Unternehmer Menoud.

Ein Milchbauer sticht in ein Wespennest, nicht mit der Mistgabel, sondern mit Bleistift und Taschenrechner. Per Zeitungsinserat hat Xavier Menoud vor rund einer Woche zu einem Vortrag nach Thalwil eingeladen, an dem er gegen die offizielle Landwirtschaftspolitik und speziell gegen die Direktzahlungen an die Branche vom Leder zog. Als «Grosslandwirt und Mit-eigentümer des grössten Milchbetriebs der Schweiz» skizzierte er an der Veranstaltung, welchen Weg er sich für die schweizerische Landwirtschaft vorstellt – einen Weg, der, bild-

lich ausgedrückt, nicht mehr mit Staatsgeld asphaltiert sein soll. Besonderes Aufsehen erregte die im Inserat veröffentlichte Zahl: Gut 967 000 Franken habe sein Betrieb im Rekordjahr 2010 an Steuergeldern kassiert. Sein Bruder hat diese Angaben inzwischen als unkorrekt kritisiert, aber der erste Eindruck vom riesigen Milchproduktionshof in Môtiers im neuenburgischen Val-de-Travers mit den enormen Bundeszuwendungen steht fest. Das Thema Direktzahlungen gerät ins Scheinwerferlicht – und das wenige Wochen bevor der Bundesrat seinen Vor-

schlag für die heissumkämpfte «Agrarpolitik ab 2022» in die Vernehmlassung geben will.

Die etwa zwanzig Besucher an jenem Abend in Thalwil waren überwiegend aus der Landwirtschaft und diskutierten diese Summe zwar in nüchternem Ton, klar war aber auch, dass damit ein wunder Punkt berührt wurde, der zum Reizthema werden und zu unberechenbaren politischen Debatten führen kann. Wie viele Wespen nun aus dem Nest kriechen und wie wild ihr Angriff wird, ist noch offen, erste Anzeichen in Fachmedien deuten auf nervöse Reaktionen

der landwirtschaftlichen Branche hin. Die *Bauernzeitung* hat Menouds Inserat und seine Vorstellungen in einem Artikel aufgegriffen, der nach den Worten des Autors und Chefredaktors Adrian Krebs blitzartig zu den meistgelesenen und meistkommentierten Texten der vergangenen Jahre wurde. Menoud will eine radikale Wende in der Landwirtschaftspolitik mehr oder weniger in der Art voranbringen, wie er sie mit Vater und Bruder für den eigenen Betrieb vor knapp zehn Jahren eingeleitet hat.

Spitzen-Hochleistungsanlage der Schweiz

Wie sieht diese Wende aus, was ist Menouds Modell? Kurz gesagt: Man bildet eine grosse Kooperation landwirtschaftlicher Betriebe, in der jeder Bauer seine Spezialaufgabe hat und in deren Zentrum ein grosser Milchbetrieb steht. Der Vater und die zwei Brüder hatten je einen Hof mit relativ alten Einrichtungen, und diese legten sie, als 2009 das Ende der Milchkontingentierung kam, zusammen, um einen gemeinsamen, grossen Milchviehstall zu bauen. Sie schöpften die Aussenmasse aus, die das Raumplanungsgesetz erlaubt – 100 Meter lang, 50 Meter breit, 14 Meter hoch –, und legten los.

Man bildet eine grosse Kooperation, in der jeder Bauer seine Spezialaufgabe hat.

Bereits nach kurzer Zeit hatten sie die Zusammenarbeit mit fünfzehn Partnerbetrieben aufgegleist. Die durchschnittliche Jahresmilchleistung der Kühe liegt laut Statistik des Rindviehzuchtverbands *Swissherdbook* bei 11600 Kilogramm, das ist landesweit der vierte Platz unter den Haltern der Milchrasse Holstein. Menouds Stall ist also die Spitzen-Hochleistungsanlage der Schweiz, und deren 4 Millionen Kilogramm Milch pro Jahr gehen an die Migros, die es ihrerseits schätzt, dass ihre Milch-Sattelschlepper in einem Zug gefüllt sind.

Bildlich ausgedrückt, ist das Ganze wie ein Rad mit Speichen: In der Mitte sitzt der Stall mit den Kühen, die gemolken werden, an den Speichen sind Betriebe mit Zusatzaufgaben angeordnet, die Jungvieh aufziehen oder zu den Kühen schauen, die gerade keine Milch geben. «Das ist nicht neu, Betriebsgemeinschaften gibt es überall, wir haben es auch versucht», wendeten die Bauern am Abend in Thalwil ein, und ähnlich hört man es an vielen anderen Orten. Aber der 38-jährige Xavier Menoud hält dagegen; er ist nicht einfach der ungestüme Grossbauer aus dem Welschland, er ist vor allem auch der Ökonom mit Abschluss an der Universität St. Gallen und Wirtschaftsprüfer mit jahrelanger Erfahrung bei einer grossen Prüfgesellschaft, wo er Ölplattformen, Energieanlagen und Versorgungsunternehmen selbst aus Korea unter die Lupe genommen hatte. Ein Unfall hatte ihn zwischendurch jahrelang zur Rehabi-

litation gezwungen, und in Adliswil führt er ein eigenes Treuhandunternehmen.

Mit ökonomischer Schärfe legt er im Gespräch dar, wo die grössten Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen in der Milchwirtschaft liegen: beim Melken, also beim Stall mit den laktierenden Kühen samt Melkanlage – in Menouds Betrieb 28 Melkplätze –, und in der Tierbetreuung rund um die Uhr. In dieser Disziplin habe er die optimale Grösse gesucht, und die liege eben bei 300 Kühen, nicht bei den 50 bis 60 Plätzen, die in der offiziellen Landwirtschaftspolitik als effiziente Struktur unterstützt werden.

Nein, bei 300 Kühen könne man die Kosten im Vergleich mit den 60er-Lösungen laut Untersuchungen der Agrarforschung um knapp einen Viertel reduzieren. Das zu vernachlässigen, fände er sträflich. Zudem biete ein solcher «Milch-Hub» fünf Arbeitsplätze, es sei also kein Problem, geregelte Arbeits- und Freizeit und somit Sozialverträglichkeit einzuführen. Das 60er-Modell dagegen sei nicht sozial verträglich, das sei auf eine Familie mit rund 1,5 Arbeitskräften ausgerichtet, die rund ums Jahr in der Pflicht stünden, kaum Ferien machen könnten, mit der Schuldenlast am Anschlag seien. «Es ist kein Wunder, wenn es zunehmend Bauern gibt, die keinen Ausweg mehr sehen», sagt er.

Und die Ökologie?

Rasch kommen die Gegenargumente: Das sei ja eine Industrialisierung – und das in einer Zeit, da Naturnähe und kleinere Strukturen gefragt seien –, gar ein Grössenwahn, so ein Hof habe gut zehnmal mehr Kühe als der heutige Durchschnittsbetrieb mit 26 Tieren. Ober denn die Betriebszahl auf einen Bruchteil verringern und die Ökologie verwässern wolle? Nein, meint Xavier Menoud, im Gegenteil, man müsse beachten, dass die Kooperation im Milch-Hub die beteiligten Betriebe in ihrer Eigenart und Spezialisierung belasse. In seinem Netzwerk in Môtiers seien die fünfzehn Satellitenbetriebe grossenteils kleine, überschaubare Einheiten, da Jungviehaufzucht und Betreuung der Galtkühe auch in alten und kleineren Anlagen effizient möglich seien und den Eigentümern ohne grossen Stress auch einen Nebenerwerb erlaube. Der einzige Teil des Gesamtunternehmens, der auf Hochleistung, Spitzentechnik und optimale Grösse zu trimmen sei, weil dies massive Kosteneinsparungen bringe, sei der Stall mit den Milchkühen.

Oder anders gesagt: Das ganze Unternehmen ist organisiert ist wie ein Orchester mit vielen Laienmusikern und einem einzelnen teuren Profi-Solisten, der den Erfolg garantiert. Warum aber das ganze Umkrempeln, wenn es doch auch so geht wie bisher? «Es kann eben nicht so weitergehen», meint Menoud. Im Vergleich mit der EU erhielten die Schweizer Landwirte einen doppelt so hohen Milchpreis, einen dreifachen Fleischpreis, bekämen dazu das Vierfache an Direktzahlungen vergütet – und der

Bauernverband und das Gros der Landwirtschaft seien unzufrieden. Das lässt aufhorchen, nachdem in den neunziger Jahren in der Landwirtschaftspolitik die grosse Wende hin zu Direktzahlungen eingeleitet worden war, um bäuerliche Leistungen für Ökologie, Landschaftspflege und anderes abzugelten. Diese Regulierung gilt für viele als fortschrittlich, führt aber auch zu fragwürdigen Anreizen.

«Störend ist, dass viele Landwirte Geld erhalten fürs Nichtstun. Nichtstun bedeutet nicht nur, nicht arbeiten zu müssen, sondern auch, keine Kosten zu haben», meint er und fügt an: «Es ist auch ethisch fast unmöglich, das der Bevölkerung und den Steuerzahlern zu erklären.»

Das Brisante an seinen Worten ist, dass viele Bauern ähnlich denken, aber aus Angst, die Direktzahlungen aufs Spiel zu setzen und Einkommen zu verlieren, dies nicht so offensiv sagen wie Menoud – vor allem jetzt, da die Debatte über die «Agrarpolitik nach 2022» bevorsteht. Der Bund hat die Ziele schon grob umrissen: mehr Markt, Vereinfachungen agrarpolitischer Massnahmen und Anpassung der Direktzahlungen. Bauernverbands-Präsident Markus Ritter hat kürzlich gewarnt, dass die Branche aufpassen müsse, wenn der Bundesrat ein einfacheres System bei den Direktzahlungen anstrebe. Rasch entstehe da das Risiko von Kürzungen im Agrarbudget. Menoud ist anderer Meinung: Er will sich in der Debatte gegen Direktzahlungen engagieren und als Gegenleistung mehr unternehmerischen Spielraum fordern, um Kostensenkungen realisieren zu können, vor allem bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Grossanlagen und ein toleranteres Raumplanungsgesetz. Sonst würden die Direktzahlungen immer mehr Landflächen für andere Verwendungszwecke blockieren und eine Mentalität fördern, dass man ein ewiges Recht auf eine staatliche Rente habe.

MULTI ASSET AKTIV



«Handelsstreit und ungelöste Schuldenprobleme. Warum es gerade jetzt so wichtig ist aktive Multi Asset Lösungen zu bevorzugen, lesen Sie in unserem neuen Anlagepolitik Heft Q4 2018.»

Marcel Schnyder
CEO

REICHMUTH & CO

INVESTMENT MANAGEMENT AG

LUZERN

Mörgeli

Die EU zeigt ihre Fratze

Von Christoph Mörgeli

In Märchen und Fabeln liegt mehr Wahrheit als in der gestrigen Tageszeitung. Gemäss einer uralten Fabel will der Frosch einen Stier beeindrucken. Das Bild passt genau für das gegenwärtige Verhalten der EU. Deren Repräsentanten blasen sich vor John Bull – der an einen Stier gemahnenden Verkörperung Grossbritanniens – auf wie ein Frosch. Der EU-Frosch wirkt so zwar grösser und imposanter, als er ist. Doch bald schon zerplatzt der aufgebläse Frosch in tausend Stücke. Was dem gelassenen Stier ziemlich gleichgültig ist.

Wie sich das Personal der EU gegenwärtig gegenüber Grossbritannien aufführt, ist blamabel. Statt der britischen Demokratie ihren Willen zu lassen, will Brüssel Grossbritannien demütigen. «Europa» spielt den starken Mann. Und ist in Wirklichkeit ein kranker Mann. Geschüttelt von Währungskrise, Flüchtlingskrise und Identitätskrise. Wenn erst Deutschlands Wirtschaft stottert und der Süden seine Bilanzen deponiert, wird diese Union zerfallen. Darum muss sich die EU dermassen aufspielen – auch am jüngsten Gipfel in Salzburg. Die EU, deren Hauptstädte im Vergleich zur Weltmetropole London Provinzkäffern ähneln, machte sich wichtig. Sie lehnte die britischen Vorschläge zum Brexit in Bausch und Bogen ab.

Längst überdeckt die verkrampfte EU-Ideologie die wirtschaftliche Vernunft. Das Vereinigte Königreich soll nicht meinen, es könne mit seinem EU-Austritt anderen Staaten und Völkern als Vorbild dienen. Zu einem Bild von ihm und May vor einem Kuchenteller postete EU-Ratspräsident Donald Tusk wie ein Zehnjähriger auf Instagram: «Ein Stück Kuchen gefällig? Tut mir leid, keine Kirschen.»

Donald Tusk leistete sich eine doppelte Entgehung: Dieser Pole hat vergessen, wer 1939 den Polen nach dem deutschen Überfall zu Hilfe eilte und für das ferne Land viele seiner besten Söhne opferte. Auch leidet Theresa May an Zuckerkrankheit und darf darum keinen Kuchen essen. Die Briten blieben höflich. Doch sollte man ihre Höflichkeit nicht mit Schwäche verwechseln.

Statt Klartext über die widerliche Machtpolitik der EU zu sprechen, äussern die Schweizer Medien Verständnis. Sie werden nie begreifen, was sich unser Land mit einem EU-Diktat einbrocken würde. Nur unsere Journalisten fürchten sich noch vor dem aufgebläsen Frosch. Und merken nicht, dass dies eigentlich nur Würmer tun.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Bodenmann

Wer schnappt sich das Thema?

Von Peter Bodenmann — Peter Spuhler ist ein alter Freund des Staatsfonds.



Der Thurgauer will zurück nach Bern.

Die Schweizerische Nationalbank ist stärker als alle Spekulanten zusammen. Solange Bund, Kantone, Gemeinden, Unternehmen und Haushalte halbwegs solide wirtschaften.

Die Aufhebung des Mindestkurses war ein Fehler. Und weil das ein Fehler war, musste die Nationalbank mehr Geld drucken, als wenn sie den Mindestkurs verteidigt hätte. Trotzdem gingen 150 000 Arbeitsplätze verloren oder sind nicht entstanden. Bald einmal stehen 80 000 Wohnungen leer, weil sich die Zuwanderung halbiert hat. Glück im Unglück: Die Nationalbank sitzt auf einem Vermögen von gut 750 Milliarden Franken.

Die Grundsatzfrage: Ist die Schweizerische Nationalbank nicht mehr handlungsfähig, wenn die Politik ihr 500 Milliarden Franken wegnimmt? Und einen Staatsfonds schafft, der die AHV sichert und die Explosion der Krankenkassenprämien wirksam dämpft. Natürlich nicht. Für die Nationalbank wäre dies ein leicht erträglicher Aderlass. Professor Garelli aus Lausanne vertrat schon 2016 den Standpunkt: «Die Nationalbank hält Devisenreserven in der Höhe von ungefähr 560 Milliarden Franken angehäuft. Diese Summe beunruhigt mich nicht. [...] Ich sehe darin kein Problem. Andere Länder verkaufen Öl, wir <verkaufen> Stabilität.»

Inzwischen scheint sich auch in Bern einiges zu bewegen: Bewegung 1: Für Ueli Maurer sind die Reserven der Nationalbank zu hoch. Bewe-

gung 2: SVP-Nationalrat Matter will der Nationalbank lächerliche 34 Milliarden wegnehmen, um diese in den AHV-Fonds zu stecken. Und gleichzeitig die Schweiz mit einem noch stärkeren Franken in die nächste Krise treiben. Bewegung 3: SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer möchte einen Staatsfonds schaffen, der diesen Namen verdient. Mit 500 Milliarden Franken. Bewegung 4: SP-Präsident Christian Levrat will über einen Staatsfonds nachdenken. Wird auch langsam Zeit.

Unsere bürgerlichen Jungparteien haben Gas in ihren Birnen. Sie wurden in ein Land mit einer Superinfrastruktur hineingeboren: Autobahnen ohne marode Brücken, Eisenbahnen vom Feinsten, zwei technische Hochschulen der europäischen Spitzenklasse und so weiter. Die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden kann die Nationalbank aus der Portokasse begleichen, wenn sie keinen Staatsfonds schafft. Die Jungen sollen aufhören mit dem Klönen und den Alten – vorab den Frauen und den Fremdarbeitern – dankbar sein.

Peter Spuhler ist ein alter Freund eines Staatsfonds. Er will zurück nach Bern, ins Stöckli. Falls niemand von Seiten des Freisinns oder der CVP bis dann das Thema Staatsfonds besetzt, wird Mostindien diese überreife Frucht pflücken.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Haarig in den Kampf

Von Kurt W. Zimmermann — Man muss nicht einig mit ihm sein, um zu sagen: SRG-Chef Gilles Marchand machte seinen Job.

SRG-Generaldirektor Gilles Marchand hat sich neuerdings einen Bart wachsen lassen. Damit ist alles gesagt.

Barträger, so weiss ich seit meinem Studium der Psychologie, wollen ihrer Umwelt zwei Dinge signalisieren. Erst einmal signalisieren sie innere Stärke. Als Zweites signalisieren sie Distanz. Sie bauen zwischen sich und dem Rest der Menschheit eine haarige Abdichtung auf.

Letzte Woche boxte Marchand in seinem SRG-Verwaltungsrat den Entscheid durch, 170 Radio-Mitarbeiter vom Studio Bern nach Zürich umzulagern. Er kam zur Sitzung mit dem neuen Bart, und er wusste, warum. Es war absehbar, dass die politischen Reaktionen auf den Entscheid vernichtend sein würden.

Für einmal vereinte der laute Protest alle Lager. Er reichte von SVP-Nationalrat Adrian Amstutz über FDP-Ratskollege Kurt Fluri bis zu Grünen-Präsidentin Regula Rytz und SP-Nationalrat Matthias Aebischer. Selbst treue SRG-Vasallen aus der CVP heulten auf. Es war eine massive Koalition, die das Radiostudio aus föderalistischen Gründen nicht in die dominante Medienhauptstadt Zürich ziehen lassen wollte und weiterhin nicht will.

Panik vor der politischen Phalanx

Ich habe an dieser Stelle auch geschrieben, dass der Umzug keine gute Idee war. Man spart damit zwar etwas Geld. Aber bei einem Unternehmen, das die Öffentlichkeit jährlich mit 1,2 Milliarden finanziert, sind subsidiäre Rücksichtnahmen oft wichtiger als betriebswirtschaftliche Zahlen. Die Landesinstitution SRG sollte auch journalistisch möglichst landesweit verankert sein.

Dennoch kann man Marchands Sturheit verstehen. Wenn man die heftigen politischen Reaktionen auf den Radio-Entscheid betrachtet, dann wird eines schnell offensichtlich: Es geht nicht primär um den Radio-Entscheid. Es geht um mehr, es geht um den Zugriff der Politik auf die SRG.

Was man schon in der «No Billag»-Debatte verspürte, ist nun noch deutlicher geworden. Wenn wir schon zahlen, sagt sich die Politik, dann wollen wir auch befehlen. Die Unabhängigkeit der SRG ist in keiner Partei mehr unbestritten. Alle, von den Links-Grünen bis zur SVP, wollen den Landessender, je nach Interessenslage, stärker an die Kandare nehmen.

Marchand, so berichten auch seine Verwaltungsräte, hatte vor dieser politischen Phalanx eine ziemliche Panik. Wenn er in der Radio-



Härte beweisen: Generaldirektor Marchand.

frage eingelenkt hätte, so fürchtete er, hätte die Politik erst recht Blut geleckt. Es wäre ein Präjudiz gewesen, dass das SRG-Management sich politischem Druck beugt, in der Gegenwart und damit erst recht in der Zukunft.

Marchand konnte darum nicht zurück. Denn er hatte seinen Fehler schon vor Monaten gemacht. Er hätte das unselige Radio-Vorhaben damals schon abbrechen müssen, bevor die politische Drohkulisse entstand. Dann wären er und die SRG schadlos aus der Geschichte herausgekommen.

Bart ab

Jetzt aber blieb Marchand nichts anderes übrig, als Härte zu beweisen. Er setzte damit ein deutliches Zeichen für die Autonomie seines Medienhauses. Es war ein wichtiges Signal. In den kommenden Debatten um das neue Mediengesetz wird der Landesfunk um seine Autonomie kämpfen müssen wie noch nie in seiner Geschichte. Von links bis rechts wird man Gängelbänder auslegen.

Insofern hat Marchand einen guten Job gemacht, als er nun der politischen Pression standgehalten hat. Er hat sich nicht einschüchtern lassen. Für die künftigen, vergleichbaren Auseinandersetzungen, die mit Sicherheit kommen, sollte man ihm den Rücken stärken.

Denn eines ist klar: Wenn die SRG vor der Politik kuscht, dann ist der Bart ab.

Ein Scherz?

Von Henryk M. Broder — Juden in Unterwanderschuh.

Stellen Sie sich bitte einmal vor, Sie bekommen eine Einladung zu einer Sex-Party am Rande eines Kirchentages. Oder zu einem Spanferkel-Essen in einer Moschee zum Ausklang des Fastenmonats Ramadan. Noch geiler wäre nur eine Feierstunde zum Todestag von Adolf Hitler in einer Synagoge. «Unmöglich», werden Sie sagen, «wer denkt sich denn so was aus?» Ja, wer wohl? Es ist das Leben. In diesen irren Tagen muss man auf alles gefasst sein.



Ich zum Beispiel habe soeben eine Einladung zu der «Gründungsversammlung einer jüdischen Bundesvereinigung innerhalb der AfD» bekommen. Zuerst dachte ich: «Das kann nur ein Scherz sein, jemand will mich auf den Arm nehmen.» Dann aber überlegte ich: Es gibt einen «Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten» in der SPD, einen «Bund jüdischer Soldaten» in der Bundeswehr, sogar einen «Bundesverband jüdischer Ärzte», obwohl es keine spezifisch jüdische Medizin gibt. Warum soll es keine jüdische Gruppe in der AfD geben? Nur weil es ein paar bekennende, aber nicht praktizierende Antisemiten in der AfD gibt? *Jo mei*, sagt man dazu in Bayern, was soll's?

Ich habe keine Ahnung, ob und wie viele Juden der AfD beigetreten sind und warum sie sich jetzt als «Juden in der AfD» organisieren wollen. Ich finde nur: Unter allen Problemen, mit denen Juden derzeit zu tun haben, sind ein paar AfD-Mitglieder das kleinste. Charlotte Knobloch, die unermüdliche Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in München, hat da allerdings eine andere Haltung: Es sei ihr «unverständlich», sagt sie, «wie jüdische Menschen ihre Mitgliedschaft in einer solchen Partei vor sich selber rechtfertigen können». Nun, ich hätte da eine Erklärung anzubieten, wobei ich darauf hinweisen möchte, dass es sich um reine Spekulation handelt. Die «jüdischen Menschen», deren Verhalten Frau Knobloch «unverständlich» ist, könnten «U-Boote» sein, welche die AfD unterwandern wollen. In der SPD ist das eine alte und erfolgreiche Technik, um ganze Ortsvereine zu übernehmen. Sie könnte auch bei der AfD zum Ziel führen. Insofern wäre das Verhalten der «jüdischen Menschen» sehr verständlich. Und ein Beleg dafür, dass sie aus der Geschichte gelernt haben. Im Gegensatz zu Frau Knobloch, die immer noch glaubt, mit ihrer «Das darf es nicht geben»-Rhetorik etwas erreichen zu können.



FDP-Präsidentin Gössi.



Ständeratspräsidentin Keller-Sutter.



Nationalrätin Sauter.

Darf, soll, muss es eine Frau sein?

Der Druck steigt, dass auf Johann Schneider-Ammann im Bundesrat eine Frau folgt. Die Favoritinnen bringen sich in Stellung. Männliche Kandidaten halten sich bedeckt.

Von Hubert Mooser

Als er am Dienstagmorgen, mit einer halben Stunde Verspätung, vor die Mikrofone der Bundeshausmedien trat, da war ihm anzusehen, dass die letzten Tage ihm zugesetzt hatten. Stehend und auf seine sympathisch holprige Art verlas er seine Rücktrittserklärung. Und dann das: Plötzlich hielt Johann Schneider-Ammann inne, blickte in die Runde, ein Lächeln huschte über sein Gesicht: «Wenn Sie mich jetzt fragen, wie es mir geht – es geht mir gut. Ich bin wach», witzelte er.

Es war eine Anspielung auf Presseartikel, die über ihn in den letzten Tagen erschienen waren. Der Wirtschaftsminister döse manchmal einfach weg, berichtete der *Tages-Anzeiger*. Neu war das nicht, schon vor Jahren waren seine zeitweiligen Aussetzer ein Thema. Schneider-Ammann jettete munter weiter von einer Ecke der Welt in die andere, von Termin zu Termin – als wolle er damit alle Lügen strafen. Jetzt aber, fand er, sei der richtige Moment für den Rücktritt, weil mit der Digitalisierung ein neues Zeitalter angebrochen sei. Eine Begründung, der man die Originalität nicht absprechen kann.

«Doppeltes Frauenticket»

Normalerweise äussern sich abtretende Bundesräte nicht über mögliche Nachfolger, das gilt in Bundesbern als schlechter Stil. Aber während der Rücktrittspressekonferenz liess Schneider-Ammann den Satz fallen: «Eine Nachfolgerin täte gut.» Eine Nachfolgerin? Man weiss nicht genau, ob er dabei an die St. Galler Stände-



Johann Schneider-Ammann tritt ab.

ratspräsidentin Karin Keller-Sutter gedacht hat, der er vor acht Jahren die Tour vermasselt hatte. Aber egal, wen er im Kopf hatte, der Wirtschaftsminister hat damit die Frauenfrage erst recht lanciert. Dabei traute sich schon jetzt kein Parlamentarier mehr, die Anwartschaft einer Frau auf den frei werdenden Bundesratsstiz in Frage zu stellen. Auch Politiker wie CVP-Präsident Gerhard Pfister und SVP-Präsident Albert Rösti nicht, selbst wenn sie geschlechtsneutrale Kriterien formulieren.

Warum muss es unbedingt eine Nachfolgerin sein? Wenn man der Waadtländer SP-Ständerätin Géraldine Savary diese Frage stellt, bekommt man als Antwort eine Gegenfrage: «Warum nicht?» Die FDP habe seit dem Rücktritt von Elisabeth Kopp, dem ersten weiblichen Mitglied der Landesregierung, keine Frau mehr in den Bundesrat gebracht. Es sei jetzt an der Zeit, dass sich das ändere. Dafür

sorgen auch die FDP-Frauen mit ihrer rührigen Präsidentin Doris Fiala, die gleich eine lange Liste mit möglichen Kandidatinnen präsentiert: Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter (St. Gallen), Parteipräsidentin Petra Gössi (Schwyz), die Zürcher Regierungsrätin Carmen Walker Späh (Zürich) oder Nationalrätin Regine Sauter, Direktorin der Zürcher Handelskammer. Und damit es später, wie dies bei der Wahl von Schneider-Ammann geschehen sei, keine bösen Überraschungen gibt, fordern die FDP-Frauen vorsorglich ein «doppeltes Frauenticket». Von Männerkandidaturen, wie man sie beispielsweise vom früheren Bündner Regierungsrat und derzeitigen Ständerat Martin Schmid erwarten könnte, hört man gar nichts.

Früher hiess es: «Kann die das?»

Das macht es für FDP-Parteichefin Petra Gössi nicht leichter. Sie sieht an diesem Dienstagmorgen nicht aus, als sei der Rücktritt von Schneider-Ammann schon von langer Hand vorbereitet worden. Sie sagt im Vorbeigehen aus heiterem Himmel: «Ich bin übrigens die Petra.» Und dann noch: «Jetzt müssen wir die Nachfolgeregelung sauber aufgleisen.» Die FDP orientierte am Mittwoch nach Redaktionsschluss über das Auswahlverfahren.

Am Dienstagnachmittag stolzierte Karin Keller-Sutter etwas geschäftig und in auffälligem Kleid durch die Wandelhalle des Nationalrates. Hier sieht man die Ostschweizerin in



Zürcher Regierungsrätin Walker Späh.

letzter Zeit eher selten, seit sie die Sitzungen des Ständerates leitet. Einer spöttelt prompt: «Kommt sie nun, um sich zu präsentieren oder um der Rede von Ständerätin Liliane Maury Pasquier zu lauschen, der neuen Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates?»

Nach ihrer Niederlage 2010 wollte Keller-Sutter von einer weiteren Kandidatur nichts mehr wissen. Aber seit den letzten Wahlen muss sie sich umbesonnen haben, jedenfalls reihen sich in Zeitungen und Zeitschriften seither Porträts an Porträts über die Wilerin, stets mit dem Hinweis, mit ihr müsse man dann rechnen. Nur, konkret gesagt hat sie bisher noch nicht, ob sie trotz ihrer früheren Absage wieder ins Rennen steige. Und sie macht es auch jetzt spannend. «Heute ist der Tag der Würdigung unseres Bundesrats Schneider-Ammann», lässt sie ausrichten. Sobald die Partei das Verfahren festgelegt habe, werde sie Gespräche «mit meiner Familie und meinem Umfeld führen» – und den Entscheid zu gegebener Zeit kommunizieren.

Es ist aber zurzeit ohnehin die Frauenfrage, die Politiker in Bern umtreibt, mehr als konkrete Namen. Früher tönte es bei Frauenkandidaturen so: «Kann die das?» Zum Beispiel

«Ich will der FDP keine Vorschriften machen. Aber ich gehe davon aus, dass sie eine Frau bringt.»

vor zwölf Jahren vor der Wahl von Doris Leuthard in den Bundesrat. Heute tönt es anders: «Ich will der FDP keine Vorschriften machen. Aber ich gehe davon aus, dass sie eine Frau bringt. Die Partei hat ausgewiesene Kandidatinnen», weiss SP-Nationalrat Cédric Wermuth. Eine dieser ausgewiesenen Kandidatinnen, Keller-Sutter, war 2010 bereits im Rennen



Umweltministerin Leuthard (CVP).

– aber die SP hat dann Schneider-Amman gewählt.

Macht man das jetzt wieder so? Fraktionschef Roger Nordmann setzt sein gewohntes Lausbubengesicht auf und sagt nur: «Warten wir ab, was die FDP uns da vorsetzen wird.» Die grüne Nationalrätin Sibel Arslan rechnet vor: «51 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind Frauen. Die Frauen sind also mit aktuell zwei Bundesrätinnen in der Landesregierung untervertreten.» Natürlich stelle sich dann auch die ökologische und die soziale Frage. SVP-Nationalrätin Sandra Sollberger findet dagegen: «Ob Frau oder Mann, das ist mir egal.» Der Druck sei aber schon gross, eine Frau anstelle von Schneider-Ammann zu wählen, sagt der CVP-Nationalrat Benjamin Roduit.

Es kann teuer werden

Dabei könnte man einmal ganz ohne Aufregung eine «Milchbüchleinrechnung» anstellen, was die Frauenpower der Schweiz bisher konkret gebracht hat. Nehmen wir das AKW-Unglück in Fukushima 2011. Zu diesem Zeitpunkt sassen mit Micheline Calmy-Rey, Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf und Simonetta Sommaruga vier Frauen im Bundesrat. Diese vier Frauen drückten unter dem Diktat von Leuthard und Calmy-Rey den Ausstieg aus der Atomenergie durch – und bekamen dafür zuerst viel Applaus. Die direkte Folge davon war das Regulierungsmonster Energiestrategie 2050. Die Umsetzung wird die Kantone in Zukunft vor grosse Herausforderungen stellen und vor allem das Leben der Menschen in diesem Land massiv verteuern, durch höhere Mieten, höhere Heizkosten, höhere Stromtarife und so weiter. Es bringt auch eine Unmenge an neuen Vorschriften und noch mehr Bürokratie. Bundesrätin Doris Leuthard gilt als erfolgreiche Magistratin,



Justizministerin Sommaruga (SP).

weil sie die meisten ihrer Abstimmungen gewonnen hat. Man kann diese Bilanz aber auch etwas anders sehen: Sie hat alle Schweizerinnen und Schweizer ein bisschen ärmer gemacht. Ihr Amt befindet über Bahn, Strasse, Energie, Raumplanung, Telekommunikation und über die früheren Bundesbetriebe Post, SBB und Swisscom. Leuthard hat allen alles versprochen, aber das geht nicht unbedingt immer auf: eine neue Bahninfrastruktur – dafür werden die Pendler zur Kasse gebeten und die Fahrkartentarife steigen. Bessere Strassen – dafür steigen die Benzinkosten. Besseres Fernsehen – dafür steigen die Gebühren. Weniger Atomstrom – dafür steigen die Stromkosten.

Auch Justizministerin Sommaruga (SP) gibt das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus – für zusätzliche Asylzentren in der Schweiz, für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden, die in vielen Fällen Wirtschaftsflüchtlinge sind und sofort in ihr Heimatland zurückgeführt werden müssten. Unter ihrer Ägide haben sich die Asylkosten von 1,2 Milliarden auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt.

Die BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, um ein drittes Beispiel zu nennen, hat als Finanzministerin in vorseilendem Gehorsam gegenüber internationalen Organisationen wie der OECD das Bankgeheimnis beerdigt. Die Kosten für die Schweiz sind auch in diesem Fall hoch.

«Und was haben uns die Bundesräte gekostet?», stellt Benjamin Roduit die Gegenfrage, ohne speziell einen Magistraten zu nennen. Fairerweise muss man sagen, dass auch männliche Bundesräte sich während ihrer Amtszeit nicht gerade mit Ruhm bekleckerten. Es ist ein bisschen wie bei Schiller: «Drum prüfe, wer sich ewig bindet, / Ob sich das Herz zum Herzen findet. / Der Wahn ist kurz, die Reu' ist lang.» ○

Wider die Quotenmänner

Frauenanliegen haben derzeit Hochkonjunktur. Warum das so ist und welche weiteren Fördermassnahmen es braucht, erklärt Kathrin Bertschy, grünliberale Co-Präsidentin des Frauendachverbands Alliance F.
Von Katharina Fontana und Karl-Heinz Hug (Bild)

Am letzten Samstag zogen in Bern Tausende Leute vor das Bundeshaus, um mit Trillerpfeifen, Luftballons und viel bekenntnishaftem Pink für Lohngerechtigkeit zwischen Frau und Mann zu demonstrieren. Es war die Ouvertüre zur Nationalratsdebatte von dieser Woche, bei der es um die Einführung von obligatorischen Lohnkontrollen in grösseren Firmen ging. Und es erstaunte wohl niemanden, dass die bürgerlich dominierte Grosse Kammer der Forderung letztlich zustimmte. Denn sogenannte Frauenanliegen sind im Moment im Schwange. Es scheint, als ob ein Damm gebrochen wäre und das Parlament nun schrittweise Neuerungen beschliesst, die man in der Schweiz bis vor kurzem noch für undenkbar gehalten hat: Geschlechtervorgaben für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen, eine Frauenquote für die Landesregierung, nun die Lohnkontrollen. Und schon bald dürfte die Schweiz eine bezahlte «Papizeit» bekommen, damit junge Väter vermehrt zu Hause mit anpacken.

Woher rührt diese Erfolgswelle? Und welche weiteren Massnahmen sind nötig, bis die Frauenorganisationen zufrieden sind? Das möchten wir von Kathrin Bertschy wissen, die zusammen mit der grünen Baselbieterin Maya Graf den grössten Frauendachverband präsidiert, Alliance F. Die Organisation ist politisch breit aufgestellt, neben vielen linken Aktivistinnen finden sich auch bürgerliche Frauen unter ihrem Dach.

Stolpersteine beseitigen

Für Kathrin Bertschy spielen verschiedene Gründe zusammen, warum die Widerstände gerade jetzt wie Dominosteine fallen. Zum einen handle es sich um sehr kleine Schritte. «Norwegen etwa verlangt einen Frauenanteil von 40 Prozent in den Verwaltungsräten, sonst verliert die Firma ihre Börsenkotierung. Solche Sanktionen stehen in der Schweiz ja nicht zur Debatte.» Zum andern ver helfe der Zeitgeist den Anliegen der Frauen zum Durchbruch sowie das, was derzeit im Ausland passiert. «Etwa ein US-Präsident, der sich nicht um Frauenrechte schert. Die Protestbewegung der Amerikanerinnen ist zu uns herübergeschwappt. Auch bürgerliche Frauen hierzulande finden immer mehr, dass wir bei der Gleichstellung nicht vom Fleck kommen und dass die Zeit, freiwillige Massnahmen auszuprobieren, jetzt abgelaufen ist.»

Bertschy ist Ökonomin und hauptberuflich Politikerin. Die 39-jährige Bernerin, die seit



Widerstände fallen wie Dominosteine: Nationalrätin Bertschy.

2011 für die Grünliberalen im Nationalrat sitzt, arbeitet als selbständige Beraterin. Doch im Moment habe sie nicht mehr viele Aufträge ausserhalb der Politik. Sie verwirkliche sich vielmehr in Projekten, die in der grünliberalen Denkfabrik GLP Lab («Das offene Politlabor») oder für die Alliance F entwickelt würden. Bertschy führt gerne Studien, Statistiken und Indizes an, um ihre Thesen zu untermauern, spricht vom wirtschaftlichen Nutzen der Frauenförderung. So will sie etwa die Quotenfrage für die Teppichetage nicht als Frauenanliegen verstanden wissen, sondern als Wirtschaftsförderung. Man helfe den Firmen auf diese Weise nämlich, die besten Talente zu finden. «Quoten sind wirtschaftlich ausserordentlich erfolgreich, weil die besten Frauen untereinander konkurrieren und gleichzeitig die durchschnittlich qualifizierten Männer ausgeschlossen werden. Heute bekommen Männer vielfach einen Posten, weil sie von ihresgleichen nachgezogen werden. Sie sind eigentliche Quotenmänner – weil sie nicht aufgrund ihrer Fähigkeiten, sondern aufgrund ihres Geschlechts zum Zug kommen.»

Gab es für Schweizerinnen in den 1970er und 1980er Jahren noch viele gute Gründe, gegen das Patriarchat anzurennen und für mehr Rechte zu kämpfen, sind die Frauen heute den

Der Mutterschaftsurlaub wird von jüngeren Feministinnen fast schon als Diskriminierung empfunden.

Männern rechtlich gleichgestellt. Und sie laufen ihnen auch beruflich zunehmend den Rang ab: Mehr Mädchen als Jungen absolvieren die Matura, 51 Prozent der Masterabschlüsse 2017 entfielen auf Frauen. Anders gesagt: Die Rechts- und Chancengleichheit ist realisiert. Schaut man sich im Alltag um, scheinen die Schweizerinnen mit ihrem Leben insgesamt auch recht zufrieden zu sein und sich nicht als Diskriminierungsopfer zu fühlen. Kann man es jetzt nicht einfach mal gut sein lassen?

Nein, meint Kathrin Bertschy. «Es gibt zahlreiche Frauen, die merken etwa im Alter von vierzig Jahren, dass etwas falsch läuft. Die sagen, sie hätten gerne noch ein zweites Kind gehabt, doch das sei nicht vereinbar gewesen mit der Karriere. Oder umgekehrt: Sie hätten mit der Karriere für den Kinderwunsch bezahlt. Die Alliance F spricht für diese Frauen.» Anders als radikale Gender-Feministinnen fordert die grünliberale Politikerin keine Revolution der Gesellschaft. Ihr gehe es vor allem darum, Stolpersteine im Erwerbsleben zu beseitigen und die wirtschaftlichen Spielregeln zu ändern, die die Männer für ihre eigene Welt geschaffen hätten. «Es ist beispielsweise typisch, dass Männer Sitzungen am frühen Morgen oder späten Abend terminieren. Sie selber haben

meistens eine Frau, die ihnen zu Hause den Rücken freihält. Eine Mutter hat das oft nicht.»

Biologie als Nachteil

Das mag sein, und es schadet sicher nicht, wenn sich Männer hier mehr überlegen. Allein, warum braucht es dazu den Staat? Wie lässt es sich aus liberaler Sicht – und Bertschys Partei trägt diese Bezeichnung immerhin im Namen – beispielsweise rechtfertigen, Männer durch einen Vaterschaftsurlaub dazu zu bringen, in der Familie einen aktiveren Part zu übernehmen? Warum überlässt man das nicht dem Paar selber? «Der Staat gibt der Mutter vierzehn Wochen Mutterschaftsurlaub und erklärt sie damit für die Kinderbetreuung zuständig. So entsteht ein Rollenmuster», sagt Bertschy, die selber keine Kinder hat. Den Einwand, dass es nun einmal die Frau ist, die das Kind zur Welt bringt und dass die vierzehn Wochen Urlaub ihr helfen, sich zu erholen und das Neugeborene zu stillen, lässt sie nicht gelten. «Dass die Frau nach der Geburt mehr gefordert ist, ist klar. Doch warum kann man nicht auch den Mann fordern in den Wochen danach?» Es sei einfach nicht fortschrittlich, wenn einzig die Frauen systematisch mehr bei der Arbeit fehlten, obschon beide Partner Eltern werden würden. Diese Sicht ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die Frauen jahrzehntelang für einen bezahlten Mutterschaftsurlaub kämpfen mussten. Fast kommt es einem vor, als werde die Sozialleistung, die nach zähem Ringen 2005 eingeführt und damals als Erfolg für berufstätige Mütter gefeiert wurde, von jüngeren Feministinnen heute fast schon als Diskriminierung empfunden.

Und wie steht es mit der Abwesenheit wegen des Militärdienstes? Dass Frauen deswegen auf die Strasse gegangen wären und gleiche Rechte gefordert hätten, ist nicht bekannt. Bei den Frauenorganisationen gebe es unterschiedliche Haltungen, sagt Bertschy. Sie selber stehe der Dienstpflicht für Frauen positiv gegenüber. «Frauen sollen auch bei der Sicherheit mitbestimmen.» Die bevorzugte Stellung der Witwen gegenüber den Witwern hält Bertschy ebenfalls für überholt, da sie die Abhängigkeit der Frau vom Ehemann fördere. Hoch sind die Hürden dagegen, wenn es um das AHV-Alter geht. «Die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer ist erst dann selbstverständlich, wenn man gleichzeitig auch die zweite Säule reformiert, den Koordinationsabzug abschafft und den älteren Frauen, die bald in Rente gehen, finanzielle Kompensationen bietet.»

Nicht nur in der Wirtschaft und in der Familie, auch in der Politik fordert Alliance F staatliche Schützenhilfe für die Frauen – so etwa mit einer Geschlechterquote für den Bundesrat, für die sich der Ständerat kürzlich ausgesprochen hat – ein Thema, das aktuell bei der Nachfolge für den zurücktretenden Johann

Schneider-Ammann zu reden gibt. «Es gibt empirisch belegbare Theorien, laut denen man bevorzugt, was einem selber ähnlich ist. Die 70 Prozent Männer im Parlament wählen also eher Männer.» Kathrin Bertschy sieht die Lösung darin, dass bei einer Vakanz die Partei, die am Zug ist, ein Ticket nur mit Frauen oder nur mit Männern stellt – je nachdem, welches Geschlecht gerade untervertreten ist. Nach dieser Logik müssen Frauen also vor männlicher Konkurrenz geschützt werden, um Erfolg zu haben. Man kann darin auch eine feministische Bankrotterklärung sehen.

Begehrte Politikerinnen

Bertschy selber geht übrigens nicht unbedingt mit leuchtendem Beispiel voran. Als die Grünliberalen letztes Jahr das Präsidium neu bestellten, stand sie nicht zur Verfügung. Statt eines weiblichen Aushängeschildes wurde der Berner Oberländer Jürg Grossen Parteichef.

Ist es nicht widersprüchlich, Frauenförderung zu verlangen und gleichzeitig den Prestigeposten als Parteipräsidentin abzulehnen? Nein, meint Bertschy. Sie wirke in der Geschäftsleitung der Grünliberalen mit, auch habe sie bereits zwei Führungsstellen. «Zudem sind die wenigen Politikerinnen heute mehr gefragt, mehr als viele Politiker. Da wir noch immer die Ausnahme sind, rein männliche Podien aber verpönt, werden wir häufiger zu öffentlichen Anlässen eingeladen. Das Gleiche gilt bei Fernsehauftritten. Auf den Schultern vieler Frauen in der Politik lastet bereits mehr.» Das ist doch immerhin einmal eine erfreuliche Nachricht. Bisher hörte man fast nur Klagen, dass Politikerinnen von den Journalisten übergangen würden und in den Medien deutlich weniger präsent seien als Politiker. Es scheint, dass ihnen die Aufmerksamkeit heute fast schon zu viel wird. ○

VALUES WORTH SHARING

«Ich liebe Veränderungen, aber bei meiner Bank möchte ich Stabilität.»

Philippe Deecke, LGT Kunde seit 2007



Private Banking

lgt.ch/values

Immer die bösen Russen

Die Tamedia-Flaggschiffe *Sonntagszeitung* und *Tages-Anzeiger* unter Chefredaktor Arthur Rutishauser fahren schweres Geschütz gegen Russland auf. Überall sehen die Blätter Spione am Werk. Die vorgebrachten Beweise bleiben allerdings dürftig. Von Philipp Gut



Die «Spionage-Affäre» wird hochgekocht.

Haben wir ein gröberes Problem? Herrschen diplomatische Minusgrade zwischen der Schweiz und Russland? Droht gar eine Eskalation, welche die gegenseitigen guten Beziehungen gefährdet? Oberflächlich betrachtet, könnte es so scheinen. Der Botschafter der Russischen Föderation in der Schweiz, Sergei Garmonin, musste sich in Presse und TV erklären – ein eher ungewöhnlicher Vorgang. Der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) meldete sich ebenso zu Wort wie die Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP). Die *NZZ am Sonntag*, wiewohl um eine nüchterne Einschätzung bemüht, sprach in der Folge von einer «Spionage-Krise».

Schaut man sich die Vorgänge genauer an, fragt man sich allerdings: Krise? Welche Krise? Die gesicherten Geschehnisse präsentieren sich einigermaßen übersichtlich: Die

Schweiz und Russland verweigerten gegenseitig drei Personen das Visum, die im erweiterten diplomatischen Dienst im Gastland arbeiten wollten. Spitzendiplomaten waren gemäss Insidern keine betroffen. Die Schweiz vermutete offenbar, dass die drei Russen in anderen Ländern nachrichtendienstlich tätig gewesen waren, worauf sie diesen Personen die Einreise verweigerte. Russland tat danach dasselbe mit der gleichen Anzahl Schweizer. Das sei weder ein Affront noch ein Skandal, sondern das normale Vorgehen in solchen Fällen, heisst es in Diplomatenkreisen.

Damit wäre die Sache eigentlich für beide Seiten geregelt gewesen, wie es unisono auf russischer und schweizerischer Seite tönt. Die Irritationen hätten erst begonnen, als das Thema durch eine Indiskretion in die Schweizer Presse gekommen und dort in unsachlicher Art und Weise verhandelt worden sei, so

der Tenor. Nicht die diskrete gegenseitige Nichtzulassung zum Akkreditierungsverfahren für ein paar Botschaftsangestellte war demnach das Problem, sondern das Leck irgendwo in der Berner Verwaltung und das journalistische Aufbauschen des Falls.

Justiziable Formulierungen

Vor allem die Flaggschiff-Blätter des Zürcher Tamedia-Konzerns, der *Tages-Anzeiger* und die *Sonntagszeitung*, kochen die «Spionage-Affäre» seit Wochen hoch. Die *Sonntagszeitung* berichtete in den letzten drei Ausgaben dreimal darüber, zweimal in Folge sogar in der Titelgeschichte («Bundesrat warnt vor Spionen aus Russland», «Schweizer Spionageabwehr: Mit aller Kraft gegen Russland»). Liest man die Berichte, entsteht der Eindruck, die finsternen Agenten aus dem Osten seien in Regimentsstärke in die Eidgenossenschaft ausgeschwärmt und nichts und niemand sei vor ihrem klandestinen Treiben sicher. Selbst Chefredaktor Arthur Rutishauser liess sich zu einem forschenden Leitartikel hinreissen, der auch vor justiziablem Ausdrücken nicht zurückschreckte («Acht Lügen führen zu einer grossen Unwahrheit»). Die russische Spionagetätigkeit in der Schweiz überborde, so Rutishauser. Als Beleg führte er Recherchen seiner Journalisten an – doch diese Recherchen stehen auf schwankendem Boden.

Vorbereitungen des Giftgasanschlags in der Schweiz? – Rutishauser schreibt, das «Recherchedesk von Tamedia» habe aufgedeckt, «dass erstens die Vorbereitungen des Skripal-Giftanschlags teilweise in der Schweiz stattfanden». Damit nimmt er den Mund gleich in mehrfacher Hinsicht recht voll: Bisher ist es weder zu einer Anklage, geschweige denn zu einer Verurteilung in diesem Fall um den ehemaligen Doppelagenten Sergei Skripal gekommen, der in England vergiftet wurde. Die britischen Ermittler haben kürzlich zwei russische Tatverdächtige genannt, Alexander Petrow und Ruslan Boschirow. «Russische Agenten waren oft in Genf», titelte die *Sonntagszeitung* darauf am 9. September. «Was haben sie dort getan?», fragte das Blatt. Eine Antwort lieferte es aber nicht – trotzdem behauptet Chefredaktor Rutishauser, die Vorbereitungen des Skripal-Giftanschlags hätten auch in der Schweiz stattgefunden. Vielleicht verfügt Rutishauser über hellseherische Fähigkeiten, Belege für seine Behauptung führen er und seine Journalisten nicht an.

Dass sich die beiden Tatverdächtigen in den vergangenen Jahren mehrfach auch in der Schweiz aufgehalten haben, sind schliesslich keine News der *Sonntagszeitung* – deren Journalisten schrieben es dem britischen Blatt *The Telegraph* ab. Wie die *Sonntagszeitung* antönt, könnten die Reisen der beiden Russen nach Genf auch mit den Syrien-Friedensgesprächen zusammenhängen, die damals stattfanden. Fazit: Viele Fragen sind offen, belastbare Aussagen gibt es nicht.

Jeder vierte russische Diplomat in der Schweiz ein Agent? – Am 16. September behauptete die *Sonntagszeitung* auf der Frontseite, der Bundesrat warne vor «Spionen aus Russland», und «jeder vierte russische Diplomat in der Schweiz» sei «ein Agent». Das ist eine ziemlich freihändige Interpretation der Fakten. Im «Lagebericht 2018 des Nachrichtendienstes des Bundes», auf den sich die *Sonntagszeitung* beruft, ist lediglich von einer «erheblichen Zahl von Nachrichtendienstoffizieren unter diplomatischer Tarnung in der Schweiz» die Rede, ohne Angabe einer bestimmten Nationalität. Die *Sonntagszeitung* will nun wissen, dass es dabei praktisch ausschliesslich «um Russland» geht. Wahrscheinlich sind auch Russen gemeint, aber dass es nur die Russen sind, scheint doch eine übertriebene und weltfremde Annahme – dass Diplomaten bisweilen auch nachrichtendienstlich tätig sind, ist sicher keine Erfindung Russlands. «Alle grösseren Länder führen rege nachrichtendienstliche Tätigkeiten auf Schweizer Boden aus», sagt ein Kenner der Materie. Darunter die Amerikaner, die Deutschen, die Franzosen, die Briten, die Israelis und die Iraner.

Umstritten ist sodann die Behauptung der *Sonntagszeitung*, jeder vierte russische Diplomat hierzulande sei ein Agent. «Ich bin kein Spion», sagt Botschafter Sergei Garmonin im

Gespräch mit der *Weltwoche*. Er könne sich nicht erklären, wie die *Sonntagszeitung* auf solche Zahlen komme. «Vielleicht ist es die Fantasie der Journalisten.» Diese stützen sich nach eigenen Angaben auf eine «unter Verschluss gehaltene» Auswertung des Nachrichtendienstes des Bundes. Eher kurios mutet an, dass die *Sonntagszeitung* auch die



Forsch: Chefredaktor Rutishauser.

Mitarbeiter der Honorarkonsulate in Lausanne und Zürich zu den russischen Abgesandten zählt. Dabei ist das Amt eines Honorarkonsuls ein Ehrenamt, das normalerweise von einem Vertreter des Empfangslandes ausgeübt wird. In Zürich bekleidet es ein Schweizer Anwalt, in Lausanne ein skandinavischer Unternehmer. Sie ins Umfeld russischer Spione zu rücken, scheint gewagt.

Publicity für Bundesanwalt Lauber

Russische Hackerangriffe auf Wada, Labor Spiez, Ruag? – Am 23. September legte die *Sonntagszeitung* auf der Frontseite noch einen drauf. «Die Aktivitäten russischer Geheimdienste gegen Ziele in der Schweiz werden

immer dreister», schrieb das Blatt. «Sie hacken Accounts von Diplomaten, die Server von Departementen und Rüstungsfirmen. Sie spionieren die Kontrolleure von Doping und Massenvernichtungswaffen aus.» Gemeint sind damit im Speziellen Angriffe auf den Rüstungsbetrieb Ruag, die Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) und das Labor Spiez, das schweizerische Institut für ABC-Schutz. Zum heutigen Zeitpunkt ist nicht bewiesen, dass russische Spione im Auftrag des Kremls hinter diesen Vorkommnissen stehen. «Die Bundesanwaltschaft musste deshalb Strafverfahren auf Eis legen oder ganz einstellen», schreibt die *Sonntagszeitung* korrekt. Es sei unmöglich, «Einzelpersonen zur Rechenschaft zu ziehen»: «Eindringlinge operieren anonym und unter staatlicher Protektion.» Tatsache bleibt: In keinem dieser Fälle konnte die Bundesanwaltschaft einen Erfolg vorweisen. Beweise für eine Beteiligung russischer Spione liegen den Ermittlern nicht vor. Das

Das Problem waren ein Leck in der Berner Verwaltung und das journalistische Aufbauschen.

Ruag-Verfahren beispielsweise sistierte die Bundesanwaltschaft, weil sie «die Täterschaft nicht eruieren konnte». Könnte es sein, dass die Medienoffensive gegen Russland etwas mit diesen Misserfolgen zu tun hat? Denkbar wäre es. Einige der beteiligten Journalisten verfügen dem Vernehmen nach über einen guten Draht zu Bundesanwalt Michael Lauber, der sich regelmässig der Wiederwahl stellen muss und positive Publicity braucht. Wenn es schon auf dem harten Weg der Ermittlungen nicht geht, dann wenigstens über eine zünftige Medienkampagne – dies könnte durchaus ein Kalkül gewesen sein. >>>

DINNER Show EUROPA PARK

23.11.2018 – 09.02.2019

- ◆ Imposantes Barocktheater „Europa-Park Teatro“
- ◆ Dreieinhalb Stunden Showerlebnis
- ◆ Über 30 internationale Artisten und Künstler
- ◆ Unterhaltsame Live-Musik
- ◆ Diverse Arrangements buchbar
- ◆ Traumhafte Übernachtungsmöglichkeiten

Exklusives Vier-Gänge-Menü von 2-Sterne-Koch Peter Hagen-Wiest aus dem „Ammolite – The Lighthouse Restaurant“

EUROPA PARK CONFERTAINMENT

Mack INTERNATIONAL

Die *Weltwoche* konfrontierte Arthur Rutishauser mit den Lücken in der journalistischen Beweisführung und wollte von ihm insbesondere wissen, wie er zur Behauptung komme, dass die von Grossbritannien im Fall Skripal genannten Tatverdächtigen auch wirklich die Täter seien und die Tat teilweise in der Schweiz vorbereitet hätten. Zudem fragten wir Rutishauser, wo die Belege dafür seien, dass die Spionageangriffe auf die Ruag, das Labor Spiez und die Wada von Agenten im Auftrag Russlands ausgeführt worden seien. Rutishauser vermeidet konkrete Antworten auf diese konkreten Fragen und sagt allgemein: «Wir haben in den letzten Monaten intensiv über die Tätigkeit der russischen Spione in der Schweiz recherchiert. Unsere Ergebnisse haben wir in mehreren Artikeln in der *Sonntagszeitung* und im *Tages-Anzeiger* präsentiert. Wir berufen uns dabei unter anderem auf einen Bericht des Nachrichtendienstes.» Es habe in dieser Angelegenheit mehrere Interventionen auf diplomatischer Ebene gegeben.

Gefahr eines «moralischen Schadens»

Diese Woche trifft sich der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow. Kürzlich besuchte eine hochrangige Delegation aus der Schweiz die Duma, das russische Parlament, zudem fanden in den letzten Tagen Treffen im Rahmen des Finanzdialogs Schweiz–Russland auf Staatssekretär-Ebene statt. Dies alles zeugt laut übereinstimmenden Aussagen schweizerischer und russischer Diplomaten von einem normalen Verkehr zwischen den beiden Ländern. «Im Dialog sein» heisst für den russischen Botschafter Sergei Garmonin, «dass man alle wichtigen Themen klar anspricht». Von einer Krise oder gestörten Beziehungen will er ebenso wenig wissen wie EDA-Vorsteher Cassis. Garmonin sieht allerdings die Gefahr eines «moralischen Schadens». Viele Leute dächten immer noch, Russland sei das Reich des Bösen. Dabei habe sich seit dem Ende des Kalten Kriegs sehr viel verändert: «Russland ist völlig anders als die Sowjetunion.» Dennoch hätten manche immer noch «die Stereotype des Kalten Kriegs in den Köpfen». Er betrachte es als eine seiner Aufgaben als Diplomat, «diese Vorurteile zu überwinden und zu zeigen, wer wir wirklich sind». Die Russen bewegten sich auf einen «demokratischen Lebensstil» zu. «Vielleicht nicht sofort, aber Schritt für Schritt erreichen wir Resultate auf diesem Weg», so Garmonin.

Natürlich schliessen diese Fortschritte nicht aus, dass Russland – wie zahlreiche andere Nationen – eine intensive Spionagetätigkeit betreibt, auch auf dem Gebiet der Schweiz. Aber wenn man die Russen konkreter Attacken bezichtigt, sollte man dafür auch Beweise haben. ○

Politik

Schlag gegen das Milizsystem

Das Parlament hat die Immunität von alt Nationalrat Christian Miesch (SVP) aufgehoben. Es ist ein gefährlicher Präzedenzfall. Von David Zollinger



Privatsache: Politiker Miesch.

Das Parlament hat kürzlich entschieden, einem seiner ehemaligen Angehörigen nachträglich die Immunität nicht zu gewähren, damit Korruptionsvorwürfe strafrechtlich abgeklärt werden können. Der damalige Nationalrat soll sich von einer privaten Interessengruppe den Betrag eines Generalabos für die Bahn bezahlt haben lassen. Ein Strafverfahren wurde eröffnet gegen ihn sowie diejenige Person, welche die Überweisung veranlasst haben soll.

Korruptionsbekämpfung ist letztlich eine Frucht der Aufklärung: Der Staat erhielt hoheitliche Eingriffsrechte gegenüber den Bürgern, im Gegenzug muss er alle Bürger ungeachtet ihres Standes und ihrer Finanzkraft gleich behandeln. Wer mehr Geld hat, soll nicht mehr Rechte haben – eine besonders enge Beziehung zu einem Beamten soll nicht Früchte im Alltag tragen dürfen.

Im Dienst von Interessengruppen

Die Bekämpfung der Korruption im Strafrecht hat in der Schweiz verschiedene Stufen durchlaufen: Bis im Jahr 2000 war nur die Bestechung einheimischer Beamter strafbar, während nützliche Zuwendungen an ausländische Stellen als Aufwand von den Steuern abgezogen werden konnten. Ab 2000 wurde auch die Bestechung ausländischer Funktionsträger strafbar, im Jahre 2006 dehnte man die Strafbarkeit auf den Wettbewerb im

Privatrecht aus, und seit 2016 ist sie auch in den übrigen Geschäftsbereichen gegeben, sofern jemandem für eine pflichtwidrige Handlung ein «nicht gebührender Vorteil» versprochen wird.

Gemäss Strafgesetzbuch können Mitglieder «einer richterlichen oder anderen Behörde» oder «Beamte» bestochen werden. Parlamentarier sind Legislativmitglieder und daher keine Beamte, welche zur Exekutive gehören. Sind sie demnach Mitglieder «einer anderen Behörde»? Auch das ist fraglich: Klassischerweise muss ein Behördenmitglied die Möglichkeit haben, durch seine Entscheidungen Einfluss auf eine Rechtsbeziehung nehmen zu können, also Situationen zugunsten derjenigen Person oder Gruppe zu regeln, welche bestochen hat. Das ist wohl bei einem Regierungsmitglied der Fall, kaum aber bei einem Parlamentarier. Dieser mag zwar bei einer Sachfrage im Parlament zugunsten der einen oder der anderen Richtung abstimmen, aber sein Einfluss ist marginal.

Vielmehr ist es aber eine Eigenheit des Schweizer Milizsystems, dass Parlamentarier völlig offiziell im Solde eines Unternehmens oder einer Interessengruppe stehen dürfen – und damit selbstverständlich auch in deren Sinn abstimmen oder Anträge in Kommissionen einbringen. Ein Verbot eines solchen Abstimmungsverhaltens gibt es im Gesetz nicht, und gäbe es ein solches dennoch, so wäre es kaum durchsetzbar. Fast noch wichtiger ist: Die Parlamentarier dürfen sich völlig gesetzeskonform für diese Dienste sogar bezahlen lassen! Wie viel sie dafür erhalten, ist ihre Privatsache. Erst kürzlich lehnte das Parlament eine Deklarationspflicht für die Einkünfte seiner Mitglieder ab.

Was also soll der Unterschied dabei sein, ob sich jemand ein GA von einer Interessengruppe bezahlen lässt oder ob er ganz auf der Lohnliste eines Hilfswerks, einer Uhrenfirma, des Hauseigentümergeverbandes, einer Bank, eines Industriekonzerns oder sonst einer Organisation steht? Das Parlament hat durch die Verweigerung der Immunität einen Entscheid gefällt, der letztlich das Milizsystem in Frage stellt. Kämen im Strafverfahren etwas anderes als Freisprüche heraus, so wäre das Resultat jedenfalls politisch höchst bedenklich.

David Zollinger ist ehemaliger Staatsanwalt und heute als Rechtsanwalt tätig. Er kennt die betroffenen Personen nicht persönlich und hat kein Mandat.

Wiederholungstäter

Michel Huissoud, Direktor der mächtigen Eidgenössischen Finanzkontrolle, mischt sich selbstbewusst in politische Debatten ein, zuletzt jene gegen die Lockerung der Schweizer Waffenexporte. Damit verstösst er gegen eine Abmachung mit der Bundeskanzlei. Von Philipp Gut

Er hat es wieder getan. Einmal mehr sorgen die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) und ihr Chef Michel Huissoud für politischen Wirbel. Am 3. September veröffentlichten die obersten Haushaltsprüfer des Bundes ihren teilweise eingeschwärzten Bericht zu den schweizerischen Kriegsmaterialexporten. Bereits zwei Tage später präsentierte die «Rundschau» den Bericht ohne «Zensur». Am Pranger stehen der bundeseigene Rüstungskonzern Ruag und die Exportbewilligungspraxis des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco).

Zufall? Michel Huissoud bedauert den Vorfall. Die Veröffentlichung platzte in eine politisch heisse Phase. Ende August sprach sich eine Mehrheit der ständerätlichen Sicherheitskommission für eine Lockerung der Waffenexport-Richtlinien aus – trotz tagelangem Sperrfeuer der Medien. Nun leistete die EFK den Kritikern pazifistische Schützenhilfe: Sie kommt zum Schluss, dass bei Inspektionen des Seco nur ein kleiner Teil der gelieferten Rüstungsgüter verifiziert werden konnte. Der unausgesprochene Vorwurf dahinter: Waffen werden in einen unproblematischen Staat geliefert und von dort aus unkontrolliert in problematische Länder, beispielsweise des Nahen Ostens, weitergeliefert.

Auch sonst lassen die Finanzkontrolleure kaum ein gutes Haar am Seco. Die Praxis der letzten Jahre habe zu einer «eher wirtschaftsfreundlichen Auslegung» des Kriegsmaterialgesetzes geführt, hält der EFK-Bericht summarisch fest. Praktisch alle Gesuche würden positiv beurteilt, es fehle eine «kritische Distanz» zu den beaufsichtigten Firmen und Lobbyisten. Offenbar bevorzugten Huissouds Beamte eine wirtschaftsferne Haltung. Die vom Bundesrat gewünschte und vom Ständerat befürwortete Lockerung würde sich noch mehr an den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz orientieren. Das soll offenbar verhindert werden.

«Dramatisieren und skandalisieren»

Der EFK-Bericht löste ungewohnt deutliche Kritik aus. Gegenüber dem Westschweizer Radio erklärte Bundesrätin Doris Leuthard, die EFK würde sich in politische Dossiers einmischen und «dramatisieren und skandalisieren». Reagiert hier eine empfindliche Magistratein und missachtet damit die Unabhängigkeit der EFK? Oder lässt Michel Huissoud seinerseits politische Unparteilichkeit vermissen?

Vieles deutet auf Letzteres hin: Der oberste Finanzprüfer ist ein Wiederholungstäter. 2017

kritisierte die EFK drei Tage vor der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III die bundesrätlichen Abstimmungsbotschaften: Sie würden bezüglich der finanziellen Folgen «zu wünschen übriglassen». Ein Steilpass für die (linken) Gegner der neuen Vorlage, die in ihrer Kampagne vor Hunderten Millionen Franken Steuerausfällen warnten. Datiert war der Bericht auf den 24. Oktober 2016, Huissoud wartete mit der Veröffentlichung bis kurz vor dem Abstimmungssonntag im Februar 2017.

Huissoud musste anschliessend Fehler einräumen. Doch so richtig abnehmen mochte ihm die Reue niemand, denn die politischen Manöver des EFK-Chefs gaben vorher schon Anlass zur Intervention. Bereits am 23. September 2016 musste Huissoud nach einer internen Aussprache der Bundeskanzlei zusichern, «in Zukunft» keine Stellungnahmen vorzunehmen ausserhalb der üblichen Jahresberichte. Das vertrauliche Schreiben liegt der *Weltwoche* vor. Nicht einmal ein halbes Jahr später brach der Gerüchte sein Versprechen.

Auch in diesem Frühjahr hatte Huissoud einen Rückfall. In einer Medienmitteilung bezweifelte die EFK die «Legitimität» der Rückstellungen von zwei Milliarden Franken durch das Finanzdepartement. Die Linke nahm den Ball dankbar auf, um die Stabilisierungsprogramme des Bundesrates anzugreifen. Dass diese zwei Milliarden Franken vorzeitig be-

zahlte Verrechnungssteuern sind, die von den Firmen wieder zurückgefordert werden, kümmernte die Kritiker nicht.

Nationalrat Pirmin Schwander (SVP) ist Mitglied der Finanzdelegation. Das exklusive, aus sechs National- und Ständeräten zusammengesetzte Gremium übt die Oberaufsicht aus über den Bundeshaushalt und ist so etwas wie der parlamentarische Verbündete der EFK. Schwander sieht die Arbeit Huissouds differenziert. Im Gegensatz zu dessen Vorgänger, «der mit Doris [Leuthard] mittagessen ging», schlage er eine forschere Tonart an, was gewisse Beamte «hässig» mache. Die Berichte seien für die Arbeit der Finanzdelegation hilfreich – Huissouds Drang zur politischen Selbstdarstellung jedoch weniger: «Wenn er sich in den Medien äussert, nimmt er zusätzlich Wertungen vor.» Das gehe nicht – wie jetzt bei den Waffenexporten.

Huissoud weist gegenüber der *Weltwoche* jegliche Vorwürfe zurück: «Weder der Bericht noch der Zeitpunkt sind politisch motiviert.» Wirklich? In seinen Studentenjahren verkehrte der Genfer in linksradikalen, marxistischen Kreisen und engagierte sich im antimilitaristischen Soldatenkomitee. Mittlerweile kann er als unantastbarer Finanzbeamter die Armee und die Rüstungsindustrie piesacken. Mit Erfolg: Durch den medialen Druck knickte der Bundesrat ein und verschob seinen Entscheid zur Lockerung der Waffenexporte. ○



Studentenjahre in marxistischen Kreisen: Finanzprüfer Huissoud.



Manchmal sind die Wege des Herrn unergründlich.

Gott im Bundeshaus

Der Allmächtige mischt in der Schweizer Politik kräftig mit. Wie Schweizer Parlamentarier die Politik gesundbeten.

Von Hubert Mooser

Es war ein besonderer Anlass, den ein Organisationskomitee unter dem Patronat von EVP-Nationalrätin Marianne Streiff und CVP-Ständerat Stefan Engler am Donnerstag vor dem Eidgenössischen Buss- und Betttag organisiert hatten, eine Art Besinnungstag im Bundeshaus. Achtzig Teilnehmer zählte Streiff, darunter zehn Parlamentarier. Der Waadtländer Nationalrat Laurent Wehrli (FDP) zum Beispiel oder Erich von Siebenthal von der SVP. Von der CVP kam nebst Engler auch der Walliser Benjamin Roduit, die SP war mit den Nationalräten Philipp Hadorn und Eric Nussbaumer vertreten. «Da die Woche für das Parlament am Donnerstagmittag zu Ende ist, sind halt viele schon abgereist», sagt die EVP-Nationalrätin bedauernd.

Beten für den Jemen

Es sind auch ein paar Diplomaten und Chefbeamte unter den Gästen: US-Botschafter Ed McMullen, Botschafter des Jemen in der Schweiz und der Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), Manuel Sager. Der Bundesrat hat Guy Parmelin entsandt, der dann auch einen pastoralen Beitrag liefert: «In dem sich die Bundesverfassung auf Gott den Allmächtigen beruft», so Parmelin vor den Gästen, «haben das Schweizervolk und die Kantone zum Ausdruck gebracht, dass sie sich ihrer jüdisch-christlichen Wurzeln bewusst sind.»

Gott mischt im Bundeshaus wieder einmal kräftig mit, auch wenn Streiff hoch und heilig

versichert: «Es war ein Moment der Besinnung und kein politischer Anlass.» Dann muss es wohl die lenkende Hand des Allmächtigen gewesen sein, die es richtete, dass die Organisatoren ausgerechnet den Krieg und die humanitäre Katastrophe im Jemen zum Thema dieser speziellen Tagung machten – zwei Wochen bevor das Parlament über Waffenexporte redete.

Das Land im Südwesten der arabischen Halbinsel steht bei der umstrittenen Revision der Kriegsmaterialverordnung im Zentrum der Debatte. Der Bundesrat will Waffenlieferungen in Krisenregionen erlauben – zum Beispiel nach Saudi-Arabien. Die Gegner kommen auch aus dem christlichen Lager, und sie sagen: Liefere die Schweiz Waffen in dieses Land, gehe es nicht lange, bis diese auch im Jemen zum Einsatz kämen. Da kam es wie gelegen, dass der Botschafter des Jemen und Deza-Chef Sager im Vorfeld der Parlamentsdebatte über die humanitäre Katastrophe im Jemen vor erlesenem Publikum referierten und danach im Gebet die Hilfe des Allmächtigen anflehten.

Im Bundeshaus ist seit einigen Jahren eine neue Frömmigkeit auszumachen. Das Seelenheil genüge den Freikirchen nicht mehr, sie wollten auch in der Politik mitreden, befand die Zeitschrift *Beobachter* schon vor den letzten Parlamentswahlen 2015. Aber die Renaissance des Glaubens in Parlament und Politik geschieht nicht bloss, weil inzwischen mehr «Fischli-Christen», also Freikirchler, im Parlament sitzen. Es frömmelt durch alle Konfessionen und

Parteien hindurch. Nur 12 Prozent der Bundesparlamentarier bezeichnen sich laut einer Umfrage der NZZ als konfessionslos – schweizweit sind es 25 Prozent der Bürger. Und gerade bei heftig umstrittenen Themen wie den Waffenexporten, wo es auch hart auf hart geht, können die Frommen im Parlament die Mehrheitsverhältnisse kippen. Dann stimmen strenggläubige Katholiken wie der Walliser CVP-Nationalrat Benjamin Roduit, normalerweise ist er ein strammer Rechter, mit der Linken gegen Waffenexporte, wie er dies selber sagt.

Natürlich muss man davon ausgehen, dass es unter den Parlamentariern auch ein paar Scheinheilige hat. Keine Konfession aufzuführen, kann in einzelnen Kantonen bei Wahlen verdächtig wirken. Das musste der Appenzell Ausserrhoder SVP-Nationalrat David Zuberbühler erfahren. Sein Vater ist Mitglied der Pfingstgemeinde, der Bruder gehört einer anderen Freikirche an, er selber stieg als Konfessionsloser in den Wahlkampf 2015. Prompt wurde er an einer Podiumsdiskussion gefragt, ob er aus wahltaktischen Gründen seine ethische und christliche Erziehung verleugne. Zuberbühler sagte dazu: Seinen Glauben lebe er direkt mit dem obersten Chef im Himmel aus.

Fast unauffällig und schleichend hat sich in den letzten Jahren auch der Duktus der Landesregierung zum Thema Schweiz und Christentum verändert. Parmelin wertet heute die Anrufung Gottes in der Präambel der Bundesverfassung als Ausdruck «unserer jüdisch-

christlichen Wurzeln». Die damalige CVP-Bundesrätin Ruth Metzler interpretierte 2002 diese Anrufung noch konfessionell neutraler. Die Einleitung solle daran erinnern, so Metzler in einer Antwort auf eine Interpellation, dass über den Menschen und dem Staat eine höhere Macht existiere. Jede Person dürfe darunter das verstehen, was ihrem Glaubensbekenntnis oder ihrer Weltanschauung entspreche. Es war die Zeit, als die CVP laut darüber nachdachte, ob sie das C im Parteinamen streichen sollte. Jetzt ist die Partei wieder stolz auf ihr christliches Erbe, und der jetzige CVP-Präsident Gerhard Pfister versucht, seine Partei als christliche Wertepartei zu positionieren. Für ihn ist das C ein Bekenntnis zur christlich geprägten Tradition.

Morgenandacht in Zimmer 287

Dabei war man im Bundeshaus lange Zeit der Meinung, dass sich diese christliche Tradition und die Politik im politischen Alltag so gut vertragen würden wie der Teufel und das Weihwasser. Religiöse Symbole dürfen im Bundeshaus nicht aufgehängt werden. Nur Bruder Klaus wird als Säulenheiliger knapp geduldet.

Aber der Allmächtige war trotzdem im Bundeshaus allgegenwärtig – zum Beispiel im Kreuz auf dem Dach des Bundeshauses, wie David Zuberbühler bemerkt. Oder auch im Schweizer Psalm, der seit 2011 zu Beginn jeder neuen Legislatur abgespielt wird; Gott wird darin abwechselungsweise als Hoherhabener, Herrlicher, Menschenfreundlicher, Liebender, Unergründlicher, Ewiger und als Rettender angepriesen. Man hat zwar auch immer wieder versucht, den christlichen Text durch eine säkulare Version zu ersetzen, das ist aber bisher nicht gelungen. «Gerade wegen Forderungen aus dem grünen Lager für eine Anerkennung des Islam in der Schweiz ist es wichtig, unsere christliche Tradition verstärkt hervorzuheben und im politischen Alltag auch zu leben», findet Zuberbühler.

Während der Session treffen sich jeden Mittwochmorgen in aller Frühe in Zimmer 287 des Bundeshauses gegen zwanzig Parlamentarier zu einer viertelstündigen Andacht mit katholischen und evangelischen Seelsorgern. Das Patronat über diese Gebetsstunde haben die Parlamentarier Streiff und Engler. Zuberbühler, der Konfessionslose, nimmt manchmal auch daran teil. Letzten Mittwoch habe er hingehen wol-

len, aber dann habe ein katholischer Geistlicher die Gebetsstunde allein geleitet, und Zuberbühler machte rechtsumkehrt.

Die meisten Teilnehmer der Gebetsrunde sind in der parlamentarischen Gruppe Christ und Politik organisiert, die jahrelang von Nationalrat Köbi Bächler (CVP) geleitet wurde und seit dessen Rücktritt im Frühjahr 2018 von SP-Nationalrat Philipp Hadorn geführt wird.

Auch Neoliberalismus und Frömmigkeit schliessen einander nicht aus.

Keiner stellt seinen Glauben so zur Schau wie Hadorn, der am Revers seines Sakkos stets ein Fisch-Abzeichen trägt. Hadorn sagt dazu: «Es gibt Leute, die stecken sich ein Mini-Kampfflugzeug ans Revers. Bei mir ist es ein Fisch.» Dies sei seit Jahrhunderten das Erkennungszeichen von Christen mit dem Bekenntnis Jesus Christus Gottes Sohn Erlöser.

Viele Wohnungen im Haus des Herrn

Hadorn gehört der Methodistenkirche an, wie Parteikollege Eric Nussbaumer oder auch SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal. Aber um es frei nach dem Evangelium von Johannes zu sagen: Auch bei den Methodisten gibt es im Haus des himmlischen Vaters viele Wohnungen. So ist Hadorn zum Beispiel gegen eine Lockerung der Kriegsmaterialverordnung, von Siebenthal sieht darin kein Problem. Ein Volksbegehren wie die Konzernverantwortungsinitiative der Linken, welche multinationale Konzerne für ihre angeblich zerstörerischen Geschäfte im Süden stärker in die Pflicht nehmen will, würde der gottesfürchtige von Siebenthal nie durchwinken. Für den Solothurner Hadorn ist ein Ja zur Initiative die logische Haltung für Christen.

Bei der Asyldebatte beschwören vor allem Linke wie der Zürcher Grüne Balthasar Glättli die Tradition des christlichen Abendlandes herauf. Glättli ist zwar gemäss früheren Aussagen schon lange Zeit aus der evangelischen Kirche ausgetreten, redet aber immer noch fast wie ein Pastor und würzt seine Reden gerne mit passenden Bibelzitat. Doch beim Thema Asyl verweigern ihm die Streiter Gottes im Parlament häufig die Gefolgschaft. Zuberbühler begründet das so: «Die Schweiz soll Men-

schen, die an Leib und Leben bedroht sind, Asyl gewähren. Aber in den letzten Jahren kamen unter dem Titel «Asyl» viele Wirtschaftsflüchtlinge.»

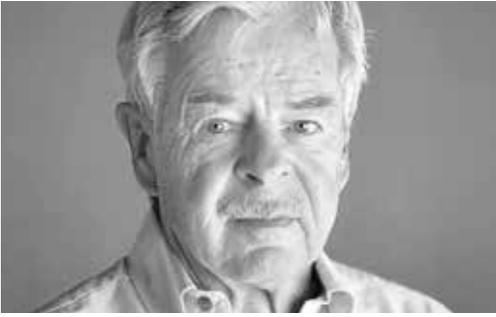
Auch Neoliberalismus und Frömmigkeit schliessen einander nicht aus, der fromme Präsident des Gewerbeverbandes, Hans-Ulrich Bigler von der FDP, beweist das mit seinen wirtschaftsliberalen Positionen und Forderungen im Parlament immer wieder. Bigler besucht die Gottesdienste der evangelikalen Freikirche ICF, die sich wie andere Kirchen und Freikirchen auf die Bibel und das apostolische Glaubensbekenntnis stützt. So wie Bigler stellt man sich Jahwe vor, den Donnergott der Israeliten, wenn der Zürcher wie gewöhnlich mit einem strengen Gesichtsausdruck durch die Wandelhallen schreitet.

Beat Christen, der Sekretär der parlamentarischen Gruppe Christ und Politik, ist das schiere Gegenteil von Bigler. Freudestrahlend ist er seit 25 als Lobbyist des Lieben Gottes – diesen Titel hat ihm der frühere Solothurner Ständerat Ernst Leuenberger verliehen – in der Wandelhalle unterwegs. Er betet für die Obrigkeit und redet wie ein geschliffener Diplomat. «Wir beten nicht, dass dieses Geschäft angenommen und ein anderes abgelehnt wird. Wir beten dafür, dass es richtig herauskommt.» Denn egal, welche Irrungen und Wirrungen ein Geschäft nimmt, Christen ist felsenfest überzeugt: Es sei stets der Wille Gottes dahinter.

Aber manchmal sind die Wege des Herrn unergründlich. So etwas wie eine gemeinsame Stossrichtung unter den Frommen im Parlament gibt es selten – ausser es geht um die Unterstützung für Israel oder gegen das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare. Und manchmal kommen sie sich selber in die Quere wie beim Thema Jemen. Dort werden die Christen seit Jahren verfolgt. Das zeigt jedenfalls der Weltverfolgungsindex der Organisation Open Doors, eines überkonfessionellen Hilfswerks evangelikaler Prägung. SVP-Nationalrat Walter Wobmann verlangte deshalb im Juni 2018 in einer Motion, man solle die Entwicklungshilfe für jene Länder streichen, in denen Christen verfolgt würden. Aber Deza-Chef Sager, ein tiefreligiöser Christ, verteidigte die Entwicklungshilfe im Jemen durch alle Böden hindurch – ganz nach den Worten Jesu: «Wenn dich jemand auf die rechte Wange schlägt, dann halte ihm auch die linke hin.» ○



Heisser Draht nach ganz oben: «Christ und Politik»-Sekretär Christen, Bigler (FDP), Streiff (EVP), Zuberbühler (SVP) und Hadorn (SP); von links.



Essay

Rechsteiner hat recht

Der Gewerkschaftspräsident hat ein mutiges Warnzeichen gesetzt. Er weiss, dass die EU die soziale Marktwirtschaft schwächt.

Von Wolf Linder

Ohne eigenständigen Lohnschutz kein Rahmenabkommen mit der EU! – dieses Statement des Gewerkschaftsführers Paul Rechsteiner hat mich an einen Aufsatz des renommierten deutschen Politikwissenschaftlers Fritz Scharpf erinnert. Sein Titel lautete: «Weshalb die EU nicht zur sozialen Marktwirtschaft werden kann». Die Analyse stellte alte Vorstellungen in Frage: ein soziales Europa, das war die Hoffnung der europäischen Linken und zugleich die Befürchtung der Wirtschaftsneoliberalen. Ein Stereotyp, das bis heute unendlich wiederholt, doch damit nicht richtiger wird. Der Jurist und Politologe zeigte, dass beide Seiten falsch liegen.

Ausweg aus der «Eurosklерose»

Warum kein soziales Europa? Die Gründe dafür lägen, so Scharpf, im Überhandnehmen des Richterrechts. Je grösser die Zahl der EU-Mitglieder wurde, desto heterogener zeigte sich die Staatengemeinschaft. Das EU-Recht auf politischem Weg durch einstimmig verabschiedete Richtlinien weiterzuentwickeln, wurde schwieriger und scheiterte oft an gegensätzlichen Interessen und an den Vetos einzelner Mitglieder. Findige Köpfe fanden den Ausweg aus der «Eurosklерose»: Er führte über den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dieser setzte – gegen den Widerstand einiger Regierungen und nationaler Gerichte – die Direktwirkung des Europarechts und dessen Vorrang gegenüber nationalem Recht durch. Zum Motor der Entwicklung wurde der EuGH aber dadurch, dass er die vertraglichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Beseitigung von Zöllen und zur Herstellung des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen in subjektive Individualrechte umdeutete.

Was ursprünglich als gesetzgeberische Verpflichtung der einzelnen Mitgliedstaaten zur Harmonisierung von Zöllen formuliert worden war, konnte seitdem als eine der «Grundfreiheiten» der Gemeinschaft und als Anspruch gegen nationales Recht eingeklagt werden. Mit der extensiven Auslegung der «Grundfreiheiten» konnte fast jede nationale Regelung als «tatsächliche oder potenzielle», als «direkte oder indirekte» Behinderung des freien Verkehrs angegriffen und oft ausgeschaltet werden.

Dieses Verfahren begünstigt Unternehmen mit europaweiten Märkten, die in der Lage sind, ihre Interessen auf dem Gerichtsweg vor dem

EuGH durchzusetzen. Keinen vergleichbaren Zugang haben die Interessen der nichtmobilen Bevölkerung und jener lokalen Unternehmungen, die durch die bisherigen, nun vom EuGH angegriffenen nationalen Regelungen begünstigt waren. Zu dieser Asymmetrie gesellt sich eine zweite: Der EuGH kann die nationalen Rechtsordnungen liberalisieren und deregulieren, braucht sich aber nicht um die wirtschaftlich-sozialen Folgen zu kümmern. So wie bei der erstrittenen Zulassung deutscher Medizinstudenten, die vor dem Numerus clausus und den höheren Studiengebühren an die österreichischen Fakultäten flohen. In der Folge kamen 60 Prozent der Studienbewerber in Österreich aus Deutschland. Diskriminierungsfrei, so der EuGH, wäre die Fernhaltung deutscher Studierender nur gewesen, wenn Österreich ebenfalls einen Numerus clausus samt höheren Studiengebühren eingeführt hätte.

Scharpfs Kommentar dazu: «Eine solche Anwendung des Diskriminierungsverbots ignoriert die von der nationalen Politik gewollten und demokratisch legitimierten Unterschiede in der mehr oder weniger solidarischen Gestaltung gesellschaftlicher Leistungssysteme.» Und weiter: «Dass die österreichische Politik aus gesellschaftspolitischen Gründen die Studienneigung der einheimischen Abiturienten fördern und aus gesundheitspolitischen Gründen die Zahl der einheimischen Ärzte erhöhen wollte, erschien unter dem Kriterium des Diskriminierungsverbots völlig irrelevant.»

Um die problematischen Folgen von Liberalisierung und Deregulierung abzumildern oder zu verhindern – so beispielsweise bei der Personalfreizügigkeit –, müssten gesetzgeberische Lösungen auf der politischen Ebene des Ministerrats gesucht werden. Derartige Versuche scheitern jedoch oft an den hohen Konsenshürden. In besonderem Masse betroffen seien, so Scharpf, wiederum jene Mitgliedstaaten, deren sozioökonomische Ordnung den Werten einer «sozialen Marktwirtschaft» entspricht. Denn: «Die negative Integration durch das politische nicht korrigierbare europäische Richterrecht lässt die «liberalen Marktwirtschaften» weitgehend unberührt, aber sie untergräbt die Institutionen und die politische Praxis der sozialen Marktwirtschaft und sie bewirkt deren Annäherung an die Strukturen der liberalen Marktwirtschaft.» Die hohe Dynamik des libe-



Alle haben dazuzulernen: Ständerat Rechsteiner.

ralisierenden Richterrechts auf der einen und die geringen Chancen positiv gestaltenden EU-Rechts auf der anderen Seite liessen, so Scharpf, nur eine Erwartung zu: Entgegen dem Ziel einer «sozialen Marktwirtschaft», wie das der Lissabon-Vertrag verspricht, werde die Wirtschaftsordnung der EU zunehmend dem «liberalen Modell» entsprechen: einem Modell, das die sozialstaatlichen Besonderheiten und die Errungenschaften einzelner Länder auf ein einheitliches und tieferes Niveau hinunterfahre.

Pferdefuss dynamische Rechtsprechung

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Weigerung von Gewerkschaftschef Paul Rechsteiner, über den Lohnschutz zu verhandeln, erheblich an Bedeutung. Zuerst, was manche vergessen haben: Die Garantie der flankierenden Massnahmen nach Schweizer Recht war die *conditio sine qua non* dafür, dass die Gewerkschaften den bilateralen Verträgen einst zustimmten. Nur sind diese Massnahmen der EU seit Jahren ein protektionistischer Dorn im Auge. Der Bundesrat hat sie bisher verteidigt. Doch wenn Brüssel heute Verhandlungen über den Lohnschutz verlangt, dann nur, um diesen zu schwächen. Wer aber geht denn hin zu Verhandlungen, aus denen er nur als Verlierer herausgehen kann? Kein Gewerkschaftsvertreter wie Rechsteiner!

Der Bundesrat hätte dies wissen müssen, als er zu Gesprächen mit den Sozialpartnern einlud. Es ging ja um die zentrale Frage, wer den Lohnschutz künftig in der Hand hält: Brüssel will in einem Rahmenabkommen den Lohnschutz der alleinigen Regelung durch das schweizerische Recht entziehen und ihn stattdessen der dynamischen Rechtsprechung der EU unterstellen. Das ist der eigentliche Pferdefuss – und er führt auf jene Wege, die Scharpf beschrieben hat.

Die Gewerkschaften haben also gute Gründe, sich gegen ein Rahmenabkommen zu stellen, das die Eigenständigkeit der flankierenden Massnahmen aus der Hand gibt, und der mutige Paul Rechsteiner hat ein unübersehbares Warnzeichen gesetzt. Bern scheint zu dämmern, dass es hier eine rote Linie gibt, die Cassis & Co. schlicht vergessen oder übersehen hatten.

Verhandlungen über ein Rahmenabkommen werden deshalb nicht einfacher, und der von den politischen Parteien verlangte Marschhalt ist vernünftig. Denn: *Facts change*, und alle haben dazuzulernen. Die Linke wird vermutlich weiterhin auf proeuropäischem Kurs bleiben, und sie wird einem institutionellen Abkommen ohne Lohnschutzverwässerung zustimmen, falls dies von Brüssel erhältlich ist. Aber ihr idealistisches EU-Bild wird realistischer werden müssen, wenn sie die politische Ökonomie der zunehmend neoliberalen Europäisierung ernst nimmt. Die echten und bleibenden Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit – historisch jene zwischen SP und Freisinn – treten wieder vermehrt in den Vordergrund. Dagegen wird die kategorische Frage des Ja oder Nein zur EU weniger Aufmerksamkeit erhalten. Denn wenn die Fakten ändern, müssen sich auch alte und verfestigte Vorstellungen ändern. Das wiederum braucht Zeit. Das Beispiel zeigt jedenfalls, dass es für die schweizerische Politik gute Gründe gibt, die EU-Rechtsprechung genauer und kritischer unter die Lupe zu nehmen – institutionelles Abkommen hin oder her.

Anhänger der Integration

Fritz Scharpf war übrigens zeit seines Lebens kein EU-Skeptiker, sondern Anhänger der europäischen Integration. Seine nüchterne Analyse der EU-Rechtsprechung überraschte die europafreundliche SPD und die deutschen Gewerkschaften, als deren Vertrauensmann Scharpf galt. Es hat Jahre gedauert, bis seine Botschaft bei jenem Publikum ankam, das er im Auge hatte. Immerhin: Deutsche Gewerkschaften unterstützen heute Rechsteiner. «Wir sehen keinen Bedarf, dass die Schweizer Kolleginnen und Kollegen ihre Position in dieser Frage ändern», sagte Julia Friedrichs vom Deutschen Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg zum Schweizer Lohnschutz.

Wolf Linder ist emeritierter Professor der Politikwissenschaft an der Universität Bern.

Wirtschaft

Schutz vor Lohnschutz

Die Idee, man müsse Schweizer Löhne vor ausländischer Konkurrenz schützen, hat viele Anhänger. Damit zerstören diese aber ihre Zukunft.

Von Silvio Borner

Wir stehen in der Schweiz vor dringenden und drängenden, auch existenziellen Herausforderungen im Gesundheitswesen, in der Alterssicherung sowie bezüglich der Globalisierung einschliesslich der Integration in den europäischen Binnenmarkt. Aber jetzt wurde ein Scheinproblem ins Rampenlicht gerückt – der Lohnschutz. Die Frage ist dabei nicht, ob wir unsere Löhne überhaupt ökonomisch schützen können, sondern, wie wir das politisch versuchen wollen: Soll die Schweiz das autonom durch die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) am Arbeitsmarkt angehen oder über die supranationale EU mit ihren Entsenderichtlinien? Jetzt sind plötzlich auch die Linken für den nationalstaatlichen Ansatz, weil sie mit den FlaM vor vielen Jahren ein Instrument für sich erpresst haben, das als politisches Veto in der Europapolitik dient und zudem ein finanzielles Geschenk an die Gewerkschaften darstellt.

Kann man Reallöhne denn überhaupt staatlich schützen? Leider – oder besser, zum Glück – ist das unmöglich. Löhne sind Marktpreise und müssen im Arbeitsmarkt Bestand haben. Das ist manchmal hart, aber bietet auch Chancen für den rechtzeitigen Ausstieg und den lohnenden Aufstieg im Berufsleben. Klar, die Nominallöhne kann man zurechtbiegen. Aber wie beim Konsumenten- oder Mieterschutz nehmen die negativen Nebenwirkungen beim Lohnschutz schnell überhand. Wir Konsumenten würden mit einem echten Wettbewerb im Detailhandel viel besser fahren als mit dem – einmal mehr – linkslastigen Konsumentenschutz, der sich nicht einmal gegen die total konsumentenfeindlichen und preistreibenden Agrarinitiativen wehrt.

Oder beim Mieterschutz profitieren analog zum Renten- oder Gesundheitsschutz die Älteren auf Kosten der Jüngeren. Werden zu tiefe Mietzinse staatlich garantiert, investiert niemand mehr in den Wohnungsbau, und das zwingt dann den Staat auf Kosten der Steuerzahler dazu. Hohe Steuern schaden aber der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit am Markt.

Staatlich «geschützte» Minimallöhne – vor allem in schweizerischen Dimensionen – vernichten Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft und erschweren den Einstieg der Schwächsten in den Arbeitsmarkt. Und staatliche Garantien für Lohngleichheit zwischen Schweizern und Ausländern locken vor allem unqualifizierte Einwanderer in das Gast- und Baugewerbe an, wo in kurzer Zeit hohe Arbeitslosenzahlen und später Fürsorgefälle entstehen. Lohnschutz für

hochqualifizierte Spezialisten oder topverdienende Manager ist ja kein FlaM-Anliegen.

Sofort kommt der Vorwurf des Lohndumpings, aber das ist ein hohles Schlagwort. Dumping würde nämlich voraussetzen, dass die Zuwanderer hier für weniger Geld arbeiten als zu Hause. Zudem haben wir mit den FlaM via allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge immer mehr harte Lohnkartelle geschaffen, die private Investitionen und damit Innovationen behindern. Diese schädlichen und staatlich geschützten Lohnkartelle verursachen zudem einen bürokratischen Leerlauf sondergleichen.

Das Gewerbe verrechnet sich

Langfristig ist für den Reallohn allein die Produktivität der Arbeit relevant. Und die ist in den letzten zehn Jahren praktisch konstant geblieben. Wir garantieren immer mehr minimale Mieten, maximale Renten, in Kürze auch maximale Krankenkassenprämien, hohe De-facto-Löhne, vertreiben damit immer mehr internationale Unternehmen ins Ausland und bremsen den produktivitätsfördernden Strukturwandel. Die Beschäftigung wächst nur noch im geschützten Binnensektor, vor allem in staatlichen oder staatsnahen Betrieben. Dafür haften dann wiederum die Konsumenten – und immer mehr die Steuerpflichtigen. Eine der Agrarinitiativen will die Zunahme der Beschäftigten in der Landwirtschaft gar in der Verfassung verankern.

Das hohe schweizerische Lohnniveau lässt sich nur durch marktwirtschaftliche Produktivität verdienen, aber nicht durch den Staat garantieren. Selbst bei Coiffeursalons führt der Gesamtarbeitsvertrag dazu, dass sich immer mehr Ausländer als Einzelunternehmer selbstständig machen. Mein Coiffeur, ein syrischer Kurde, verlangt für den Haarschnitt zwanzig Franken, während mir mein schweizerischer Velohändler allein für die allgemeine Kontrolle 120 Franken pro Stunde verrechnete. Wie an meinem Zweitwohnsitz in Frankreich werde ich bald auch hier nur noch mit Einmann- oder reinen Familienbetrieben zusammenarbeiten können – ausser der Staat erfindet neue Schranken für sogenannte Scheinselbständige. Das Gewerbe verrechnet sich hier längerfristig, wenn es sich auf die Seite der Gewerkschaften und Lohnschützer stellt. Wir brauchen in allen Märkten mehr internationalen Wettbewerb, wenn wir die Produktivität der Arbeit erhöhen und die Schwarzarbeit in Grenzen halten wollen. Lohnschutz als erste Priorität zerstört den Fortschritt der Produktivität.

Kulturkampf ums Schulbuch

Neuere Unterrichtslehrmittel für die Sekundarstufe bringen NZZ, FDP und SVP in Rage. Was ist dran am Links-Vorwurf der Bürgerlichen?

Von Christoph Mörgeli



Helveto-Zentrierung: Frauenstreik, 1991.



Teilentwarnung: Urwald Bödmeren, 1996.



Abstempelung: Grenzübergang, Vallorbe 1940.



Verherrlichung: Protestaktion, Berlin 2018.

Im Jahr 2017 ist ein neuer Doppelband für den Unterricht in Geschichte und Politik erschienen, den der Zürcher Lehrmittelverlag zusammen mit Experten der Pädagogischen Hochschule FHNW (Fachhochschule Nordwestschweiz), der Pädagogischen Hochschule Zürich und der Universität Basel herausgab. Konzipiert für den Lehrplan 21, stiessen die beiden Bände «Gesellschaften im Wandel» erst in den letzten Wochen auf unerwartet heftige, parteiübergreifende Kritik. Vertreter von SVP, FDP und CVP haben im Zürcher Kantonsrat und in anderen Parlamenten etliche Vorstösse zum Thema «politische Neutralität in der Schule» eingereicht. Allzu viele Lehrmittel seien ideologisch gefärbt und widersprächen der in Verfassung und Bildungsgesetz verankerten politischen Neutralität.

Die FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois, die sich als «Mittelstufenlehrerin ganz

ohne Wollsocken» versteht, stellte im Zürcher Stadtparlament verschiedene Fragen. Weil der Besuch der Volksschule nicht freiwillig erfolge, sei auf politische beziehungsweise weltanschauliche Ausgewogenheit des Unterrichts zu achten. Gegenüber der rot-grünen Stadtregierung nennt Bourgeois «Umweltschulen», «Naturschulen» und Projekte wie «Kleine Klimaschützer» oder das Unterrichtsdossier zur 2000-Watt-Gesellschaft und zur klimagerechten Ernährung. Diese enthielten regelmässig Verweise auf politische einseitige Interessengruppen und Organisationen. Der FDP-Politikerin ist auch aufgefallen, dass in den Lehrerzimmern oft Unterschriftensammlungen der Linken und linkes Propagandamaterial aufliegen.

Im Zürcher Kantonsrat reichten alle drei bürgerlichen Parteien gemeinsam einen ähnlichen Vorstoss ein. Die SVP forderte an einer

Medienkonferenz den sofortigen Verzicht auf das Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» und die Überprüfung aller geschichtlichen und politischen Unterrichtswerke im Hinblick auf deren neutrale Ausrichtung. Die Jungfreisinnigen setzten der Originalversion im umstrittenen Geschichtswerk ihre gegenteilige Auffassung von «Sozialisten», «Bürgerlichen» und «Sozialpolitik» entgegen.

Anregerin zu diesem politischen Aktivismus war indessen die NZZ, welche effektiv und eingehend gerügt hat, dass links-grüne Hilfswerke und NGOs mit Unterstützung der staatlichen Bildungsinstitutionen erfolgreich via offizielle Unterrichtsmittel die künftigen Generationen in ihrem Sinn beeinflussen. Ihre Anliegen vermochten diese einseitig ausgerichteten Interessengruppen schweizweit insbesondere im Rahmen des Lehrplans 21 einzubringen.

Gelungenes und Misslungenes

Ist der schrille Protest der Bürgerlichen sachgerecht, oder schiesst er über das Ziel hinaus? Eine Durchsicht des Lehrmittels «Gesellschaften im Wandel» ergibt einen differenzierten Befund: Die beiden Bände sind durchaus attraktiv und leserfreundlich aufgemacht. In leichtverständlicher Sprache und eingängig illustriert, wird jeweils auf einer Doppelseite ein historisches Thema abgehandelt; die vorkommenden Schlüsselbegriffe sind separat erklärt. Durchaus zu loben ist, dass das Lehrmittel die Schweizer Geschichte intensiv einbezieht. Am ersten Band ist bis zur Französischen Revolution wissenschaftlich wenig auszusetzen. Dann schlägt die Zuneigung der sozialhistorisch geschulten Autoren für organisierte Arbeiterschaft, Sozialismus und Streiks etwas gar stark durch, und zwar auf Kosten des materiell kaum bessergestellten, aber politisch konservativer gebliebenen ländlichen Bevölkerungsteils.

Der Liberalismus der «reichen Bürger» helfe nicht allen – eine so klare Absage an den Kommunismus findet sich nirgends. Durchaus richtig ist die Aussage, der Begriff «Rasse» sei wissenschaftlich längst widerlegt; konsequenterweise müsste dies aber auch für den Begriff «Rassismus» gelten, der sich dennoch wie ein roter Faden durch den Lehrstoff zieht. Es wird von der Wanderbewegung der imperialistischen Franzosen in Richtung Algerien erzählt; eine umgekehrte Wanderbewegung kommt kaum vor. Dafür seien anlässlich einer Algerienkundgebung in Paris 1961 Demonstranten

«von den Polizisten mit blossen Händen im Fluss ertränkt» worden.

Während der Erste Weltkrieg souverän eingeordnet wird, soll der Schweizer Streikführer Robert Grimm 1918 keine gewaltsame Revolution gewollt haben. Wie aber passt dies zu seinem vorgängigen schriftlichen Konzept, dass der Massenstreik in den «offenen Bürgerkrieg» übergehen solle? Wenn der Bernburger Eduard von Steiger als «Emmentaler Anwalt» eingeführt wird, ist das noch weniger ärgerlich als dessen Abstempelung zum einzigen Sündenbock für eine verfehlte Flüchtlingspolitik. Beim Thema Zweiter Weltkrieg findet der Hitler-Stalin-Pakt zwischen braunem und rotem Massenmörder genauso keine Erwähnung wie Maos Gräueltaten, die hundert Millionen Opfer des Kommunismus oder Pol Pots «Killing Fields» in Kambodscha, an denen gerade die Schweizer Linken noch Ende der siebziger Jahre geflissentlich vorbeisahen.

Gefeierter «Kauf-nix-Tag»

Beim Themenblock «Sex, Drugs & Rock'n'Roll» der sechziger Jahre erscheinen die Drogen lediglich im Titel, um danach kein einziges Mal mehr Erwähnung zu finden. Dafür herrscht beim Thema Umwelt Alarmismus («Der Wald stirbt»). Es folgt die Teilentwarnung: «Der Zustand der Wälder stabilisierte sich langsam.» In Wahrheit hat es ein Waldsterben überhaupt nie gegeben – was ernsthafte Historiker als interessantes Zeitgeist-Phänomen dekonstruieren müssten. Wenn Emilie Lieberherr als Feministin prominenter abgehandelt wird als Winston Churchill, zeigt dies doch, dass die Helveto-Zentrierung das sinnvolle Mass auch übersteigen kann. Die Behauptung, der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen mache hierzulande zwanzig Prozent aus, scheidet an jedem ökonomischen Sachverstand. Gewiss sind die Frauen in Kader-

stellen untervertreten, sie sind es aber auch bei der Kanalreinigung und im Strassenbau.

Internationale Organisationen wie die Uno oder die Europäische Union werden aufgrund ihrer edlen Absichten bengalisch beleuchtet, statt dass die Autoren das konkrete Tun und vielfache Scheitern an der Realität beschreiben würden. Die Schweiz sei tendenziell fremdenfeindlich, aber dennoch eine «multikulturelle Gesellschaft» – und das Zusammenleben mit Muslimen so gut wie problemlos. Der einzige winzige Unterschied an einem Sportturnier der Vereinigung Islamische Jugend Schweiz zu einem «normalen Turnier» sei der, dass «Mädchen und Frauen nicht teilnehmen». Am ärgerlichsten ist im neusten Teil indessen die Verherrlichung der Globalisierungskritik sowie von NGOs wie Amnesty International oder der Attac mit ihrem Fairtrade-Gütesiegel. Am «Kauf-nix-Tag» soll jeden November «als Zeichen des Protests bewusst auf Konsum verzichtet werden». Hier propagieren festbesoldete Staatsangestellte, deren Lohn jeweils pünktlich am 25. des Monats eintrifft, eine Kaufverweigerung zu Lasten jener Mitbürger, die ihren Lebensunterhalt in der freien Wirtschaft mit dem täglichen Kampf um die Konsumentengunst verdienen müssen.

Seit dem letzten grösseren Streit ums richtige Schulbuch ist einige Zeit vergangen. Angefeindet wurde 2006 etwa das Oberstufen-Lehrmittel «Hinschauen und nachfragen» zur Thematik Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Die unter der Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aepli (SP) entstandene Dokumentation wollte die Erkenntnisse der Bergier-Kommission in den Unterricht einbeziehen und schlug einen kühnen Bogen zur damals aktuellen Flücht-

lingspolitik und zum damals noch existierenden Bankgeheimnis. Vor allem die SVP ortete «Geschichtsmasochismus» und verlangte ein Verbot dieses Buches an den Schulen, würden darin doch die humanitären Leistungen des Landes in schwierigster Lage systematisch heruntergespielt. Die Partei sprach von Indoktrination und einer völlig verfehlten «Verbindung von einem einmaligen Genozid zur heutigen Politik».

Noch einige Jahre weiter zurück ging ein weit überregional ausgeprägter Streit um die Lehrerin Maya Klemm in Erlenbach. Die bekennende Linke hatte mit ihren Schülern die Erzählung «Ich heisse Thomy» von Walter Matthias Diggelmann besprochen. Man las darin Sätze wie: «Die Polizisten, selbst Ausgebeutete, gehen mit Tränengas und Schlagstöcken gegen jene vor, die eine gerechte Welt wollen.» Der jungen Pädagogin an der Goldküste wurden «Obszönität und subversive Tendenz» vorgeworfen.

Von «Rotwildjagd an der Goldküste» sprach der Berliner *Tagesspiegel*, und der *Spiegel* spottete über die «helvetische Gesinnungsschnüffelei». Lehrer würden im Lande Pestalozzis zu Sündenböcken gestempelt, wenn sie «rechte Vaterlandsgesinnung, Wehrwille und Bodenständigkeit» in Frage stellten. Der Werbefachmann und Generalstabsobers Rudolf Farner äusserte in einem Leserbrief in der *Zürichsee-Zeitung* die Überzeugung, in aller Stille hätten «marxistisch trainierte Experten» die Schulbücher umgeschrieben, um die Kinder ideologisch umzuerziehen. Die Sekundarlehrerin Maya Klemm wurde abgewählt. Die Schulpflege hatte ihr die Unterstützung verweigert, als bekannt wurde, dass sie den Progressiven Organisationen Schweiz (Poch) angehörte. ○



Alarmismus herrscht.

Eine klare Absage an den Kommunismus findet sich nicht.

Ebner, Buffett & Co.:

Was Sie von Gurus

lernen können.

Diese Woche:
Anlage-Tipps von den Besten.



www.handelszeitung.ch | Kostenloser Newsletter | Jeden Donnerstag am Kiosk | Als mobile App für iPad und iPhone | Digital-Abo zum Kennenlernen

Zur Wirtschaft. Zur Sache.

Handelszeitung

Ideologische Schlacht um Europa

Vor einem Jahr schien Emmanuel Macron die Führung in der Frage um die Einheit Europas zu übernehmen. Mit Italiens Innenminister Matteo Salvini ist ihm ein fulminanter Gegner erwachsen. Jetzt heisst es: Salvinis Nationalismus gegen Macrons Globalismus. *Von Christopher Caldwell und Morten Morland (Illustration)*

Der erste Hinweis, dass Matteo Salvini sich als Kontrahent von Emmanuel Macron versteht, kam im Juni, wenige Tage nach seiner Ernennung zum italienischen Innenminister. Salvini, dessen Partei, die Lega, für eine drastische Einschränkung der Einwanderung eintritt, gab bekannt, dass ein in Deutschland registriertes Rettungsschiff mit 629 afrikanischen Migranten an Bord nicht in Sizilien anlegen dürfe.

Macron war empört. «Die Politik der italienischen Regierung», sagte ein Elysée-Sprecher, «ist ekelhaft.» Salvini konterte mit der Bemerkung, dass die Franzosen, wenn sie ihre Hilfsbereitschaft demonstrieren wollten, ihr bislang unerfülltes Versprechen einlösen und einige der 100 000 afrikanischen Migranten aufnehmen sollten, die bis zuletzt Jahr für Jahr nach Italien gekommen seien.

In dieser Woche nun entpuppte sich die persönliche Antipathie zwischen den beiden Männern als europäischer Richtungskampf. Als libysche Rebellen staatliche Einrichtungen in Tripolis angriffen und damit die Vereinbarung zwischen Italien und der libyschen Küstenwache über eine striktere Kontrolle der Migrantenschiffe bedroht war, deutete Salvini gegenüber Reportern an: «Jemand steckt hinter dieser Sache. Jemand, der [2011, d. Red.] einen Krieg angefangen hat, der nicht hätte geführt werden dürfen, jemand, der Wahlen ansetzt, ohne sich mit den Verbündeten oder den lokalen Gruppierungen abgesprochen zu haben, jemand, der unbedingt Demokratie exportieren will, was nie funktioniert.» Auf die Frage, was damit gemeint sei, sagte Salvini: «Fragen Sie Paris.»

«Held und Kampfgefährte»

Nur wenige Tage zuvor hatte er den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zur Verabschiedung eines Manifests nach Mailand eingeladen. Es war Orbán, der Europa ermahnt hatte, angesichts der Menschenmassen, die 2015 aus Syrien und anderen Konfliktzonen heranströmten, die Grenzen dichtzumachen. In Mailand pries er Salvini als seinen «Helden und Kampfgefährten». Und Macron bezeichnete er als seinen Feind: «Es gibt zwei Lager in Europa. Das eine wird von Macron angeführt. Er repräsentiert die politischen Kräfte, die für Einwanderung sind. Wir dagegen wollen die illegale Einwanderung stoppen.» Orbán hat recht. Salvinis Nationalismus und Macrons Globalismus sind die bei-

den rivalisierenden Visionen von Europas Zukunft. Vor einem Jahr schien der neugewählte französische Präsident im Begriff, von Angela Merkel den Stab eines Kämpfers für die Einheit Europas zu übernehmen. Er würde der Europäischen Union, demoralisiert durch den

drohenden Brexit, neue Impulse geben. Möglicherweise würden dank Donald Trump und dessen ungeschickten Massnahmen Einwanderungsbeschränkungen in Europa generell keine Chance mehr haben. Aber die Wähler haben es den Politikern nicht vergessen, dass



Europäischer Richtungskampf.

2015 die Schleusen geöffnet wurden. In Italien, Österreich und der Tschechischen Republik kamen Regierungen ins Amt, die für starke Grenzen eintreten, und Trumps ehemaliger Wahlkampfberater Steve Bannon wirbt inzwischen für eine engere Zusammenarbeit nationalistischer Bewegungen in Europa, vor allem mit Blick auf die Europawahlen im Mai nächsten Jahres. So wie Häftlinge im Gefängnis ihre kriminellen Fähigkeiten verfeinern können, so ist das EU-Parlament eine Clearingstelle des Euroskeptizismus geworden, auch wenn die Ukip demnächst dort ausziehen wird. Salvini schwebt für Strassburg ein Bündnis von Gleichgesinnten vor.

Wen kann Macron dagegen mobilisieren? Selbst die europäische Linke scheint von ihrer Politik der offenen Grenzen inzwischen abzurücken. In Deutschland hat die Marxistin Sahra Wagenknecht von der Partei Die Linke die Bewegung «Aufstehen» ins Leben gerufen, die sich an alle wendet, die die Dogmen der Globalisierer (etwa uneingeschränkte Zuwanderung) nicht mehr hören können. Die dänischen Sozialdemokraten wollen die dänische Sprache und die dänischen Werte wieder stärken. Ihre schwedischen Kollegen, die in den zwei Jahren nach 2015 eine Viertelmillion Migrantinnen aufgenommen haben, plädieren mittlerweile für eine restriktivere Asylpolitik. Die nationalistischen

und unverhohlenen einwanderungskritischen Schwedendemokraten haben bei der jüngsten Parlamentswahl deutliche Erfolge erzielt.

Salvini kommt an. Die Koalitionsregierung, die er mit der grotesken Fünf-Sterne-Bewegung gebildet hat, wird von mehr als der Hälfte der Italiener unterstützt. Seit dem Frühjahr ist der Stimmenanteil der Lega von 17 auf 32 Prozent gestiegen, sie ist die beliebteste Partei in Italien.

Fehlende Urteilskraft

Für Macron indes war es kein guter Sommer. Es begann mit dem Skandal um seinen 26-jährigen Leibwächter Alexandre Benalla, der Macron beim Skifahren und Radfahren begleitet und offenbar dazu neigt, Leute zusammenzuschlagen, die anderer Meinung sind als sein Chef. Bei einer Kundgebung am 1. Mai wurde Benallas Vorgehen auf Handyvi-

«Macrons Hauptgegner», höhnte Salvini, «sind die Franzosen».

deos festgehalten. Man sieht ihn, mit einem Polizeihelm auf dem Kopf (obwohl er kein Polizist ist), eine Demonstrantin über die Place de la Contrescarpe schleifen und anschließend einen Mann treten, der auf dem Boden liegt. Befragt, warum Benalla nicht disziplinarisch belangt werde, witzelte Macron gegenüber Reportern, dass Benalla nicht sein Geliebter sei. Und der Sommer endete damit, dass der charismatische Umweltminister Nicolas Hulot im staatlichen Rundfunk dramatisch seinen Rücktritt erklärte: «Ich will mich nicht mehr selbst belügen.» Macrons Umfragewerte, die seit einem Jahr kontinuierlich sinken, liegen inzwischen bei 34 Prozent. «Macrons Hauptgegner», höhnte Salvini, «sind die Franzosen.»

Dass zwei Männer, die keine politische Karriere angestrebt hatten, gleich beim ersten Anlauf Präsident eines wichtigen Staates wurden – 2017 Donald Trump und im gleichen Jahr Macron –, mag einige Leute zu der Annahme verleitet haben, dass es nur Geschick braucht, um Erfolg in der Politik zu haben. Doch Politiker müssen, im Gegenteil, viel vom Geschäft verstehen, wenn sie erfolgreich sein wollen. Trumps Gegner können ihr Verständnis (und seine Unkenntnis) von amerikanischer Regierungspraxis dazu nutzen, seine gesamte Präsidentschaft mit einem Netz von Ermittlungen zu überziehen, das er nicht so schnell wird abschütteln können. Silvio Berlusconi's Gegner konnten am Ende seiner politischen Karriere ähnlich verfahren, und Salvini's Gegner hoffen nun auf eine Wiederholung. Nachdem er sich im August zehn Tage lang geweigert hatte, Migrantinnen im Hafen von Catania an



Land gehen zu lassen, leitete ein Staatsanwalt in Agrigent ein Ermittlungsverfahren wegen Freiheitsberaubung gegen ihn ein.

Salvini ist ein aussergewöhnlicher Politiker. Von Macron kann man das nicht sagen, jedenfalls noch nicht. Ein Politiker braucht Urteilskraft, die Macron, obwohl lernwillig, noch nicht die Zeit hatte zu erwerben. Er hat Salvini als jemanden abgetan, der immer nur provozieren will, ohne sich zu fragen, welche Gründe der Mann haben mag. Unvergessen Salvinis Ausspruch unmittelbar nach seinem Amtsantritt, dass für Migranten die Party zu Ende sei (*la pacchia è finita*). Das mag ein unschöner Kommentar zum Schicksal von Menschen sein, die den Tod durch Verdursten in der Sahara und durch Ertrinken im Mittelmeer riskiert haben, aber in den Augen der Wähler traf er damit vor allem seine Kritiker, weil er sie provozierte, sich generell gegen Einwanderungsbeschränkungen auszusprechen.

Salvini kann eine unanfechtbare Position von einer schwachen unterscheiden. Macron lernt noch. Jedes Schiff, das auf dem Mittelmeer erscheint, wirft einen Schatten auf seinen Ruf nach europäischer Solidarität. «Den wahren Dänen gibt es nicht», erklärte er jüngst in Kopenhagen. Das kam nicht nur bei den Dänen schlecht an, sondern auch bei einigen seiner eigenen Wähler.

So wie Einwanderung noch mehr Einwanderung produziert, so gebiert Populismus noch mehr Populismus. Wenn nationalistische Parteien in Parlamente gewählt werden, verändern sie mit den Themen, die sie zur Sprache bringen, die politische Debatte insgesamt. Almut Möller vom Think Tank «European Council on Foreign Relations» in Berlin stellte gegenüber *Le Monde* klar: «Paris hat unterschätzt, was ein Eintritt der AfD in den Bundestag bedeuten würde.» Die Multikulti-Rhetorik des politischen Establishments in vielen Ländern (etwa der Gebrauch des Wortes «Flüchtling» für einen ehrgeizigen Menschen, der sich in Europa dauerhaft niederlassen will) verfängt nicht mehr. Etwas ursprünglich Positives wird für das Establishment zu einer Belastung, zu einem Ausdruck von Heuchelei.

Argumente, die ankommen

Salvini ist ein geschickter Rhetoriker. Er hat es geschafft, humanitäre Hilfe als Verbrechen darzustellen. Aus seiner Sicht betreiben die Hilfsorganisationen, die Migranten aus dem Mittelmeer fischen, das gleiche Geschäft wie die Schlepper, die den Menschen an Land den Weg weisen. Ein afrikanischer Migrant braucht kein Boot mehr, das ihn nach Europa bringt – er braucht nur ein Boot, das ihn zu dem (von einem Milliardär finanzierten) Rettungsschiff bringt, das man von der nordafrikanischen Küste aus sehen kann. «Sie werden Italien nur auf einer Ansichtskarte sehen»,

verspricht Salvini. Salvini wirft dem ungarischstämmigen Milliardär George Soros vor, mit seinem Geld «Italien und Europa mit Migranten zu überschwemmen». Sein Angriff auf Soros ist ein rhetorischer Schachzug, den Orbán schon länger praktiziert – und auf Ungarn beschränkt, schien es ein Randthema zu sein, doch nun, da einer der EU-Gründerstaaten in das gleiche Horn stösst, ist das Echo deutlich grösser. Klagen über die Einmischung anderer Länder in die amerikanische Präsidentschaftswahl laden dazu ein, die vielen von Soros finanzierten Stiftungen unter die Lupe zu nehmen, deren politische Aktivitäten im Ausland (dank steuerlicher Abzugsfähigkeit) vom amerikanischen Staat subventioniert werden.

Salvini's Ziel ist es, Macron als Politiker zu entlarven, der für uneingeschränkte Einwande-

«Paris hat unterschätzt, was ein Eintritt der AfD in den Bundestag bedeuten würde.»

rung steht. Kein europäischer Politiker kann es sich leisten, als Weichei wahrgenommen zu werden, auch wenn manche bemüht sind, ihrer harten Linie einen freundlichen Anstrich zu geben. So schlug der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen unlängst vor, Europa solle die «Ursachen» der Migration bekämpfen.

Das wird nicht funktionieren. Ursache der transmediterranen Migration sind nicht Armut oder irgendein anderes Problem, das zu lösen Aufgabe der EU wäre. Es ist letztlich das Bevölkerungswachstum. In Afrika hat sich die Bevölkerung seit 1980 fast verdreifacht, und bis 2050 wird sich die Zahl noch einmal verdoppeln. Während die europäische Bevölkerung in den nächsten dreissig Jahren schrumpfen wird, dürfte Afrika um 1,25 Milliarden Menschen anwachsen. Schon jetzt gibt es Millionen potenzielle Migranten, die in Tripolis, Tunis und Istanbul ausharren oder dorthin unterwegs sind und nur darauf warten, in das erstbeste Land zu ziehen, das auch nur ein Stückchen jener Aufnahmebereitschaft andeutet, die europäische Politiker 2015 gezeigt haben.

Wie die Europäer auf diese Bevölkerungsexplosion reagieren, wird davon abhängen, ob sie sich dadurch willkommene Arbeitskräfte versprechen oder ob sie zusätzliche Kosten für den Steuerzahler befürchten. Salvini's nationalistische Argumente kommen bei den Wählern an. Die Institutionen der globalen Ökonomie haben jedoch viel Macht und Einfluss, und Macron spricht für sie in einer frischeren Sprache, als das in Amerika oder Grossbritannien oder anderswo möglich ist, wo seit den 1980ern eine neoliberale Agenda praktiziert wird. In acht Monaten werden die Ergebnisse der Europawahlen zeigen, welchen dieser beiden Wege die Europäer einschlagen wollen. ○



Inside Washington

#MeToo

Hat sich Richter Brett Kavanaugh wirklich etwas zuschulden kommen lassen?

Die sechs Mal für einen Oscar nominierte Schauspielerin Glenn Close befürchtet in einem Interview mit dem *Guardian*, dass die #MeToo-Bewegung sich «politisch zu korrekt» entwickeln könnte. Close – brillant als Sitzengelassene im Spielfilm «Fatal Attraction» – erläutert ihre Bedenken mit sorgfältigen Worten: «Ich frage mich, kann man jemanden für sein Lebenswerk verurteilen, weil er einmal schlecht behandelt hat?»

Das Spektakel im Kapitol rund um Brett Kavanaugh's Ernennung zum Bundesrichter wirft ähnliche Fragen auf. Die 51-jährige Psychologin Christine Blasey Ford wirft Kavanaugh vor, er habe als Teenager versucht, ihr in der Highschool die Kleider vom Leib zu reissen. Kavanaugh streitet dies rundweg ab. Beide haben ihre Sympathisanten. Die Demokraten unterstützten die Anklägerin sogar schon, bevor sie ihre Aussagen machen musste.

Die Pro-Abtreibungs-Organisation Planned Parenthood – den Demokraten nahestehend – behauptet, die Zukunft der #MeToo-Bewegung hänge von dieser politischen Entscheidung im Kapitol ab: «Dahinter stehen die Kernfragen: Werden wir respektiert? Nimmt man uns ernst? Sind wir gleichberechtigt?»

Viele Wählerinnen haben ihre Vorbehalte sowohl gegen Kavanaugh wie auch gegen Ford. Eine Umfrage von Fox News hat ergeben, dass 38 Prozent der Frauen eher der Psychologin Ford glauben, 28 Prozent dem Juristen Kavanaugh. Im Gegensatz zu den Politikern im Senat warten die Frauen mit ihrem definitiven Urteil ab, bis sie mehr wissen.

Kellyanne Conway, Beraterin im Weissen Haus, fasst die Entwicklung mit folgenden Worten auf dem TV-Sender CBS zusammen: «Ich glaube, ein Mann kann nicht nach Jahrzehnten von #MeToo zur Rechenschaft gezogen werden.» *Amy Holmes*

Sex, Politik und Charaktermord

Von Hansrudolf Kamer — Kurz vor seiner Bestätigung als Richter im Supreme Court ist Brett Kavanaugh in einen Strudel von Vorwürfen sexuellen Missbrauchs geraten. Die Motive gegen ihn sind politisch.



Bis zu den Kongresswahlen sind es noch vierzig Tage, und die amerikanischen Medien tun das, was sie am liebsten tun: Politik mit Sex mischen, kräftig umrühren und sehen,

was herauskommt. Manipulationsobjekt ist Brett Kavanaugh, nominiert von Präsident Trump für den freien Sitz im Supreme Court. Er müsste vom Senat bestätigt werden.

Gegen Kavanaugh sind in den letzten Tagen plötzlich Anschuldigungen laut geworden, er habe Frauen sexuell belästigt und angegriffen. Der Zeitgeist für solche Taktiken ist günstig, aber diesmal wirkt das Vorhaben doch sehr schäbig. Der eine Fall soll sich vor 36 Jahren an einer Highschool-Party zugetragen haben, der andere wenig später im ersten Studienjahr Kavanaughs an der Yale University. Möglich, dass bei Bedarf noch mehr Eklats «auftauchen».

Fehlende Beweise und Zeugen

Der Oberste Gerichtshof ist im amerikanischen Verfassungskomplex die dritte Gewalt, eine wichtige Institution, die genau bemessene Entscheidungsbefugnisse gegenüber den beiden andern Gewalten, Exekutive und Legislative, hat. In der Vergangenheit hat er bei der Aufhebung der Rassendiskriminierung nach dem Bürgerkrieg, der Abtreibung und in politischen Pattsituationen eine entscheidende Rolle gespielt.

Politiker hätten das Gericht gerne unter ihrem Einfluss. Legendär ist der Versuch von Franklin Roosevelt, der nach seinem Erdrutschsieg 1936 vorschlug, die Mitgliederzahl des Gremiums (damals wie heute neun) zu erhöhen. Er wollte ideologische Kontrolle, denn die Richter hatten einige seiner New-Deal-Gesetze abgeschmettert.

Die Kritik am Vorschlag war so vehement, dass Roosevelt zurückkrebste. Aber dann wechselten plötzlich zwei sogenannte konservative Richter ins linksliberale Lager. Roosevelts *court packing* war nicht mehr notwendig.

Die Richter des Supreme Court sind keine Parteisoldaten. Sie sind auf Lebenszeit ernannt, was ihre Unabhängigkeit stärken soll. Wird Kavanaugh bestätigt, wäre deshalb das Gericht noch lange nicht «konservativ» im politischen Sinn. Die *Justices* sind Persönlichkeiten *sui generis*, haben ihre bestimmte Rechtsauffassung

und versuchen, diese mit der Verfassung und den aktuellen Gesellschaftsfragen in Einklang zu bringen.

Für die Anschuldigungen gegen Kavanaugh fehlen Beweise und Zeugen. Das liegt nicht nur in der Natur der Sache, sondern ist so gewollt – ein politischer Schwebezustand mit Unsicherheiten. Die Anwältin der einen Frau, Debra Katz, ist seit langem spezialisiert auf Fälle sexueller Belästigung und ist Teil der landesweiten #MeToo-Bewegung, die im Gefolge der Weinstein-Affäre entstanden ist. Sie vertritt Christine Blasey Ford, die behauptet, Kavanaugh habe in betrunkenem Zustand versucht, ihr die Kleider vom Leib zu reißen. Noch vor dem Showdown – Fords Anhörung vor dem Senat war für Donnerstag angesetzt (Stand Redaktionsschluss) – haben drei der von ihr aufgerufenen Zeugen verneint, an besagter Party anwesend gewesen zu sein. Die Vorwürfe der andern Frau sind noch fadenscheiniger.

Das Ganze ist ein politisches Manöver der Demokraten, die versuchen, das Bestätigungsverfahren über die Midterm-Wahlen hinaus zu verlängern und bei weiblichen Wählern zu punkten. Die Vermischung mit der #MeToo-Bewegung soll den Demokraten helfen, obwohl das eine mit dem andern wenig zu tun hat. Ein angeblich betrunkenen Teenager lässt sich nicht mit – vorwiegend demokratischen – Politikern,

Hollywood- und Mediengrößen vergleichen, die ihre Machtposition ausgenutzt hatten.

Die Republikaner hätten die Stimmen, um das Verfahren sofort zu beenden. Sie stehen geschlossen hinter Kavanaugh, auch weil sie wissen, dass sie das müssen. Sollten sie angesichts der demokratischen Sexoffensive einknicken, hätten sie bei den Kongresswahlen keine Chance mehr. Ihre Wähler und die Trump-Anhänger würden sich angewidert von ihnen abwenden.

Frommer Wunsch

Das Vorgehen der Demokraten ist eine Retourkutsche, wie sie in der amerikanischen Geschichte häufig vorkommt. Die Republikaner hatten vor den letzten Wahlen 2016 Merrick Garlands Bestätigung verhindert – allerdings ohne eine plumpe Sexkampagne. Garland war von Präsident Obama nominiert worden, ein fähiger Jurist, für den Supreme Court bestens qualifiziert. Die Republikaner hatten die Mehrheit im Senat und argumentierten, die Wähler sollten entscheiden. Sollten die Demokraten gewinnen, könnten sie Garland erneut nominieren. Das war ein geschickter Schachzug, aber ein weiterer Sargnagel im moribunden Bestätigungsprozedere. Und vorher? Robert Bork und Clarence Thomas, beide von republikanischen Präsidenten nominiert, waren Ziele demokratischer Anschwärmungsfeldzüge – der erste «erfolgreich», der zweite nicht. *To bork* wurde ein Verb in der amerikanischen Sprache.

Das war der Sündenfall. Die Verfassungsväter hatten es explizit darauf angelegt, die höchsten Richter aus den Leidenschaften der Tagespolitik herauszuhalten – eine gutbegründete Idee. Heute ist das nur noch ein frommer Wunsch.



Demokratische Sexoffensive: Manipulationsobjekt Kavanaugh.

Die Feuer von Maalula

Apostel Paulus hat hier gewirkt. Selbst Jesus soll seinen Fuss auf diesen Flecken Erde gesetzt haben. Nun haben die Schlächter des Islamischen Staates diese heilige Stätte verwüstet. Reise zur Wiege der Christenheit. *Von Matthias Matussek und Mario Müller (Bilder)*



Ein Gruselfilm? Nein, eine Pilgerreise!: Milizionär in Maalula.

Da sind diese stechenden, nah beieinanderliegenden Augen im schmalen Schädel, die hohe Stirn, das Bärtchen unter der Nase. Die Augen verfolgen dich schon in der Grenzbaracke, zwei Autostunden von Beirut, mitternachts, und noch weißt du nicht, bei allem, was du über ihn gelesen hast, wann dieses Gesicht schrecklicher wirkt: wenn es ernst blickt oder wenn es lächelt.

Willkommen in Baschar Al-Assads Syrien. Ein Gruselfilm?

Nein, eine Pilgerreise! Wir wissen, dass der Angriff auf Idlib im Norden unmittelbar bevorsteht, wo die schwarzen Horden des Islamischen Staats (IS) nach siebenjähriger Besetzung und Zivilistenquälerei ihren letzten Unterstand gefunden haben.

Aber wir haben uns das Datum nicht ausgesucht, der Anlass liegt 1700 Jahre zurück – damals war Helena, die christliche Frau Konstantins, sicher, dass sie das Kreuz Jesu gefunden hatte, worauf sich die Jubelnachricht durch den ganzen christlichen Orient buchstäblich wie ein Lauffeuer verbreitete – von Gipfel zu Gipfel wurde mit grossen Feuern gefeiert.

Und das seitdem bis heute, immer am 14. September im syrischen Maalula.

Maalula: Ein Teil Galiläas, Jesus mag seinen Fuss hierher gesetzt haben, der Apostel Paulus hat hier gewirkt, seine Schülerin Thekla ist Schutzpatronin dieses geschützten Gebirgstals, in dem man immer noch Aramäisch spricht, die Sprache Jesu. Maalula: die Wiege der Christenheit. Eine solche Reise werde ich mir als Katholik doch nicht entgehen lassen, selbst wenn mich der Patriarch, der seine christliche Gemeinde im Regime sicher wusste, zur Propaganda benutzt – bitte benutzt mich!

Wir, das sind Abdo Haddad, der Assistent des Patriarchen, sowie Jan und Eva von «Kirche in Not» aus Polen, das katholische italienische Hip-

Eine solche Reise werde ich mir als Katholik doch nicht entgehen lassen.

pie-Pärchen Stefano und Roberta, er der Typ Roberto Benigni, sie eine rassige Schwarzlockige aus einem neorealisticen Film. Dazu der Identitäre Sebastian Zeilinger mit seinem Kumpel Mario, tätowiert wie der Maori aus «Moby Dick».

Zeilinger, der muskulöse Naturbursche, hatte seine rechtsradikale Wühlarbeit dadurch bewiesen, dass er ein, nein, nicht vom IS, sondern von deutschen Vandalen umgeholtztes Kreuz in den bayerischen Bergen eigenhändig ersetzt und hochgeschleppt hatte.

«Wozu brauchen wir überhaupt Gipfelkreuze?», fragte die *Süddeutsche Zeitung* höhnisch. Fragte sich eigentlich die ganze deutsche Amtskirche, deren Kardinal Marx das seine versteckte, um muslimische Gastgeber nicht zu verstören. Das Kreuz der Christen und ihre Qual



Wo man immer noch Aramäisch spricht: Thekla-Kloster.

kamen in den Jahren des islamischen Gemetzels an ihnen eher selten in Predigten vor. Wohl aber, paradoxerweise, das Leiden der Flüchtlinge im deutschen Wohlfahrtsstaat, unter die sich einstige Peiniger gemischt hatten.

Wo Paulus sein Augenlicht wiedergewann

Nun, die katholische Kirche hat ohnehin vielerorts als moralische und bekennende Autorität ausgespielt. Besonders in Deutschland, wo sie zu einem ideologischen, staatlich gefütterten Karnevalverein verkommen ist, der gerade dabei ist, in seinem Missbrauchssumpf abzusaufen, nicht ohne über seinen Ältestenrat, das sogenannte Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), die erprobten Warnungen vor der AfD herauszublubbern. Sie ist kaum noch brauchbar, auch nicht als Entlastung für Kanzlerin Merkel und ihre autoritäre Entgrenzungspolitik, die auf wachsende Widerstände im Wahlvolk stösst.

Ich meine, wer nimmt noch einen immerhin zweitausendjährigen Kult ernst, wenn es die Priester selber nicht mehr tun, wie jener im Ruhrgebiet, der aus Protest gegen die AfD am Altar im Kopftuch zelebrierte?

Wir schlafen in einem Kloster, fünfhundert Meter von der einstigen Frontlinie entfernt,



Shiitin Ghouffran, Autor Matussek in Damaskus.

hören beim Frühstück mit Fladenbrot und Oliven das Lachen und die fröhlich leiernden Wiederholungen der Abc-Schützen durchs offene Fenster, durch einen Limonenbaum schaut uns die Büste des Gründerpatriarchen zu.

Damaskus' Altstadt hinter dem Bab Scharqi liegt friedlich in der Morgensonne, die Motorengeräusche der Vespas und Taxis verebben hier im Christenviertel, der Bäcker schiebt frische Fladenbrote aufs Auslagebrett, in den Gesichtern liegt müde Entspantheit, wir wollen hin zum Haus des Hananias, in dem Paulus sein Augenlicht wiedergewann, nachdem er vor Damaskus, geblendet von seiner Jesusvision, vom Pferd gestürzt war.

Auf dem Weg treffen wir Jorge, einen blassen Ästheten mit Kinnbart, eine Tschechow-Figur, am Tor seines kleinen Riad, eines Stadtpalais mit Innengarten. Er betrieb eine Brokat-, Teppich- und Kunsthandwerk-Fabrik, das Stadtpalais, erklärt Jorge einschränkend in unsere Bewunderung hinein, sei erst seit 1730 im Familienbesitz. Erst?! Historische Zeit wird hier mit anderem Atem bemessen.

Kleiner Brunnen mit Bäumchen im Innenhof, Tee wird serviert, schwerfällig bewegt sich eine Schildkröte über die Marmorfiesen. Die hebt den Kopf, und oben von einem Balkon ertönt das Kläffen eines kleinen weissen Hundes. «Die beiden sind verliebt», erklärt Jorge lachend, und tatsächlich kommt der Kleine kurz darauf schwanzwedelnd zum Schnüffeln runter.

Na bitte, geht doch alles in einem geordneten polyreligiösen Gemisch, selbst die Arten hier verstehen sich untereinander.

«Früher hat es niemanden interessiert, welcher Religion du angehörst, Schiiten, Sunniten, Drusen, Christen – Assad ist Alevit.» Zigaretten werden gereicht, Paffen ist hier eine schöne, würdige Gastgebertradition. >>>

Der Innenhof hat der Bombardierung standgehalten, die Mauern, die ihn umgeben, sind meterdick. «Man wusste nie, wenn man ausging, ob man zurückkehren würde.» Doch diese Stadt hat keine Angst mehr.

Am Ende der Strasse, weisser, strahlender Sandstein hinter schwarzem Gitter: Ein Relief zeigt die Taufe des bekehrten Christenjügers Shaul.

Im Souvenirshop über der ebenfalls bombardierten Kirchenkatakomben, der ältesten der Christenheit, eine laminierte Karte, sie zeigt die unmittelbare Konsequenz der Konversion: die Reisen des Völkerapostels aus Antiochien nach Jerusalem, hin und her, und dann eine Explosion aus Punkten und Strichen, aus Land- und Seereisen, Ephesus, Kolossä, Korinth, Athen, den Gottessohn verkünden, schliesslich Kreta, Syrakus, das Weltreich unter drei Kaisern, der Märtyrertod in Rom unter Nero.

«Dreimal schiffbrüchig, fünfmal ausgepeitscht, gesteinigt, verhöhnt, ständig in Gefahr durch Räuber und falsche Freunde, dazu in Sorge um die Gemeinden.» Dieser Mann brannte, weil er eine Wahrheit gesehen hatte, die unter die Menschen musste, egal, was die Jupiter- oder Bacchus-Gläubigen damals davon hielten.

Wie ein notwendiger Kübel Eiswasser

Natürlich zwischendurch Blicke auf die Heimatfront in die Smartphones. Gelächter über die moralischen Scheinerregungen über eine Scheinbeteiligung unserer Scheinarmee an einem Luftstreich gegen den IS, Martin Schulz, der Scheinmessias der SPD, über die AfD, die er auf den «Misthaufen der Geschichte» wünscht. Schon für dieses ausgetrampelte Sprachbild müssten fünfzig Stockhiebe fällig sein (wir sind im Orient!). Drehen die allmählich durch vor dem Bombardement auf Idlib?

Der grosse Medientheoretiker Marshall McLuhan befand einst treffend: «Moralische Empörung ist die Strategie von Idioten, die sich Würde verleihen wollen.» Ein Satz wie ein notwendiger Kübel Eiswasser in diesen Zeiten.

Nachmittags Essen in der Altstadtkneipe «Nada Alayam», riesiger bepflanzter Raum mit Tonkrügen auf der Treppe, an einem langen Tisch vierzehn vergnügte Muslimas, nur teilweise bekopftucht, drei rauchen Schischa, ohne Ehemänner? Eine tolle schwarzhaarige Unverschleierte lacht: «No husband, no cry.»

Zu uns stösst Derawan Ghouffran, eine dreissigjährige Schiitin mit Kopftuch, grosses Hallo mit den Italienern, man kennt sich seit Frühjahr, da hatte Ghouffran gerade ihre Schwester und deren kleinen Sohn durch einen Bombenangriff des IS verloren. Nun endlich kommt Idlib dran, dann ist der IS-Spuk wohl vorbei, prustend zeigt Ghouffran die Fotos der «Zivilbevölkerung» von Idlib, eine lange Schautafel grimmiger, bärtiger Kämpfergesichter.

Ghouffran lebt im Viertel der Christen, sie feiert mit ihnen Weihnachten. War alles nor-

mal, bis der Krieg der von den USA unterstützten «moderaten» Rebellen begann.

Der Westen hat Erfahrung mit Diktaturen im Nahen Osten und seinen eigenen Demokratie-Exporten. Allerdings sieht die Auswärtsbilanz doch eher bescheiden aus.

In Libyen kämpfen nach Gaddafis Sturz grausame islamische Clans in diesem *failed state* um Wüste und Ölfelder. Aus dem Irak meldete Bush Jr: «Mission accomplished», und gab mit Saddam Husseins Sturz den Startschuss zur Rekrutierung von Islamisten-Teufeln, die bald mit erbeuteten amerikanischen Waffen, dem Know-how verärgelter Saddam-Generäle und dem frühmittelalterlichen Irrsinn der Wahhabiten zum Magneten für junge Radikale auch aus dem Westen wurden, die auch mal einen Kopf abschneiden wollten.

Aber wir meinen es doch immer gut! Licht der Aufklärung, Kosmopolitentum und so.

Mal waren die Potentaten Partner, mal nicht, dann brüllte der Westen «regime change» und «nation building» – «Wir backen eine neue Demokratie, wie aufregend!» CNN-Reporter und andere Haudegen in kugelsicheren Westen sind dabei, denn wir haben solide Werte und genaue Vorstellungen von einer idealen Welt, besonders wir Deutschen, besonders die deutschen Politiker im Bundestag, die bei jedem politischen Problem «Nie wieder Hitler» rufen, allerdings achtzig Jahre zu spät.

Am nächsten Morgen das langerwartete Gespräch mit Youssef Absi, dem melkitischen Patriarchen von Antiochien und dem ganzen Orient, Oberhaupt der melkitischen griechisch-katholischen Kirche, die mit Rom uniert ist.

Youssef I. also, graue Haare, silberne Brille, auf der Brust eine Jesus-Ikone, seit vierzig Jahren Priester, seit siebzehn Bischof, seine lächelnde Kultiviertheit vermag den Ärger über die sogenannten Christen im Westen kaum verhehlen.

Abdos Devise: «Wenn mich einer schlägt, schlag ich doppelt so hart zurück.»

«Ihr Volk wird belogen über die Zustände hier», und er erteilt mir seinen Segen, eine Deutschlandtour zu organisieren.

Der Patriarch berichtet über die Granaten, in dem Speisesaal gegenüber schlug eine ein, hundert Priester waren dort versammelt; ein Assistent bringt das Mordstück herbei, im gebrochenen Metallmantel haben sich offenbar Samen eingenistet, kleine Blümchen spriessen hervor.

Anschliessend zeigt uns Bruder Christopher die Kathedrale, grossartige Akustik, ich soll die Kanzel testen, die sich in einer Spirale um eine Säule nach oben windet. «Schöner als eine Bierkiste am Bahnhof», denke ich mir, ergreife die stilisierten Holzärmchen an der Rostra, beuge mich hinunter und beschwöre eine unsichtbare



Zigaretten-Tausch: mit Terror-Opfer Daniel.

europäische Gemeinde: «Schreibt unseren Regierungen, dass die syrischen Christen ihre Landsleute zum Wiederaufbau brauchen.» Ich gerate in Fahrt, und was den Papst angeht, der wieder einmal sehr allgemein und öffentlich um Frieden betete, ohne ein einziges Mal die schwarzen Teufel zu erwähnen, er sollte sich besser zu den Skandalen in seiner Heimatdiözese erklären!

Der Papst nämlich, der sonst eher redselig ist, schweigt. Vernehmbar. Irgendein jesuitisches Schlitzohr hatte das jüngst mit den «Ignatianischen Exerzitien» begründet.

Nun aber wirklich weiter, Aufbruch nach Maalula, über eine längst geflickte Piste an zerstörten Siedlungen vorbei, in der Geröllwüste nach Nordosten ins Qalamun-Gebirge. Ausgebrannte Panzer, an den unzähligen Checkpoints die gleichen kriegsmüden und friedensfrohen Gesichter.

Unser Glaube. Auch Abdo Haddad ist gläubig, er hat ein Buch über das Aramäische geschrieben, die Polen wollen es übersetzen lassen, er geht mit Jesus konform, bis auf die Stelle, wo der dazu aufruft, die andere Wange hinzuhalten. Abdos Devise: «Wenn mich einer schlägt, schlag ich doppelt so hart zurück. Anders hätten wir Maalula nicht halten können.»

Sebastian, der Identitäre, klampft auf seiner Wandervogelgitarre, er hatte mit ihr schon Usbekistan, Georgien, Tadschikistan bereist und Maalula ein Jahr vor Kriegsausbruch, wo er im Thekla-Kloster arbeitete – dem Prior Padre Paulo haben die Rebellen mittlerweile den Kopf abgeschlagen.

Wir erreichen den Checkpoint am Stadttor, ein hässliches grosses Loch im linken Schenkel. So lief der Angriff der Nusra-Front: erst diese Autobombe, die Abdos Bruder tötete. Verwirrung, Sturm, Abdos muslimischer Hausver-



Der Kampf beginnt: Festzug den Berg hinauf.



Orthodoxe gegen Katholiken im Feuerwettkampf.



Suche nach Gold: zerstörte Kirche in Maalula.

walter war vorbereitet, er trat die Tür ein, die «Rebellen» wählten sein Haus am Dorfplatz zum Hauptquartier.

Der Terror begann am 13. September 2013. Er dauerte nur ein halbes Jahr, Zeit genug, alle Kreuze abzuschlagen, den Ikonen die Augen auszustechen, das Grab der heiligen Thekla aufzureissen, auf der Suche nach Gold.

Im Rollstuhl über den Köpfen

Unweit des Markusklosters, mit dem ältesten Altar der Welt, lag dieses Haus des Dorfbäckers, der aufgefordert wurde, zu konvertieren. Er verweigerte es und wurde per Kopfschuss hingerichtet. Samt seinen Söhnen, die glaubensstörrisch blieben wie er.

Besuch im Haus daneben bei Daniel, querschnittgelähmt, bleich und bärtig, eine Kugel am Checkpoint traf seine Wirbelsäule. Er liegt im Bett und dreht sich eine Zigarette. «Du weisst schon, dass Rauchen tödlich ist!», sage ich streng. Er lacht mit den anderen und schenkt mir seine Zigarette, ich gebe ihm im Austausch eine imperialistische Marlboro.

Er studierte Jura und war neunzehn, als ihn die Schüsse umrissen, nun hat er eine Organisation für verwundete Veteranen gegründet. Ja, sicher hat er Schmerzen, aber er lehnt Morphium ab, weil es abhängig macht.

Damals hatte sich Abdo mit Kämpfern in die Berge zurückgezogen und mit dafür gesorgt, dass sich der Terror hier nicht lang halten konnte.

Maalula, die Postkartenschönheit, liegt weiss hingewürfelt an zwei Bergflanken, ein syrisches Santorini unter blauem Himmel. Marienlieder tönen über den Marktplatz, in der Lautstärke von Muezzins, den ganzen Nachmittag über Gewehrsalven, so werden die Ein-

treffenden zum Fest des Kreuzes begrüsst: eine Siegesfeier.

Ja, die Kreuze sind zurück. Und Patriarch Youssef feiert mit der Gemeinde. Eine Liturgie, die vorwiegend aus Gesang, aus vielstimmigen Chören besteht.

Doch die Schlacht von Maalula beginnt erst, denn gleichzeitig mit den Katholiken endet der Gottesdienst der Orthodoxen, am Dorfplatz treffen beide Prozessionen aufeinander. Die Anrufung der Heiligen, die Hymnen auf die Helden, die Spottverse auf den Gegner sind nicht zu unterscheiden, milchige Wasserflaschen mit Arak werden geschwungen, bei den Katholiken schwingt einer eine Axt.

Doch das andere Lager trumpft auf mit – Daniel! Er wird in seinem Rollstuhl in die Höhe gestemmt, er lacht, er schwebt über den Köpfen der Menge und feuert Salven aus einer Kalaschnikow.

Worum es geht in dieser Schlacht? Die Katholiken erklimmen den Westhügel des Ortes, die Orthodoxen den im Osten. Beides sind Steilwände, die nur von hinten zu besteigen sind. Wer auf seinem Bergkamm die meisten Feuer in Brand setzt, hat gewonnen.

Die Feuer werden nicht von Holz, sondern von Gummireifen genährt, ein üppig vorhandener Rohstoff nach dem Krieg, vor allem aber lassen sie sich abschliessend prächtig ins Tal stürzen, wobei sie blutrote Striemen in die nächtlichen Hänge reissen.

Schon nach hundert Metern bereue ich jede einzelne Zigarette meines Lebens. Die Schläfen hämmern, die Lungen pfeifen, in Steilabschnitten zieht mich Abdo nach oben, der seinen Nachnamen «Haddad» völlig zu Recht trägt.

«Haddad» ist der arabische Name für Jupiter. Hier liegen Brocken im Weg wie von wütenden Titanen geworfen. Ausgebrannte Granaten vor riesenhaften Höhlen, Abdo kennt hier jeden Stein beim Vornamen.

Auf halber Strecke kommen uns Patriarch Youssef und Bruder Christopher entgegen, sie haben die Gebete zur Eröffnung der Feuerzeremonie bereits gesprochen. Grosses Hallo. Ich versuche, meine Agonie zu überspielen.

Knapp unterhalb des Gipfels drückt mir einer eine Kalaschnikow in die Hand, ich traue mich nicht abzudrücken; ich kann doch schon meine eigene Handschrift nicht lesen, das ergäbe eine Riesensauerei, wenn ich mich mit diesem Ding verschreiben würde.

Sebastian und Mario haben sich entschieden, hier oben auf der kahlen Kuppe die Nacht zu verbringen. Jugendliche Kämpfer haben sich zu Füßen eines Neonkreuzes versammelt, sie singen, andere schauen ins Lichtertal hinab oder in die dunkle Nacht. Was mögen sie denken? Ob der Krieg vielleicht doch einfacher ist als der Friedensalltag? Weil er Entscheidungen abnimmt, über die Berufswahl und die Zukunft in einer unberechenbaren Welt.

«Alle Kreter lügen»

Tags darauf zurück nach Beirut, ins Flüchtlingslager im Bekaa-Tal. Die Identitären haben Patenschaften übernommen, ihre Organisation Alternative Help Association, kurz Aha!, hilft denen, die zurückkehren wollen, etwa der jungen Lama aus Homs, der Mutter von Hamza, 6, und Mohammed, 8. Sie weiss nicht, wo ihr Mann ist, vielleicht tot, vielleicht beim IS, vielleicht in Europa. Es gab das übliche Gezeter um diese Aktion der Identitären, sie wollten, schrieb eine linke Fanatikerin im Netz, nur Geld machen. Nun, ich kann bestätigen, dass das Geld dort ankommt, wo es ankommen soll. Die junge Palästinenserin Nadia begleitet die Aktion und führt Buch.

Zum Schluss ein Abstecher nach Baalbek, ins Gedächtnis der Menschheit, eine gewaltige Anlage, mit Bacchus-Kult- und Jupiter-Tempel, ein Heliopolis mit Säulen von 2,2 Metern Durchmesser. Die Säulenreihe der Propyläen steht noch, bis hierher sind die schwarzen Kulturauslöcher nicht vorgedrungen.

Was lernen wir? Hören wir Rafik Schami, den bei Buchhändlerinnen wegen seiner orientalen Buntheit beliebten syrischen Märchenerzähler: «Die gegenseitige Lüge ist neben der arabischen Sprache eine der elementaren gemeinsamen Eigenschaften arabischer Länder.»

Das erinnert an das berühmte Paradox: «Epimenides, der Kreter, sagt: «Alle Kreter lügen.»» Ein Satz, der seine eigene Falschheit behauptet.

Vielleicht ist dieses Paradox auch auf das europäische Faktenflirren anwendbar. Vielleicht gehört zur vollen Wahrheit auch die Gegenpropaganda, eben die Notwendigkeit, Geschichten jener Seite zu erzählen, die ungehört blieb. ○



Alle mussten immer glücklich tun: Hochzeitsfoto von Traumpaar Michelle Hunziker und Eros Ramazzotti mit Tochter Aurora, 1998.



Ikone der Woche

Zurück ins Licht

Von Claudia Schumacher

Es ist ja ein altes Lied: Stars, die in die Fänge einer Sekte geraten. Und dann geben sie den Menschenfängern zu viele private Infos, machen sich erpressbar und kommen da nicht mehr raus. Vom vielen Geld, das dabei flöten geht, mal ganz zu schweigen. Bei John Travolta etwa kursiert schon seit ewig das Gerücht, er könne sich von Scientology nicht lossagen, weil die sonst kolportierten, er sei homosexuell – was der Familienvater nicht wolle. Oft denkt man bei den leichtgläubigen Stars: «Schön blöd – können nicht auf sich aufpassen, lassen sich jeden Mist erzählen.»

Michelle Hunziker aber ist unbestreitbar eine kluge Frau. Spricht fünf Sprachen, macht in Italien politische Satire im Fernsehen. Das Klischee «so hübsch wie dumm» greift nicht bei der Moderatorin. Wieso ist sie trotzdem auf die Sekte «Krieger des Lichts» reingefallen?

Selbstbefriedigung verboten

Fünf Jahre lang war Hunziker in der Sekte. Sie hat schon ein paarmal davon berichtet. Offenbar zerstörten die Dynamiken in diesen Zirkeln auch ihre Ehe mit Sänger Eros Ramazzotti. In ihrer neuen Autobiografie «Ein scheinbar perfektes Leben» schreibt Hunziker erstmals ausführlich über die schlimme Zeit.

Es war zwar kein Mangel an Intelligenz, der sie tief in die Sekte hineintrieb, dafür aber das andere Problem, das man vielen Stars nachsagt: Sie wollen geliebt werden. Hunziker erzählt von der Sektenführerin Clelia, die sie zunächst sehr beeindruckt habe. So schaffte Clelia es angeblich, Hunziker von Haarausfall zu befreien. Und sie gewöhnte ihr das Rauchen ab. So wurde Clelia zur zentralen Bezugsperson für Hunziker: «Ich konnte ihr alles sagen, und sie nahm mich ernst, jederzeit. Sie rief mich sechsmal am Tag an, um sich zu erkundigen, wie es mir ging», schreibt sie im Buch. Nachdem diese Clelia sie jedoch abhängig gemacht hatte, drehte sie den Liebeshahn zu. Hunziker wollte alles tun, um Clelia wieder nahe zu sein – und liess sich auf das irre Regelwerk der Sekte ein. Alle mussten immer glücklich tun und sollten keinen Sex haben, um die Energie besser für die eigene Kreativität zu nutzen. «Masturbation war verboten», schreibt Hunziker. Die Ehe war dann irgendwann nicht mehr zu retten, aber immerhin liess Hunziker sich selbst retten. Eine Mitarbeiterin habe ihr 2006 zum Ausstieg verholfen. Die Sekte habe sie «umbringen» wollen. Für ihre Tochter kämpfte sie sich frei.

Michelle Hunziker: Ein scheinbar perfektes Leben. Ehrenwirth. 336 S., Fr. 31.90

Operation «Rommel-Schatz»

Sechs verschollene Kisten mit Nazigold aus Nordafrika beflügeln seit Jahrzehnten die Fantasie von Historikern, Regierungen, Abenteurern und Angebern. Ein Schweizer Millionär behauptet nun, der sagenumwobenen Kriegsbeute auf die Spur gekommen zu sein. *Von Rico Bandle*

Der Auftritt ist filmreif. Ein schwarzer Mercedes-Maybach mit verdunkelten Scheiben hält vor dem Luzerner Luxushotel «Schweizerhof». Der Chauffeur öffnet die hintere Wagentür, ein Mann in schwarzem Anzug mit schwarzer Krawatte, Sonnenbrille und Panamahut steigt aus der Edelkarosse. Trüge er nicht einen Bart, könnte man meinen, es handle sich um Al Capone. Doch der Mann, der die ganze Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist kein Mafioso, sondern der schillernde Immobilienhändler Hermann Alexander Beyeler.

Der Selfmademillionär aus Littau ist ein passionierter Kunstsammler mit Hang zum Mystischen. Und er schreibt Romane. In diesen Wochen hat er einen Thriller herausgebracht über den «Rommel-Schatz», jene bis heute verschollenen Kisten voller Raubgut vom Nordafrikafeldzug der Nationalsozialisten.

Die Suche nach dem verschwundenen Nazigold – ein Stoff, der sich hervorragend für einen Krimi eignet. Bloss: Beyeler behauptet, alles im Buch stimme. So wie auch schon bei seinen früheren Werken. Handlungen und Dialoge seien zwar fiktiv, die Ereignisse und Fakten aber historisch korrekt, durch ihn mit grossem Aufwand recherchiert worden.

Der Luzerner Unternehmer glaubt zu wissen, wo die sagenumwobene Kriegsbeute liegt – ein Schatz, nach dem schon Hunderte von Wissenschaftlern und Abenteurern vergeblich gefahndet haben. Der Gegenstand von unzähligen Büchern und Dokumentarfilmen ist. Selbst die französische Regierung startete einst eine grosse Suchaktion – ohne Erfolg.

Die Entdeckung des Rommel-Schatzes wäre eine Weltsensation und würde wohl während Tagen die Schlagzeilen rund um den Globus beherrschen. Beyeler bringt dies nicht aus der Ruhe. «Ich weiss, wo er liegt», sagt er, ohne eine Miene zu verziehen, «zu 100 Prozent.»

Will uns da einer auf den Arm nehmen? Sich wichtigmachen? Oder ist Beyeler tatsächlich eine alte Schatzkarte in die Hände geraten, wie es im Buch heisst? Das Treffen im Hotel «Schweizerhof» soll Klärung bringen.

Liebling der Nazis

Die Hintergründe des Rommel-Schatzes sind gut dokumentiert und historisch kaum bestritten. Feldmarschall Erwin Rommel war

der Poster-Boy unter den Nazigeneralen, das Aushängeschild der NS-Propaganda. Ein brillanter Stratege, der selbst von Kriegsgegner Winston Churchill bewundert wurde. Dass der Schatz nach diesem Mann benannt ist, verleiht ihm eine besondere Aura, insbesondere im angelsächsischen Raum, wo um Rommel ein eigenartiger Kult betrieben wird.

Nach dem erfolgreichen Frankreichfeldzug wurde Rommel Anfang 1941 nach Nordafrika geschickt, wo deutsche Divisionen Mussolinis ramponierte Truppen im Kampf gegen die Briten unterstützen sollten. Obschon zahlenmässig klar unterlegen, gingen Rommels



Hang zum Mystischen: Unternehmer Beyeler.

Truppen in den ersten Schlachten als Sieger hervor. Im Juni 1942 konnte der «Wüstenfuchs» die riesige britische Festung Tobruk erobern – der Höhepunkt seines Ruhms. Rommel wurde zum jüngsten Generalfeldmarschall der Wehrmacht ernannt.

In der Folge brachten Nachschubschwierigkeiten die Deutschen zunehmend in Bedrängnis. Als sich die Niederlage abzeichnete, kam aus Berlin der Befehl: Vor dem erzwungenen Rückzug sollte Nordafrika geplündert und die jüdische Gemeinschaft vernichtet werden. Hierzu schickte Heinrich Himmler ein hundert Mann starkes SS-Kommando nach Tunesien – angeführt vom gefürchteten

Obersturmbannführer Walther Rauff, Erfinder der sogenannten Gaswagen für die Todesschwadronen in Osteuropa.

Rauff raubte die Juden Tunesiens und ihre heiligen Stätten brutal aus. Seine Männer nahmen alles mit: Gold, Schmuck, sakrale Gegenstände und vieles mehr. Allein aus

Ist Beyeler tatsächlich eine alte Schatzkarte in die Hände geraten, wie es im Buch heisst?

Djerba, dem «Jerusalem Nordafrikas», verwendeten die Nazis 43 Kilogramm Gold. Auch ein Rembrandt-Gemälde soll sich unter der Kriegsbeute befunden haben. Erwin Rommel hatte mit Rauffs mörderischen Raubzügen nichts zu tun, trotzdem ging die kostbare Ware als «Rommel-Schatz» in die Geschichte ein.

Am 13. Mai 1943 kapitulierten die deutschen Truppen in Nordafrika, 250 000 deutsche und italienische Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Das Raubgut war da allerdings schon weg. Wo ist es hingekommen? Folgende Version galt bislang als mehr oder weniger gesichert: Im April 1943 wurde der Schatz in Sfax eilig verschifft und via Neapel auf die Insel Korsika gebracht. In den Gewölbekellern des Kapuzinerklosters Saint Antoine in Bastia packten SS-Leute die Wertgegenstände für den Weitertransport in sechs Metallkisten und verschweissten diese wasserdicht. Der Abt des Klosters erzählte nach dem Krieg, er habe den Inhalt zwar nicht gesehen, sehr wohl aber die schweren Kisten, die die SS-Leute gefüllt und wegtransportiert hätten. Nach intensivierten Bombardierungen durch die Alliierten begannen die Deutschen im September 1943 mit der Evakuierung der Insel. Die wertvolle Fracht sollte per Schiff auf das Festland transportiert werden. So weit kam es nicht: Die Ladung wurde vor der Küste Korsikas über Bord geworfen, um sie vor dem Zugriff des Feindes zu bewahren.

Letzter Augenzeuge

Die Informationen über die Kisten im Meer stammen grösstenteils aus einer eher zweifelhaften Quelle. Jahre nach dem Krieg, am 3. Juni 1948, wurde bei der Einreise nach Korsika ein Deutscher festgenommen, der sich als tschechischer Geschäftsmann ausgab. Die SS-Blutgruppentätowierung am Oberarm



Eigenartiger Kult: Generalfeldmarschall Rommel.

legte seine Tarnung offen. In der Folge erzählte der Mann, der sich mal als Walter Kirner, mal als Peter Fleig ausgab, er sei beim Goldtransport und der Versenkung des Schatzes dabei gewesen. Alle anderen Besatzungsmitglieder seien ums Leben gekommen.

Die Schilderungen des vermeintlich letzten Augenzeugen lösten eine der grössten Schatzsuchen der Geschichte aus. Erst suchte die französische Regierung mit riesigem Aufwand den Meeresgrund ab, dann machten sich Dutzende von privaten Beutejägern ans Werk, teils mit modernsten Geräten, finanziert von abenteuerlustigen Millionären. Immer wieder kam es dabei zu Sabotageakten, Drohungen, selbst Morde soll es gegeben haben. Hinter den Zwischenfällen vermutete man die korsische Mafia, die den Schatz als ihr Eigentum betrachtete. Auch solche Meldungen trugen zum Mythos Rommel-Schatz bei. Bis heute tauchen in den Medien regelmässig Berichte über angeblich neue Hinweise zum Raubgut auf, vor allem britische Blätter sind von diesen wie besessen.

Ex-SS-Mann Kirner (bzw. Fleig) machte über die Jahre mit dem Verkauf von Informationen und Schatzkarten ein gutes Geschäft – obschon es ernstzunehmende Zweifel gibt, ob er überhaupt auf dem Schiff war. Auch

Hermann Alexander Beyeler will im Besitz einer von Kirner angefertigten Schatzkarte sein. Im Original handelt es sich um ein schweres, halbdurchsichtiges, pergamentartiges Papier, auf dem verschiedene Kreise, Linien und Punkte aufgetragen sind, dazu Zahlen, die wohl Koordinaten sein sollen. Das Schriftstück ist im österreichischen Linz in einem Safe aufbewahrt, dort lebt der Co-Autor von Beyelers Büchern, Gerd J. Schneeweis. Er müsse sich jeweils aus Sicherheitsgründen 24 Stunden zuvor anmelden, um Zutritt zum Safe zu erhalten, sagt Schneeweis auf Anfrage.

Beyeler erklärt, die Schatzkarte sei Teil eines Konvoluts von Dokumenten, das ein reicher Geschäftsmann einst für umgerechnet 750 000 Euro erworben habe. Nach dessen Tod habe er die Papiere übernehmen können. Zur Identität des Geschäftsmannes verrät Beyeler nur, er sei ein in der Schweiz wohnhafter Deutscher gewesen.

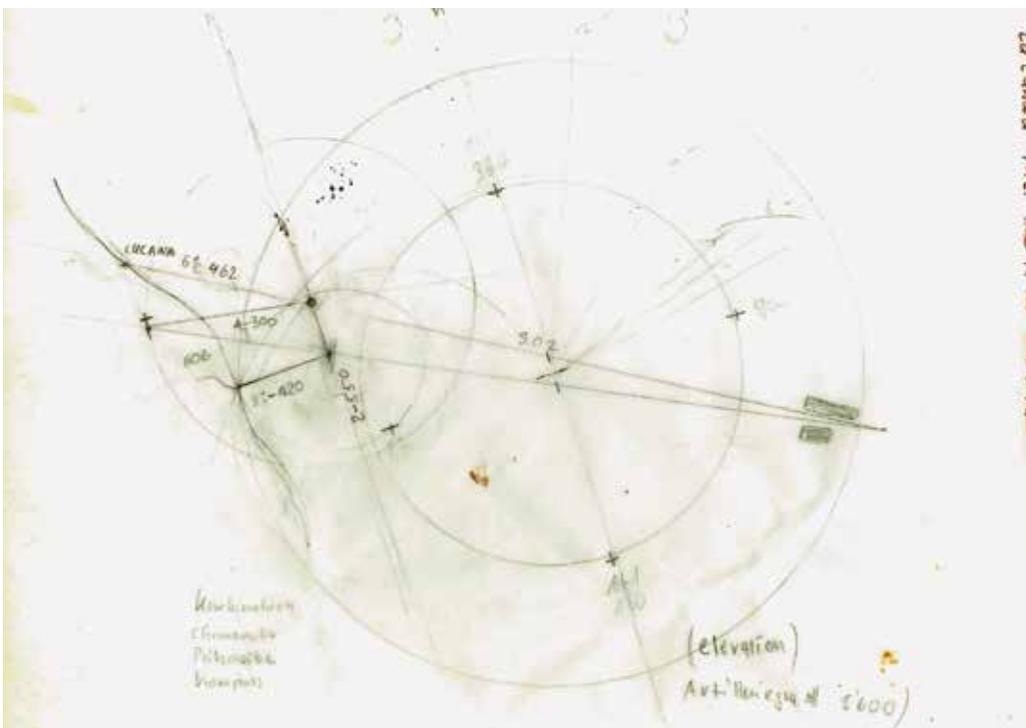
SS-Leute wollten Gold abzwiegen

Aus den Unterlagen, die Beyeler mitgebracht hat, geht hervor, dass dieser Mann ernsthaft im Sinn hatte, im Meer nach dem Schatz zu suchen. Dies zeigt ein Briefverkehr aus den siebziger Jahren zwischen ihm und einem Be-

trieb für Seevermessung und Tauchunternehmen. Alles schien aufgegleist worden zu sein. Trotzdem scheiterte die Expedition noch vor dem Start: Unter den Dokumenten findet sich auch ein Brief der französischen Handelsmarine vom 21. April 1977, in dem die Genehmigung zu Nachforschungen am Meeresgrund in Zusammenhang mit dem Rommel-Schatz ohne Angabe von Gründen verweigert wird.

Dass Beyeler das Material offenlegt und dem Journalisten sogar eine Kopie der Schatzkarte inklusive einer Expertise zur Entschlüsselung mitgibt, hat einen einfachen Grund: Die Karte ist seiner Ansicht nach zwar echt, aber Teil eines grossen Täuschungsmanövers. «Das Gebiet vor Bastia ist der meistabgesuchte Meeresgrund der Welt», sagt er. «Dass bisher niemand den Schatz gefunden hat, ist kein Zufall.»

Ein Kamerteam des ZDF begleitete 2007 den prominenten Unterwasser-Schatzsucher Klaus Keppler, als dieser mit modernster Technik das Gebiet vor Bastia scannte. Unter anderem benutzte er einen Cäsium-Magnetometer, der Metallobjekte selbst unter dicken Sandschichten orten kann. Auch Keppler stützte sich auf Angaben Walter Kirners: Er konnte aus dem Nachlass des



«Täuschungsmanöver»: Beyelers Schatzkarte.

ehemaligen SS-Mannes ein Foto erwerben, auf dessen Rückseite eine Skizze mit Koordinaten aufgetragen war. Dass die enorm aufwendige Suche erfolglos blieb, wurde im ZDF-Dokumentarfilm mit dem lockeren Sand am Meeresgrund erklärt: Die schweren Kisten seien darin wahrscheinlich zu tief versunken – das Meer habe den Schatz wohl für immer verschluckt.

Beyeler liefert nun eine ganz andere Erklärung: Das Gold sei gar nie in Korsika angekommen. Der Transport sei nur zur Ablenkung durchgeführt worden, um die Kriegsbeute unbemerkt woanders verstecken zu können. Angesichts der sich anbahnenden Kriegsniederlage hätten hohe SS-Generale geplant, den Schatz für sich abzuzweigen. Berlin sollte dabei im Glauben gelassen werden, er sei verlorengegangen. Der Befehl zum Unterfangen ging laut Beyeler vom General der Waffen-SS, Hans Kammler, persönlich aus. «Nachdem es Kammler mit Hilfe Rauffs gelungen war, die Aufmerksamkeit geschickt auf Transport Nr. 1 zu lenken [jenem nach Korsika. d. Red.], war es ein Leichtes, die echte Beute still und unerkannt zu evakuieren», heisst es im Buch. Die Korsika-Kisten seien bloss mit Steinen gefüllt gewesen.

Als Quelle gibt Beyeler einen ehemaligen Stasi-Geheimagenten an, mit dem er in Kontakt stehe. Im Roman taucht dieser unter dem Decknamen «Kleiner Fritz» auf. Auch Co-Autor Schneeweis beteuert, dass es diesen «Kleinen Fritz» tatsächlich gebe – was natürlich nichts heissen muss.

Wo ist aber nun das Gold? Laut Beyeler wurde es von Tunesien mit zwei Leichtflugzeugen an die Südküste Sardinien gebracht. Geografisch ist dies tatsächlich eine nahe-

liegende Variante. Dort habe man die Kriegsbeute in einem der vielen Bergstollen versteckt und diesen dann sorgsam zugesprengt. Ziel war es, die Kisten nach dem Krieg zu bergen – was aber nie geschehen sei. Die beteiligten SS-Leute waren alle tot, gefangen oder nach Südamerika geflüchtet.

Stasi-Spion lüftet Geheimnis

Science-Fiction-Autoren und Verschwörungstheoretiker zeichnen sich dadurch aus, dass sie Realität und Fiktion geschickt vermischen, dass sie Leerstellen in der Faktenkette fantasievoll schliessen, so dass alles plausibel

«Irgendwann werde ich den Standort verraten, der Schatz soll zurück an seine Eigentümer.»

klingt. Der Nazischatz, der nie gefunden wurde, bietet grossartiges Rohmaterial für solche Geschichten. Beyeler beharrt jedoch darauf, dass dies hier nicht der Fall sei. Deshalb stelle er auch die Korsika-Schatzkarte zur Verfügung, «so können alle sehen, dass ich nicht einfach nur ein Fantast bin».

Wo genau auf Sardinien ist der Schatz vergraben? Im Buch ist bloss von einem «Bergstollen an der Südküste» die Rede. «Ich kenne die genauen Koordinaten. Doch wenn ich sie verraten würde, gäbe es dort einen riesigen Ansturm. Sardinien versänke im Chaos», sagt Beyeler. Zwei Tage später, nach Beharren auf mehr Evidenz und genaueren Angaben, schickt Gerd Schneeweis folgendes Mail: «In Absprache mit Herrn Beyeler gebe ich Ihnen bekannt, dass sich der von der SS

zugesprengte Stollen im Umkreis von weniger als 50 km der sardischen Provinzhauptstadt Nuoro befindet. Da Ihnen bekannt ist, dass sich der Stollen relativ nahe an der Küste zum Tyrrhenischen Meer befindet, scheidet in diesem Falle eine Suche im Landesinneren natürlich aus.»

Die Beweislage bleibt allerdings dünn. Im Buch heisst es, der «Kleine Fritz» habe Beyeler Satellitenbilder ausgehändigt, auf denen der Standort genau ersichtlich sei. Es handle sich um Material des Spionagesatelliten Gori-son 11, den die Sowjets der DDR 1978 zur Verfügung gestellt hatten. Dank geophysikalischen Messungen sei der Satellit in der Lage gewesen, Metallvorkommen in unterirdischen Hohlräumen festzustellen. So habe der Stasi-Spion die Stelle lokalisieren können. «Das stimmt alles, das ist keine Erfindung», sagt Beyeler.

Der Schwachpunkt an der ganzen Geschichte: Wenn er den Standort so genau zu kennen glaubt – weshalb hat er den Schatz nicht längst ausgegraben? «Ich bin nicht der Typ dazu», sagt Beyeler. «Das wäre mir auch zu gefährlich. Wenn Sie wüssten, was für Leute alle hinter diesem Schatz her sind!»

Stattdessen will er seine Bücher verfilmen, aus den Thrillern einen Kinohit machen, wie dies Dan Brown mit «The Da Vinci Code» gelungen ist. Um zu beweisen, dass auch die Filmpläne kein Hirngespinnst sind, hat er den Regisseur, den Kolumbianer Julio Ramirez, und den Produzenten Julien Wagner, Sohn des kürzlich erschossenen Basler Anwalts Martin Wagner, zum gemeinsamen Essen in den «Schweizerhof» eingeladen. Das Drehbuch zur Verfilmung des ersten Teils der Roman-Trilogie, «Bozzetto: Der Fluch», der nichts mit dem Rommel-Schatz zu tun hat, sei fertig. Wenn alles gut komme, könne im Herbst nächsten Jahres mit den Dreharbeiten begonnen werden, erklären die beiden.

Dient die ganze Sache also bloss der Promotion seiner Bücher und der geplanten Filme? «Sie werden selber sehen, dass ich die Wahrheit erzähle», sagt Beyeler. «Irgendwann werde ich den Standort verraten, der Schatz soll zurück an seine ursprünglichen Eigentümer.»

Wenn nicht, ist Hermann Alexander Beyeler einfach ein weiterer Name auf der langen Liste von Abenteurern und Angebern, die behauptet haben, dem Rommel-Schatz auf die Spur gekommen zu sein.



Hermann Alexander Beyeler, Gerd J. Schneeweis: G. A. R. S. – Geheimakte Rommel-Schatz. Die Bozzetto-Trilogie, Teil 2. Brinkhaus. 480 S., Fr. 26.90

King of Ohrwurm

Paul McCartney läuft auf seinem neuen Album zu alter Form auf.

Von Thomas Würdehoff

Kaum ein Poppigant hat jemals so ausgiebig und nachhaltig öffentlich Prügel bezogen wie er. Seit Jahrzehnten gilt er schlechterdings als der Bruder Seichtfuss der Branche; seine Alben finden kaum Gnade vor anspruchsvollen Musikfreunden. Ausgerechnet Paul McCartney, der einstige Wonnewicht der Beatles, auf den die Mädchen flogen, der ewige Sieger, dem nichts zu misslingen schien, hatte nach der Trennung der Fab Four im öffentlichen Meinungsbild die Verliererkarte gezogen. Bis auf wenige Ausnahmen fielen seine solistischen Muntermacher bei der Kritik durch – besonders aber zerfleischten die Zeitungen die Werke, die er mit seiner neuen Combo Wings eingespielt hatte. Wie gesagt, leichtgewichtiger Tingeltangel, bestenfalls als Hintergrundmusik für gelangweilte Hausfrauen tauglich.

Auf der anderen Seite aber sind da die rappevollen Welttourneen, die der putzmuntere Ex-Beatle nunmehr seit fast einem halben Jahrhundert unternimmt. Dort serviert er seit Jahr und Tag einen Querschnitt seines Liedguts, alles von «Love Me Do» über «Penny Lane» und «Hey Jude» bis hin zum Bond-Knaller «Live and Let Die» oder «Band on the Run». Fast sechs Dekaden kann der Mann musikalisch abbilden – und das ausschliesslich mit Selbstgebrautem. McCartney-Konzerte sind immer auch glückstrunkene Reunions der klassenlosen Gesellschaft: Dort treffen Friedhofsgärtner auf ETH-Dozentinnen, SVP-Eiferinnen auf grüne Friedensaktivisten, junggebliebene Grossväter auf grell geschminkte Raverinnen. Sie alle wollen die Legende hören und erleben – er, der mit seinen Freunden seit der Mondlandung, 1968, seit dem Minirock, seit Nixon, Charles Manson, seit der Mauer und der Maueröffnung den passenden Soundtrack zu unserer aller Biografie geliefert hat. Nur die Queen kann länger.

Recht auf Artenschutz

Nicht zu vergessen sind aber auch jene Stimmen, die fassungslos vor den Talenten des Sir Paul kapitulieren. Bob Dylan liess vor zehn Jahren verlauten, dass er regelrecht «Ehrfurcht» vor McCartney habe. «He's got the gift for melody, he's got the gift for rhythm, he can play any instrument. He can scream and shout as good as anyone, and he can sing a ballad as good as anyone. And his melodies are effortless, that's what you have to be in awe of...» Kurzum: Dem gelänge wirklich alles. Für

Madonna gibt es Talente wie Paul allenfalls «... once in a century!» und Bono sprach ihn fast schon heilig: «You call him Sir, but I call him Lord.»

Nun hat der derart Gesalbte nach knapp fünf Jahren wieder ein neues Opus unter die Leute gebracht und das maulende Echo der Fachpresse schien so sicher wie das Amen in der Kirche. Zwar gilt für reifere Barden im



Chamäleonartig: Poppigant McCartney.

Allgemeinen das Recht auf Artenschutz – McCartney ist ja immerhin schon im gesetzteren Alter –, doch im Popgeschäft kann der Umgangston auch mal ruppig ausfallen. Doch es kam anders.

Aus dem Stand schoss «Egypt Station» weltweit auf die oberen Chartpositionen, in Deutschland und den USA sogar gleich auf Platz 1. Kritiker kriegten sich gar nicht mehr ein, die *Welt* rückte das Spätwerk des 76-Jährigen gar in die Nähe von «Sergeant Pepper», der *Spiegel* fand das Album immerhin «ziemlich gut» und das amerikanische *Variety* japste nur noch fassungslos: «Bitch, he's Macca.»

Und ja – es macht einen riesigen Spass den Songs auf «Egypt Station» zuzuhören. Oder nein, besser: Man hört nicht mehr auf damit. Wenn Elvis der King of Rock'n'Roll und Aretha die Queen of Soul waren, ist McCartney

der King of Ohrwurm. Tatsächlich nimmt der unermüdliche Songschmied jede Verzweigung zum Anlass für eine neue Melodie – und zwar eine, die sich auf alle Zeiten einbrennen möge. Seine Tonfolgen verlaufen tatsächlich so mühelos, das labilere Gemüter ihnen *stante pede* verfallen können. Jedes Lied folgt einem eigenen Genre; das war schon immer so: Der Fats-Domino-Stampfer «Lady Madonna» etwa spielte auf einem anderen Planeten als «Yesterday» oder «Helter Skelter», obwohl die drei Songs innerhalb von drei Jahren entstanden. Das Chamäleonartige war durchaus Strategie der Beatles. Während andere Bands den Wiedererkennungswert ihrer Produktionen zum Geschäftsprinzip erhoben, walteten die vier *Liverpuddlians* ein knappes Jahrzehnt lang als immer neugestaltetes Überraschungspaket. «Was machen Sie wohl als Nächstes?», fragte man sich verdattert vor jeder Neuerscheinung.

Unerwartete Haken

Diesem Spass an der trickreichen Verkleidung frönt McCartney Gott sei Dank wieder mal ungehemmt. Zwar beschreibt er sich nach wie

Bob Dylan liess vor zehn Jahren verlauten, dass er regelrecht «Ehrfurcht» vor McCartney habe.

vor als «sehr ehrgeizig», aber man spürt dem Album eine grosse Gelassenheit an. Mit leichter Hand rockt er einen Stadionkracher runter («Fuh You»), eine schwüle Samba-Nummer («Back in Brazil») oder die mehrsätzige Suite «Despite Repeated Warnings», die man durchaus als bissiges Trump-Menetekel lesen kann. Und gerade bei diesem Song zeigt sich McCartneys Meisterschaft: Kaum hat er das erste Balladenthema erkundet («What can we do to stop this foolish plan going through?»), stürzt die Nummer in zunehmend dramatische Bahnen, die immer wieder unerwartete Haken in neue Richtungen schlagen, getreu dem Monty-Python-Motto: «And now for something completely different». Jeder Routenwechsel lässt beiläufig und nebenbei neue Melodienschöpfungen aufblühen, so dass man irgendwann unentrinnbar von genialen Songs umstellt ist. Eine gute McCartney-Nummer macht süchtig. Und auf «» gibt es eine Menge davon.



Paul McCartney: Egypt Station. Universal Music

Der Untragbare

Der Schriftsteller und Journalist Ian Buruma wollte wissen, wie Prominente weiterleben, die nach Anzeigen wegen sexueller Übergriffe freigesprochen wurden. Dies kostete ihn bei der *New York Review of Books* die Stelle als Chefredaktor. Von Beatrice Schlag



«Wie lange soll das anhalten?»: Autor Buruma.

Die #MeToo-kritische Diskussion, die Ian Buruma unter seinen 150 000 Abonnenten auslösen wollte, war brisant. Das Titelthema der Ausgabe vom 11. Oktober soll «The Fall of Men» heißen und anhand der Berichte dreier Männer aufzeigen, welche Folgen Anklagen wegen sexueller Übergriffe und sexueller Gewalt haben, selbst wenn der Angeklagte dafür nicht verurteilt wurde. Ian Buruma ist nicht irgendwer. Der gebürtige Niederländer, mehrfach ausgezeichnete Historiker und Autor, stieg im letzten September in den intellektuellen Gral des amerikanischen Printjournalismus auf: Der 66-Jährige wurde zum Chefredaktor der *New York Review of Books* (NYRB) ernannt.

Online-Lynchmob

Einen angeseheneren Cheftitel als den der linksliberalen, aber auch gerne provozieren-

den NYRB hat der amerikanische Zeitungsmarkt kaum zu bieten. Dass er mit der Geschichte der gefallenen Männer einiges riskierte, wurde Buruma schon bei der harschen redaktionsinternen Vordiskussion klar. Er beharrte auf dem Thema, «weil ich hoffte, es würde eine Diskussion darüber anregen, was Leuten widerfährt, die sich missbräuchlich benahmen, aber nicht von Gerichten, sondern von den Social Media verurteilt wurden. Wie geht man mit solchen Fällen um? Wie lange soll das anhalten?»

Am 14. September stellte die NYRB als Vorschau auf die nächste Printausgabe den Essay von einem der drei Autoren ins Netz, die sich zu ihrem persönlichen «Fall of Men» äussern. Er stammt vom 51-jährigen Kanadier Jian Ghomeshi, der bis weit in die USA als Radiomoderator ein Star war, ehe er 2014 nach einer

Beschwerde seiner Ex-Freundin wegen brutalen Sexualverhaltens vom Sender Canadian Broadcasting Corporation entlassen wurde. Unter dem Titel «Reflections from a Hashtag» beschreibt Ghomeshi in einem zwischen Arroganz, Selbstmitleid und Nachdenklichkeit pendelnden Text den Absturz von der Celebrity zum Paria, «dessen einzige öffentliche Auftritte heute in einer New Yorker Karaoke-Bar um die Ecke stattfinden. Ich kann nicht unter einem Pseudonym neu anfangen. Ich kämpfe ständig mit einer abgefeimten Online-Version meiner selbst. Das ist die Macht der heutigen Massenbeschimpfung.»

Die Passage, welche die #MeToo-Gemeinde an seinem Artikel weitaus mehr erboste als seine Weinerlichkeit, war die folgende: «Nach meiner Entlassung und dem damit verbundenen Medienorkan klagten mich einige andere wegen sexuellen Missbrauchs an. Ich sah mich Strafklagen gegenüber, die vom Reissen an Haaren über Schläge beim Sex bis zu Würgen beim Sex ohne Einwilligung meiner Partnerin reichten.» «Einige andere» war eine Untertreibung an der Grenze zur Lüge: Zwischen Ghomeshis Entlassung und dem Strafverfahren gegen ihn, das 2016 stattfand, hatten über zwanzig Frauen und ein Mann gegen ihn Anzeige erstattet.

Der ehemalige Radiostar wurde von drei der vier strafrechtlich relevanten Anklagen freigesprochen. In seiner Urteilsbegründung legte der kanadische Richter detailliert dar, wie alle drei Anklägerinnen der Polizei und dem Gericht entscheidende Informationen vorenthalten oder beim Kreuzverhör ihren früheren, unter Eid geleisteten Aussagen markant widersprochen hatten. Die vierte Anklage wurde separat mit einem in Kanada üblichen «peace bond» geregelt, der dem Angeklagten unter bestimmten Auflagen die Strafverfolgung erspart. Ungeachtet dessen wurde das Ghomeshi-Urteil von Tausenden von #MeToo-Aktivistinnen in der Luft zerrissen als Paradebeispiel dafür, wie die Justiz nach wie vor Täter schützt und Opfer nicht für glaubwürdig hält.

Dass Jian Ghomeshi von #MeToo erneut niedergemacht wurde, als sein Artikel nach vierjährigem Schweigen in der NYRB veröffentlicht wurde, überraschte niemanden. Zu viele erinnerten sich an den Prozess in Kanada. Aber warum fühlte sich Ian Buruma genötigt, seinen Chefessel nach nur einem Jahr wieder zu räumen? Nie hatte es gegen ihn ei-



Von der Celebrity zum Paria: Jian Ghomeshi.

nen Hauch von Verdacht gegeben, ein sexueller Belästiger zu sein.

Schnoddrig statt kompetent

Ob und wie freigesprochene #MeToo-Angeklagte wieder zurück in einen Job und in ein Leben finden können, ist eine absolut spannende Frage. Der Intellektuelle Buruma stellte sich im Umgang mit dem aufgeheizten Thema allerdings unerwartet patzig an. Erstens redigierte er schlecht. Zweitens redete er gedankenlos darüber. Wenige Stunden nachdem Ghomeshis Text aufgeschaltet worden war, gab er dem Online-Magazin *Slate* ein Interview. Auf die Frage, warum er Ghomeshi neben vielen Beschönigungen auch über zwanzig Anklägerinnen als «einige» durchgelassen habe, sagte Buruma: «Ich weiss nichts Genaues darüber, wie viel Konsens es bei seinem Verhalten gab. Und es kümmert mich auch nicht wirklich.»

Das war unerwartet schnoddrig. Es klang sehr nach einem alten Mann, der nicht wirklich begriffen hatte, was #MeToo ist: eine kulturelle Bewegung, die vor allem Männern etwas abspricht, was seit Jahrtausenden ihr unangefochtenes Privileg war: der Klaps auf den weiblichen Hintern, das Berühren der

Brust, das Versprechen, sich für einen Blowjob am Arbeitsplatz erkenntlich zu zeigen. «Ist doch oft nichts mehr als ein willkommenes Kompliment an die Frauen», sagen viele.

Oft argumentieren Männer auch, #MeToo bagatellisiere wirkliche Verbrechen an Frauen (und Männern, seien es Minderjährige, Schwule oder Transsexuelle) wie Vergewaltigung. Das ist nicht nur Quatsch, weil Vergewaltigung schon lange ein Strafdelikt ist, sondern weil es damit Frauen (um nur die grösste Gruppe der #MeToo-Aktivistinnen zu nennen) das Recht abspricht, sich gegen alltägliche Übergriffe zu wehren, von denen Männer oft keine Ahnung haben, wie demütigend sie sind. Und meist nicht beweisbar, weil sie ohne Zeugen stattfinden und Aussage gegen Aussage steht. Deswegen wollen Frauen so dringend

Oft argumentieren Männer auch, #MeToo bagatellisiere wirkliche Verbrechen an Frauen.

gehört und ernst genommen werden und klingen dabei oft so schrill und unangenehm.

Für Ian Buruma sind von sexuellem Missbrauch freigesprochene Männer unschuldige Männer. Als nach der Freigabe des Ghomeshi-Essays die ersten Drohungen von Inserenten kamen, ihre Aufträge zurückzuziehen, trat er zurück: «Ich wollte über die soziale Schmach von Männern reden, denen juristisch nichts vorgeworfen werden konnte. Jetzt stehe ich selbst am Pranger.» Die NYRB akzeptierte den Rücktritt. Heftige Fürsprecher für Buruma waren sowohl das eher rechtslastige *Wall Street Journal* wie auch die linke Website *World Socialist Web Site* ([wsws.org](http://www.wsws.org)). Beide schrien «Zensur» nach seinem Rücktritt, mit ideologisch völlig konträren Argumenten. Wäre Ian Buruma ein kundiger #MeToo-Experte gewesen, hätte er

den «Fall der Männer» um ein paar Wochen verschoben und seinen Job behalten. Denn ausgerechnet in dieser Woche zeichnet sich in den USA eine Entscheidung ab, die das Land so oder so prägen wird: Am 27. September wird die Psychologin und Professorin Christine Blasey Ford vor dem US-Senat aussagen, wie sie als Fünfzehnjährige von dem sehr betrunkenen Brett Kavanaugh, damals siebzehn und ihr Highschool-Mitschüler, bei einer Party auf ein Bett geworfen und begripscht wurde, bevor sie sich befreien und weglaufen konnte.

#MeToo wird noch wütender

Der erzkonservative Republikaner Kavanaugh, von Donald Trump auserwählter Kandidat für den Obersten Gerichtshof, bestreitet die Anschuldigung vehement. Die Anhörung wird ein Déjà-vu der Anita-Hill-Hearings von 1991 sein, die Clarence Thomas, den damaligen Kandidaten für den Obersten Gerichtshof, der sexuellen Belästigung anklagte. Er wurde trotzdem gewählt, genauso wie Brett Kavanaugh aller Voraussicht nach gewählt werden wird. Denn Kavanaugh wird, wenn Abtreibung in den USA demnächst erneut zur Debatte steht, möglicherweise das entscheidende Nein-Votum zur Selbstbestimmung der Frauen abgeben.

Donald Trump twitterte, allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz, über Blasey Fords Anschuldigungen: «Wenn es wirklich so schlimm gewesen wäre, hätten ihre Eltern oder sie doch sofort Anzeige erstattet.» Die darauffolgenden #MeToo-Tweets waren so krass beleidigend, wie es Ian Buruma nie gesehen hatte. Sollte Kavanaugh in den Supreme Court gewählt werden, würde das eine noch deutlicher gespaltene Nation bedeuten, als sie es ohnehin schon ist. Und eine noch sehr viel wütendere #MeToo-Bewegung, als Ian Buruma je zu befürchten hatte.



NASEN HABEN ALLE.
WIR DEN RIECHER.

Die spannendsten Seiten der Wirtschaft.

Hier für
Newsletter
anmelden:



Ansichten eines ehemaligen FC-Basel-Fans

Vom Zerfall eines traditionsreichen Klubs, der einst die Türen der Herzen öffnete und eine kleine Stadt am Rande der Welt etwas grösser scheinen liess.

Von Michael Bahnerth

Letzten Sonntag spielte der FC Basel in Bern gegen die Young Boys, aber ich ging nicht hin. Ich schaute mir diesen Akt der Zerstörung – YB gewann 7:1 – auch nicht am Fernsehen an, sondern ich ging golfen. Ich golfe noch nicht sehr lange, aber ich bin mir fast sicher, dass ich besser golfe, als der FCB Fussball spielt. Mir geht es besser ohne den FCB. Ich rege mich weniger auf. Ich rege mich nur noch auf, wenn ich gelegentlich an die ekstatischen Momente zurückdenke. Weil in absehbarer Zeit keine neuen kommen werden, deswegen. Ich denke dann an den 17. Dezember 2011, das 2:1 gegen Manchester United, als 30 000 Ichs zum Wir wurden und bis auf die ManU-Supporters ein ganzes Stadion transzendente Gänsehaut hatte und schreiend für ein paar Augenblicke durch das Universum flog.

Friedhofsystem

Was ich sagen will, ist, dass mich mein Leben auch ohne FCB in genug dunkle Täler zu gehen zwingt. Da hat es einfach keinen Platz mehr für dieses depressive Gekicke, das der Klub vor sich hin stolpert. ManU war grosses Kino, aber auch ein Film, der nie mehr zu sehen sein wird, und wenn man zu lange darüber nachdenkt, wird man bloss wütend angesichts des Niedergangs des einst Grossartigen.

Ich hätte nie für möglich gehalten, dass der FC Basel ohne Seele spielen könnte. Dass er auf dem Platz steht wie eine Armee der Toten. Die Spieler leblos nebeneinander wie drei Reihen Grabsteine; hinten vier, in der Mitte vier, vorne zwei; das Friedhofsystem. Es ist nur noch etwas für Fussballer, denen nichts mehr einfällt. Denen der Ball die Freundschaft gekündigt hat.

Das System war einmal ein modernes, aber das ist mindestens fünf Jahre her. Zeitgenössischer Fussball geht anders; schnelles Umschalten, Spiel in die Schnittstellen, genialer Pass, *kawumm*, Tor. Nur schlechter Fussball ist noch Stellungskrieg. Guter Fussball ist Blitzkrieg. Der moderne Fussball braucht moderne Trainer, und ich weiss nicht, ob der jetzige beim FCB, Marcel Koller, einer ist. Er braucht Spieler, die mehr Synapsen im Hirn haben als Tattoos auf der Haut, die über eine Grundintelligenz verfügen oder zumindest über hervorragende Instinkte und die eine Idee vom perfekten Spielzug haben oder ihn zumindest begreifen, wenn ihnen der Trainer einen schildert.

Um einen eleganten Fussball zu spielen, braucht es, nebst den Basics wie einen Ball akkurat zu stoppen, ihn passabel weiterzuleiten, ei-



Mehr Synapsen im Hirn als Tattoos auf der Haut: Kanterniederlage gegen YB, 24. September.

nem effizienten Zweikampfverhalten und so weiter, vor allem zwei, am besten drei Spieler, die hin und wieder von einem kleinen Geistesblitz heimgesucht werden, was räumliches Vorstellungsvermögen anbelangt, und deren Hirn dann die entsprechenden Impulse als Ganzes an die entsprechenden Rezeptoren leiten kann, die dann wiederum die Muskeln dazu bringen, den Ball dorthin zu treten, wo er präzise hinmuss und nicht nur so ungefähr. Dann braucht es Spieler, die erkennen, dass ein Mitspieler gerade einen Geistesblitz hat. Die dann nicht drei Sekunden brauchen, um das zu begreifen, die nicht stehen bleiben und sich zuerst die Haare neu sortieren, bis der Marschbefehl des Gehirns in den Füessen angekommen ist. Die nicht zuerst mit Zweifeln und ab der zweiten Halbzeit zusehends mit Verzweiflung auf dem Platz stehen. Es braucht Spieler mit kreativem Killerinstinkt.

Kunstvoll verlieren

Dass der FC Basel nicht mehr gewinnt, daran kann man sich gewöhnen, kein Ding. Der Klub hatte seine fetten Jahre, wurde acht Mal hintereinander Schweizer Meister und sorgte stets für Beachtliches in der Champions League, für Spiele, die zwar auch nur neunzig Minuten dauerten, aber eine Ewigkeit in sich trugen. Die Dominanz des FCB war dermassen, dass sie eine Langeweile in der Liga schuf und der FCB so langsam, wie einem Ball die Luft ausgehen

kann, als Verlierer seines Erfolges dastand. Er siegte, aber die Siege waren maschinell.

Das Problem ist vielmehr, wie er verliert. Er verliert genau so, wie er in der letzten Saison der Ära Heusler gewann. Es gibt, grob gesagt, zwei Arten, wie man verlieren (und gewinnen) kann; mit oder ohne Glanz. Klar, man kann nicht immer glanzvoll verlieren, weil das ebenfalls eine Kunstform ist, also schwierig. Manchmal läuft's einfach beschissen, und das war's dann. Man kann auch zwei Mal hintereinander nicht glanzvoll verlieren, kann passieren. Aber dann rappelt man sich wieder auf, schnürt die Schuhe, beisst auf die Zähne und gewinnt den Glanz in der Niederlage zurück. All die Fans werden einem das Verlieren verzeihen, wenn man mit Stil, Leidenschaft und einer gewissen Kunstfertigkeit bachab geht. Sie kennen das aus ihren eigenen Biografien. Was sie nicht mögen, vor allem nicht, wenn da elf Mann auf dem Platz sind, deren Lohnsumme für neunzig Minuten in etwa dem entspricht, was sie in vierzig Jahren verdienen, ist, wenn die da unten auf dem Feld ihre Arbeit nicht richtig machen und nicht einmal anständig untergehen.

Vermutlich ist der FC Basel für die nächsten, vielleicht fünf Jahre verloren. Das tut einem ein wenig leid, zugegeben, für die Stadt als solche, die schon seit Jahren dabei ist, Eigentore zu schiessen, aber wenigstens den FCB noch hatte, um sich gelegentlich etwas gross zu fühlen.

Bleibt nur noch die Fasnacht, aber die ist ja seit längerer Zeit auch nur noch in der Reminiszenz das grosse Ding, und in Tat und Wahrheit schrumpft sie gerade von der Grösse eines kleinen Universums zu einem Sternenhäufchen in einem abgelegenen Spiralarm.

Natürlich war die Übernahme eines saturierten Klubs vor einem Jahr durch die Combo aus Burgener, Streller und Frei und auch dem schon zu Lebzeiten unsterblichen Karli Odermatt eine *lost mission*. Vor allem, wenn man nicht wirklich eine Idee hat oder nur eine vage Idee von der Idee. Was hätte man tun können? Man hätte richtig viel Geld investieren und Spieler der Oberklasse kaufen können, um sowieso mit hundert Punkten Vorsprung Meister zu werden und in der Champions League mal ins Viertelfinale zu kommen. Aber dazu fehlten das Geld und der Mut. Also wäre nur noch der Neuaufbau geblieben, eine junge Mannschaft, ein Sammelbecken der Talente, eine Sturm-und-Drang-Mannschaft, die mehr verliert als gewinnt, aber das mit Begeisterung tut. Man wäre jetzt in der Tabelle auch nicht schlechter platziert, aber alle hätten ein besseres Gefühl.

Nicht jeder taugt zum Sportchef

«Pipi», wie man Marco hier nennt, Streller schleicht inzwischen auch schon langsamer durchs Leben als früher über den Platz, wenn es ihm suboptimal lief. Gerüchte reden von einem kleinen Burnout, aber seine Eltern schütteln in einem Interview mit dem *Blick* den Kopf. Pipi nehme sich das alles einfach sehr zu Herzen, schlafe nicht so toll und so weiter. Tja, das ist halt so. Nicht jeder Spieler taugt zum Sportchef, genauso wie nicht jeder Autoverkäufer zum Rennfahrer taugt. Versucht er es trotzdem, weil er sich für einen hält, fährt er die Karre gegen die Wand. Ich sage das ungern jetzt, aber Pipi sollte zurücktreten. Weniger um uns als sich selber einen Gefallen zu tun. Er bliebe immer noch Pipi und könnte sich voll darauf konzentrieren, einst die Nachfolge des 75-jährigen Karli Odermatt zu übernehmen. Da gibt es ja erstaunliche Schnittstellen. Beide können mit

Vermutlich ist der FC Basel für die nächsten, vielleicht fünf Jahre verloren.

Leuten, beide trinken gerne Bier, beide haben eine Ahnung von Fussball, und Pipi hat noch den Vorteil, dass er noch nie pleitegegangen ist.

Ich stieg unlängst in meinen Keller, suchte alte Fotos, auf denen ich in einem neuen FCB-Libbi mit der Nummer 10 auf irgendeinem Fussballplatz stand und stolz wie Oskar war. Ich fand die Fotos, aber sie waren so verblasst, dass ich sie wegschmiss. Ich fand auch den rot-blauen Schal, den meine Grossmutter einst gestrickt hatte und den ich als Achtjähriger ins Stadion trug. Ich legte ihn zurück in den Karton. ○

Mathematik

Was Alfred Nobel vergass

Während in der kommenden Woche der Nobelpreis für Literatur wegen eines internen Zwists nicht vergeben wird, liegen die Dinge beim erneuten Ausbleiben der Mathematik etwas anders. Von François Fricker



Optimaler Transport: ETH-Mathematiker Figalli.

Das Alfred Nobel in seinem Testament vom 27. November 1885 ausgerechnet mit der Mathematik die Königin der Wissenschaften übergangen hat, mag verwunderlich erscheinen.

Der internationale Mathematiker-Klatsch will dazu wissen, dass Nobel wegen einer Frauengeschichte seinem persönlichen Rivalen Gösta Mittag-Leffler (1846–1927) eins auswischen wollte, weil dieser herausragende schwedische Mathematiker wohl der erste Anwärter auf einen Mathematik-Nobelpreis gewesen wäre. Andere Fachleute sehen diese Anekdote etwas prosaischer und behaupten, Nobel habe zeit seines Lebens nie das geringste Interesse für die Mathematik gezeigt.

Um diesen Mangel aus der Welt zu schaffen, schlug der kanadische Mathematiker John Charles Fields (1863–1932) erfolgreich vor, einen Fonds für eine Art Ersatzpreis zu äufnen.

Erstmals verliehen wurde die nach deren Gründer Fields-Medaille benannte Auszeichnung 1936 in Oslo, dann – nach einem durch die Kriegsjahre bedingten Unterbruch – ab 1950 jeweils während der Eröffnungsfeier des alle vier Jahre stattfindenden International Congress of Mathematicians (ICM). Obwohl

der materielle Wert dieser Auszeichnung mit 15 000 kanadischen Dollar (etwas mehr als 10 000 Franken) und der vierzehnkarätigen Goldmedaille mit einem Durchmesser von 63,5 Millimetern nicht eben hoch ist, hat sie dennoch in Fachkreisen durchaus das Prestige eines Nobelpreises.

Nachdem 2014 Seoul, Südkorea, Austragungsort des ICM gewesen war, traf sich die internationale Mathematikergilde dieses Jahr Anfang August für eine Woche in Rio de Janeiro – mit sage und schreibe 3018 Teilnehmern aus 114 Nationen. Höhepunkt war die Eröffnungszeremonie am 1. August, als um 8.30 Uhr die Fields-Medaille an folgende Mathematiker verliehen wurde:

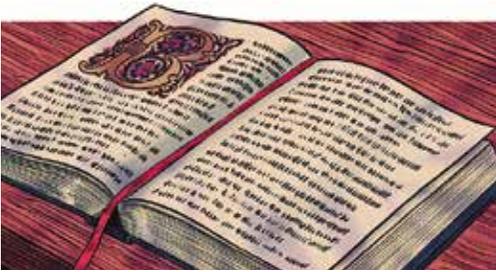
— Caucher Birkar (Jahrgang 1978, von der University of Cambridge): für den Beweis der Beschränktheit von Fano-Varietäten und seine Beiträge zum von Shigefumi Mori initiierten Programm minimaler Modelle in der birationalen Klassifikation algebraischer Varietäten in mehr als drei Dimensionen;

— Alessio Figalli (Jahrgang 1984, von der ETH Zürich): für seine Beiträge zur Theorie des optimalen Transports und dessen Anwendung auf partielle Differenzialgleichungen, Wahrscheinlichkeitstheorie und metrische Geometrie;

— Peter Scholze (Jahrgang 1987, von der Universität Bonn): für die Einführung perfektoider Räume im Hinblick auf ihre Anwendung in der arithmetisch-algebraischen Geometrie und ihren Galois-Darstellungen;

— Akshay Venkatesh (Jahrgang 1981, vom Institute for Advanced Study in Princeton): für die Synthese aus analytischer Zahlentheorie, homogener Dynamik, Topologie sowie Darstellungstheorie und die damit erzielte Lösung lange offener Vermutungen über die Gleichverteilung zahlentheoretischer Objekte.

Was diese Würdigungen im Einzelnen betrifft, so lassen sie sich beim besten Willen auch nicht bloss annähernd in die Umgangssprache übersetzen. In Wirklichkeit hat unter anderem der erwähnte dreissigjährige Laureat Peter Scholze den Eindruck, dass im Moment bloss etwa tausend Fachkollegen einigermaßen verstünden, wie er mit seinen «perfektoiden Türmen» eine ganze Theorie umgekrempt habe. Doch vollständig begriffen hätte das vorerst wohl höchstens ein Dutzend.



Die Bibel

Was ich nicht will

Von Peter Ruch

Ich elender Mensch! Wer wird mich erretten aus diesem Todesleib? Dank sei Gott durch Jesus Christus, unseren Herrn! (Römer 7,24–25a) «Ich», so haben wir gelernt, soll nicht am Anfang stehen. Weder in einer Rede noch in einem Brief, noch in einer Erzählung. Es soll nicht der Eindruck aufkommen, ich nähme mich allzu wichtig. Hier ist dennoch vom Ich die Rede. Ein ganzer Abschnitt ist ihm gewidmet. Allerdings drückt hier keinerlei Selbstsucht durch. Im Gegenteil: Paulus bricht am Schluss seiner Erwägungen zuerst in einen ungewöhnlichen Schrei aus: «Ich elender Mensch!»

«Du Elender!» oder «So ein elender Mensch» kommt uns leicht über die Lippen. Richtet sich aber mein Schrei gegen mich selbst, so ist meine Persönlichkeit gespalten. Paulus leidet hier nicht unter äusseren Schicksalsschlägen. Er leidet unter sich selbst. Vor dem Schrei klagt er darüber, dass er nicht das Gute tue, das er wolle, sondern *das Böse, das ich nicht will, das treibe ich voran* (Römer 17,19). Fast 2000 Jahre nach Paulus hat die Psychologie dieses Phänomen erforscht und manche plausible Erklärung dafür gefunden. Fest steht, dass wir Menschen uns bei weitem nicht unter Kontrolle haben und dass wir – jede und jeder auf eigene Weise – darunter leiden. Manche möchten schreien, weil sie sich und anderen schaden. Oder weil sie andere beleidigen. Der Schrei muss nicht ins Leere gehen. *Wer wird mich erretten? Dank sei Gott!*

Dieser Denk- und Glaubensvorgang kann jeden Menschen davor bewahren, an sich selbst zu verzweifeln. Und er kann davor bewahren, das Unerwünschte und Böse, das in seinem Herzen wohnt, auf andere zu projizieren und sie leichtfertig der Gier, des Rassismus, der Lüge und des Betrugs zu verdächtigen. Die Philosophin Hannah Arendt erkannte bei Adolf Eichmann, dass das Böse als banal erscheinen kann. Die Banalität beginnt damit, dass ich bei mir selbst mit dem Bösen rechnen muss, so rechtschaffen ich grundsätzlich sein mag. Diese Einsicht bewahrt vor Schwarzweissmalerei und entschärft Feindseligkeiten.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Der Zynismus war gigantisch: Napalm-Attacke in Südvietnam, 1966.

Serien

«Es macht mir Todesangst»

Die achtzehnstündige Dokumentation «The Vietnam War» ist die umfassendste Aufarbeitung des längsten amerikanischen Kriegs. Jetzt ist sie auf Netflix verfügbar. Von Wolfram Knorr

Alles zurück. Zurück zum Start, als das Unheil seinen Anfang nahm? Es hat fast etwas Verzweifeltes, wie die Flugzeuge, die über die Reisfelder dröhnen, die Bomben wieder aufnehmen, die verbrannten Hütten sich wieder aufrichten und das Napalm wieder aus dem Dschungel entweicht. Auch die zahlreichen Äusserungen der US-Präsidenten John F. Kennedy, Lyndon B. Johnson, Richard Nixon und anderer Entscheidungsträger laufen rückwärts. Nicht um das Geschehen, die Tragödie Vietnams, wie von Zauberhand rückgängig zu machen, sondern um wenigstens den Ursprung ausfindig machen zu können, von dem aus alles seinen unwiederbringlichen Lauf nahm.

Erster Fernsehkrieg

Und so landet nach diesen Rücklaufszenen die umfassende Achtzehn-Stunden-Doku-Serie «The Vietnam War» von Ken Burns und Lynn Novick im 19. Jahrhundert, als alles begann. Als Frankreich über Vietnam herrschte; und führt weiter zu Ho Chi Minh, dem Führer der vietnamesischen Unabhängigkeitsbewegung, der noch an den US-Präsidenten Woodrow Wilson appellierte, aber nur ein machtbewusstes Frankreich herausforderte; das wiederum den ersten Indochinakrieg anzettelte, 1954 in Dien Bien Phu eine grausame Niederlage

erlitt und Amerika in die «Falle» lockte, «Militärberater» schickte, die Kennedy widerwillig aufstockte, bis am Ende eine halbe Million US-Soldaten den längsten und aussichtslosesten Krieg führten – mit 58 000 gefallenen US-Soldaten und zwei Millionen gefallenen Vietnamesen. Wie konnte es so weit kommen? Was war so zwanghaft daran? Es war die Zeit des Kalten Kriegs, des Kommunismus, der immer mehr um sich griff und die «Domino-Theorie» beflügelte, nach der jeder Nachbarstaat fällt, wenn sich der Sozialismus in einem durchgesetzt hat. Vor diesem Hintergrund hielt der Westen geopolitisch die Lage in Südostasien für alarmierend. Im Hintergrund, so die verbreitete Angst, lauerten China und die Sowjetunion.

Der Vietnamkrieg wurde zum bestdokumentierten Konflikt der Geschichte, galt abwechselnd als erster «Fernsehkrieg», erster «Rock-'n'-Roll-Krieg», erster «Helikopter-Krieg». Reporter, Filmer, Fotografen, Autoren, alles tummelte sich dort, als wär's ein Abenteuerspielplatz. Geschichtsaufarbeitungen verzichteten allzu häufig auf psychologische Faktoren, die bei der Entstehung von Ereignissen wirken – als sei die Geschichte nicht von Menschen gemacht, sondern nur von Ideen oder Begriffen. Als würden die Fakten frei von Leidenschaft, Machtstreben oder Rachsucht geschaffen.

Burns und Novick unterfüttern ihr Mammutwerk sozialpsychologisch, lassen deshalb keine Historiker, sondern nur Veteranen beider Seiten zu Wort kommen, erstmals auch die der Gegenseite. Die nordvietnamesischen Quellen konnten erst genutzt werden, nachdem Bill Clinton Hanoi besucht hatte. Die Autoren nutzten sie, um ein möglichst objektives Bild zu schaffen. Politiker und andere der Administration kommen in Telefonaten, Communiqués und öffentlichen Auftritten zu Wort. Auch die Antikriegsbewegung («Make love, not war»), die Studentenrevolte, der Gleichberechtigungsaufstand der Afroamerikaner, die der ferne Vietnamkrieg auslöste, sind präsent.

«Ich fühle mich wie ein Esel»

Schon Burns und Novicks Werke über den amerikanischen Bürgerkrieg (1990) und den Zweiten Weltkrieg («The War») fanden hohe Zustimmung, «The War» wurde mit drei Emmys ausgezeichnet. Zehn Jahre arbeiteten die beiden am Vietnam-Projekt, mit einer vertrackten Wirkung: Man kann sich kaum losreißen von dem Achtzehn-Stunden-Material, so grausig manches auch ist. Zu dieser erstaun-



«Als gäbe es keinen Ausweg»: US-Marine.

lichen Wirkung trägt auch die unaufgeregte Erzählerstimme von Peter Coyote bei, der mit empathischer Gelassenheit dem unaufhaltsamen Lauf der Geschichte folgt und zuweilen den Eindruck hinterlässt, als würden die Politiker wie unter einem unerklärlichen Zwang handeln. Schon Kennedy war sich nicht sicher, ob es richtig sei, zu tun, was seine Politik zu fordern meinte: dem südvietnamesischen Regime unter dem Katholiken Diem zu helfen, obwohl er unbeliebt und korrupt, aber eben eine Bastion gegen den Kommunismus war (später wurde er ermordet). Auf dem Höhepunkt des Kriegs war es ausgerechnet Verteidigungsminister McNamara, dem eine interne Analyse bewusstmachte, dass der Krieg nicht gewonnen werden konnte. Als er Johnson empfahl, die Truppen nicht aufzustocken, wurde er abberufen und bei der Weltbank entsorgt. Burns und Novick geben ein Telefonat zwischen Lyndon B. Johnson und seinem Freund, dem Senator Richard Russell aus Georgia, wieder, das wie Poes «Sturz in den Mahl-

strom» wirkt. Bei Poe kann sich der Seemann retten, indem er die Dynamik des Strudels studiert und sie sich zunutze macht. Im Telefonat scheint sich niemand retten zu können:

Johnson: «Ich fühle mich wie ein Esel in einem texanischen Hagelsturm. Ich kann nicht weglaufen, mich nicht verstecken, es nicht aufhalten. Vermutlich haben wir keine Wahl, aber es macht mir Todesangst. Wir bringen die Marines. Wir beginnen die Schlacht. Wenn sie dort ankommen, werden sie natürlich in einen Kampf geraten. Was sagst du?»

Russell: «Es macht mir Riesenangst. Aber ich weiss nicht, wie man da jetzt rauskommt. Sieht für mich so aus, als wären wir da rein geraten und es gäbe keinen Ausweg.»

Auch der nachfolgende Präsident Richard Nixon wusste: «Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass wir den Krieg nicht gewinnen können, aber wir müssen das Gegenteil sagen.» Kein Wort über die, die ihre Köpfe hielten. Der Zynismus war gigantisch.

Bemühung um Objektivität

Aber auch auf der Gegenseite war unter den Soldaten die Angst gross, und bei den Strategen herrschte Uneinigkeit. Die Galionsfigur Ho Chi Minh forderte mehr Geduld. Er war sich sicher, dass das südvietnamesische Regime über kurz oder lang fallen würde. Partei-Hardliner Le Duan, der ihn verdrängte, wollte den sofortigen Kampf. Der fiel nicht immer zu Gunsten von Armee und Vietcong aus und war mit verheerenden Opferzahlen verbunden (Tet-Offensive).

Burns und Novick bemühen sich um Objektivität, zeigen das Üble beider Seiten, auch jener der Nordvietnamesen, wie das Massaker an 2800 südvietnamesischen Zivilisten im Frühjahr 1968. Zwar lief «The Vietnam War» bereits vor einem Jahr auf Arte, aber gekürzt. Auf Netflix ist die Dokumentation jetzt ungekürzt verfügbar. ★★★★★

Knorrs Liste

1	Children Act Regie: Richard Eyre	★★★★★
2	Everybody Knows Regie: Asghar Farhadi	★★★★☆
3	Styx Regie: Wolfgang Fischer	★★★★☆
4	Chris the Swiss Regie: Anja Kofmel	★★★★☆
5	Gundermann Regie: Andreas Dresen	★★★★☆
6	Utoya July 22 Regie: Erik Poppe	★★★★☆
7	Das schönste Mädchen der Welt Regie: Aron Lehmann	★★★★☆
8	Jusqu'à la garde Regie: Xavier Legrand	★★★★☆
9	Searching Regie: Aneesh Chaganty	★★★★☆
10	BlacKkKlansman Regie: Spike Lee	★★★★☆

Jazz

Verfertigung der Gedanken beim Spielen

Von Peter Rüedi

Sein Motto, das er auch als Titel seiner Autobiografie gewählt hat, heisst «Good things happen slowly». Es trifft auf die ganze Karriere des zurückhaltenden, uneitlen Pianisten Fred Hersch zu, der, gemessen an seinem Lebenswerk, in seinem 63. Jahr längst ein Superstar der ancharismatischen Figuren nicht überreichen Jazzszene sein müsste. Allein, er ist selbst in seinen häufigen Soloproduktionen das Gegenteil seines monomanen Selbstinszenators, immer auf Substanz aus und nicht auf den Effekt. Erst recht in seinem Trio, zusammen mit den kongenialen Partnern John Hébert am Bass und dem Drummer Eric McPherson, ist alles auf *interplay* angelegt, die mit zunehmender Erfahrung immer telepathischere gegenseitige Kommunikation bei der kollektiven allmählichen Verfertigung der Gedanken beim Spielen (Hersch's gegenwärtiges Trio besteht seit einer ersten CD aus dem Jahr 2010, «Whirl»).

So ist dieses jüngste Opus ein Meisterwerk der klugen Diskretion, des gegenseitigen Respekts und der Sensationen, die dem Zuhörer nicht um die Ohren fliegen, die er gewissermassen im Lauf der Musik selbst entdecken muss. Bei aller Verspieltheit (zu Beginn lässt der Pianist Monks an sich schon erratisches Stück «We See» in einem kühnen Intro bis an die Grenze der humorigen Zickigkeit zerfasern, bevor es dann die Rhythmik in einem durchgehenden *swing* auffängt). Auch die drei Hersch-Originals «Snape Maltings», «Scuttlers» und «Skipping» sind offene Einladungen zur weiteren kollektiven improvisatorischen Erkundung, «Bristol Fog» eine dunkel glühende Hommage an den verstorbenen britischen Pianisten John Taylor und «Newklypso» eine sprühende Reverenz an den Karibomanen Sonny Rollins. Dazu kommen zwei Stücke von Wayne Shorter und abschliessend als Solo-Encore «Blue Monk». Zu Hersch's Charakter passt die Entstehung des Konzerts. Es wurde in einem belgischen Radio-Auditorium zunächst ohne sein Wissen aufgenommen, sozusagen *more live than live*. Entsprechend die inspiriert-entspannte Konzentration dieser Musik.



Fred Hersch Trio:
Live in Europe.
Palmetto PM 2192

Winstons Bombe

Die geheime «M Device» galt als «die wirkungsvollste chemische Waffe, die je erfunden wurde». Im Sommer 1919 liess Churchill 50 000 «M Device»-Bomben nach Archangelsk verfrachten. Britische Wissenschaftler wollten die Auswirkungen des Gases auf bolschewistische Soldaten studieren. *Von Giles Milton*

Soldat Boktroff und seine Kameraden von der Roten Armee hatten sich daran gewöhnt, dass ihre Positionen im Norden Russlands von britischen Flugzeugen überflogen wurden. Seit im Sommer 1918 alliierte Truppen in Archangelsk gelandet waren, kam es fast täglich zu Luftangriffen.

Doch derjenige um die Mittagszeit am 29. August in der Gegend von Plessezkaja erwies sich als deutlich schlimmer als frühere. Aus dem Flugzeug wurden Dutzende Metallkanister abgeworfen. Beunruhigt sah Soldat Boktroff die sonderbar aussehenden Kanister in Richtung Erde fallen. Sie explodierten knapp über den Bäumen und stiessen dabei Wolken grünen Gases aus.

Soldat Boktroff rannte los, um sich in Sicherheit zu bringen, weshalb das Gas bei ihm nicht seine volle Wirkung entfalten konnte. Dennoch schoss Blut aus seiner Nase, und ihm wurde so schwindlig, dass er sich kaum noch auf den Beinen halten konnte. Seine Kameraden hatten weniger Glück. Fünfundzwanzig erstickten, weitere zwanzig verloren das Bewusstsein.

Der chemische Angriff auf das von den Bolschewiken kontrollierte Nordrussland erfolgte auf Befehl von Winston Churchill. Als Kriegsminister hatte er sich immer für militärische Aktionen gegen die Bolschewiken starkgemacht – zum grossen Ärger des Premierministers David Lloyd George. «Der Bolschewismus hat ihm aufs Hirn geschlagen», sagte Lloyd George nach einem Gespräch mit Churchill, «er ist ganz verrückt danach, in Russland einzugreifen.»

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte man in Grossbritannien wenig Lust, Truppen nach Russland zu entsenden. Um gegen Lenins Bolschewiken zu kämpfen, musste Churchill sich deshalb etwas anderes einfallen lassen. Er war ein begeisterter Verfechter biologischer Kriegführung und wusste, dass Wissenschaftler in den staatlichen Laboratorien von Porton in der



«Gas ist eine gnädigere Waffe»: britische Bomben auf die Bolschewiken.

Grafschaft Wiltshire vor kurzem eine verheerende neue Waffe entwickelt hatten.

Die streng geheime «M Device» war eine Granate, die ein höchst giftiges Gas namens Diphenylaminchlorarsin enthielt. Der Mann, der die Granate entwickelt hatte, Generalmajor Charles Foulkes, bezeichnete sie als «die wirkungsvollste chemische Waffe, die je erfunden wurde».

Versuche in Porton deuteten auf eine sofortige Wirkung beim Einatmen hin. Heftiges Erbrechen, Bluthusten und lähmende Müdigkeit gehörten zu den häufigsten Symptomen.

Der Leiter der Chemiewaffenproduktion, Sir Keith Price, war überzeugt, dass diese Granaten das bolschewistische Regime rasch zusammenbrechen lassen würden. «Man muss das Gas nur einmal mit Schmackes einsetzen, dann findet man diesseits der Wologda keine Iwans mehr.»

Die Kabinettsmehrheit lehnte chemische Waffen heftig ab, aber Churchill vertrat seinen Standpunkt mit gewohnter Vehemenz. Er sagte seinen Kollegen, sie sollten die «M Device»

auch für einen Einsatz gegen aufständische Stämme in Nordindien in Betracht ziehen.

«Von ganzem Herzen befürworte ich den Einsatz von Giftgas gegen unzivilisierte Stämme», erklärte er und warf seinen Kollegen «Zimmerlichkeit» vor. In einem bemerkenswerten Memo erklärte er: «Die Einwände des India Office gegen den Einsatz von Giftgas gegen Eingeborene sind unvernünftig. Gas ist eine gnädigere Waffe als eine Sprenggranate und zwingt mit weniger Verlusten als jedes andere kriegerische Mittel einen Feind, eine Entscheidung hinzunehmen.»

Er schloss das Memo mit einer wenig angebrachten schwarzhumorigen Wendung ab: «Was soll daran unfair sein, wenn ein britischer Artillerist eine Granate abfeuert, die den erwähnten Eingeborenen zum Niesen bringt?», fragte er. «Das ist doch dummes Zeug.»

Im Sommer 1919 wurden um die 50 000 «M Device»-Bomben nach Archangelsk verschifft und bald darauf bei Luftangriffen eingesetzt. Das Dorf Jemza, 180 Kilometer südlich von Archangelsk, war eines der ersten Ziele. Um die Mittagszeit wurden 53 «M Devices» abgeworfen, 62 weitere am Abend. Man konnte die bolschewistischen Soldaten in panischer Angst weglaufen sehen, als die dichte grüne Giftgaswolke auf sie zutrieb.

Britische Wissenschaftler waren ganz veressen darauf, die Auswirkungen des Gases zu studieren. Deshalb wurde ein kleines Team nach Russland geschickt, um Opfer der chemischen Angriffe zu untersuchen. Soldat Boktroff gehörte zu denjenigen, die nach dem Angriff auf den Bahnhof von Plessezkaja befragt wurden. Obschon er nur vom äussersten Rand der Gaswolke gestreift worden war, wurde in den Notizen der Wissenschaftler festgehalten, er habe an «Schwindelgefühlen» gelitten, «Nasenbluten und Bluthusten», «Tränenfluss» und «Atemnot».

Soldat Boktroff erzählte den Wissenschaftlern, viele seiner Kameraden seien viel näher

an der Stelle, wo die «M Device» explodiert war, stationiert gewesen. «Sie wurden von der Wolke übermannt und starben darin; andere stolperten kurz herum, dann fielen sie um und starben.»

Andere Zeugen berichteten, ihre vergasteten Kameraden seien «praktisch hilflos am Boden gelegen mit den üblichen Symptomen wie Nasenbluten und Blut aus dem Mund».

Die Angriffe mit den chemischen Waffen dauerten den ganzen Sommer an, wobei Luftangriffe auf die von den Bolschewiken besetzten Dörfer Chunowa, Wichtowa, Pocha, Chorga, Tawoigor und Zapolki geführt wurden. Bei manchen setzte man grosse Quantitäten von «M Device» ein: Auf Wichtowa wurden nicht weniger als 183 Kanister abgeworfen.

Sobald das Gas verweht war, stiessen, mit Gasmasken ausgerüstet, britische und weissrussische Truppen vor und brachten die noch lebenden bolschewistischen Soldaten um.

Die chemischen Waffen erwiesen sich zwar als stark demoralisierend, waren aber nicht so wirkungsvoll, wie Churchill es sich erhofft hatte: Sie führten weder zum von ihm vorhergesagten Zusammenbruch der Roten Armee noch zu nachhaltigen Siegen der alliierten und weissrussischen Streitkräfte. Das lag vor allem am Wetter: In den feuchten Witterungsverhältnissen eines russischen Frühherbstes erwies sich Giftgas als wirkungsschwach.

Im September bereiteten die britischen Truppen ihren Rückzug aus Archangelsk vor, und die Angriffe mit chemischen Waffen wurden abgebrochen. Laut einem Rapport an das War Office waren insgesamt 2718 «M Device»-Granaten auf bolschewistische Positionen abgeworfen worden, 47 282 blieben unbenutzt.

Es war zu gefährlich, sie nach Grossbritannien zurückzutransportieren. Mitte September wurde entschieden, sie im Weissen Meer zu versenken. Ein Schlepper brachte sie zu einer Position rund 45 Kilometer nördlich des Dwina-Ästuars, wo sie ins Meer gekippt wurden.

Dort liegen sie in 72 Meter Tiefe auf dem Meeresgrund.

Giles Milton, 52, ist Historiker und Bestsellerautor. Seine Werke wurden in über zwanzig Sprachen übersetzt. Er schreibt an dieser Stelle wöchentlich über «Mysterien der Weltgeschichte». Der «Meister der Geschichtserzählung» (*Sunday Times*) lebt in London und im Burgund. www.gilesmilton.com

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer

Lesen Sie nächste Woche:

Der Mann mit dem tödlichen Geheimnis



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Kürzlich haben Sie geschrieben, man müsse kein schlechtes Gewissen haben, wenn man ohne eigenes Zutun vermögend sei. Ihr Argument: «Wären die armen Leute besser dran, wenn Sie nichts geerbt hätten?» kann ich nachvollziehen. Trotzdem, die Ungleichheit auf der Welt kann doch niemanden unberührt lassen, oder? Martina R., Gossau

Der Mensch lebt von der Verschiedenheit. Sie könnten zehn Personen gleich viel Geld geben, zum Beispiel 100 000 Franken. Was sähen Sie nach fünf Jahren? Die einen hätten ein Vielfaches, andere vielleicht noch gleich viel, andere weniger und einige gar nichts mehr. Dann hätten Sie wieder die Ungleichheit.

Dass etwas nicht gleich ist, muss nicht störend sein. Natürlich, wenn jemand reich wurde, weil er anderen das Vermögen gestohlen hat, dann ist das störend. Wer unverschuldet in Armut versinkt, dem muss geholfen werden. Hier ist Hilfe angebracht. Das ist die Fürsorge. Sie kann privat im Stillen erfolgen, ist aber

heute von Staates wegen garantiert. Darum zahlen die reichen Leute ja Steuern. Noch wichtiger ist, dafür zu sorgen, dass der Arme aus eigener Kraft auf die Beine kommt. Darum ist es von grösster Bedeutung, dass der Staat Bedingungen schafft, unter denen die Menschen Arbeit, Verdienst und Vermögen haben können. Armut muss bekämpft werden. Im internationalen Vergleich hat die Schweiz eine hierfür gute Staatsform gefunden.

Aber gibt Länder, die darauf achten, möglichst keine Ungleichheiten beim Reichtum zuzulassen. Sie verstaatlichen alles, damit niemand reicher werden kann. Doch all diese Experimente sind schiefgegangen. Die Menschen wurden zwar alle gleich, nämlich gleich arm, und die Länder sind verarmt. Diese sozialistischen Systeme waren gutgemeint, aber geschaffen worden ohne Kenntnis der menschlichen Natur und Triebfeder.

Sie sehen, vermögend zu sein – und sei es durch eine Erbschaft – bringt auch Verantwortung mit sich. Wenn Sie den Ärmeren am wirkungsvollsten helfen wollen, setzen Sie Ihr Vermögen so ein, dass das Geld arbeitet. Gründen Sie eine Fabrik, beteiligen Sie sich an einer solchen, so dass die weniger Vermögenden bei Ihnen arbeiten können. Dann wird zwar die Ungleichheit nicht kleiner, aber der Arme wird reicher, und es geht ihm besser.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch.

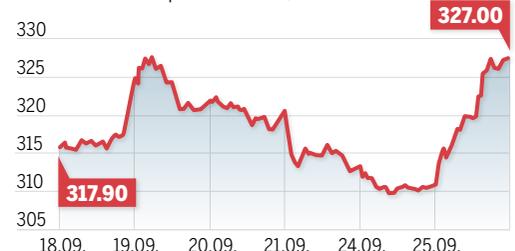
Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Gewinner der Woche Bergkraftwerk

Industrieunternehmen in Bergtälern, aus historischen Gründen am Wasser liegend, den Namen des Ortes oder des Flusses tragend – das tönt wie das Gegenteil von erfinderischen und boomenden Hightechfirmen in industrieller Lifestyle-Umgebung. Aber es ist verblüffend: Im Bündnerland und im Wallis gibt es zwei Konzerne, die sich in rauer Umgebung abseits von Zentren zu Gewinnmaschinen entwickelt haben, die Kollegen in Zürich und Basel neidisch machen. Am Rhein bei Domat/Ems glänzt der Ems-Konzern mit modernsten Kunststoffen, an der Lonza in Visp im Wallis brilliert die Lonza-Gruppe mit Spezialprodukten für Pharma-, Biotech-, Nahrungsindustrie. Beide kommen auf enorme Betriebsgewinnmargen, Lonza im ersten Semester 2018 auf 20 Prozent.

Aktienkurs von Lonza

Vom 18. bis 25. September 2018, in Franken



QUELLE: SIX

Und: Jeder investierte Franken warf bei Lonza 30 Rappen Ertrag ab, da werden Banker bleich. Die jüngsten Aktienkursbewegungen hingen mit neuesten Erläuterungen des Managements zum Geschäftsgang zusammen. *Beat Gygi*



Thiel

Verwurstung

Von Andreas Thiel

Kundin: Ich hätte gerne ein paar Würste für die Kinder zum Bräteln.

Metzger: Da empfehle ich Ihnen diese Kalbsbratwürste aus Tofu. Die sind gerade sehr im Trend.

Kundin: Würste aus Tofu?

Metzger: Sie haben ja so recht! Tofu schmeckt irgendwie nach nichts. Und diese Gensoja aus den USA ist ja auch alles andere als biologisch. Aber schauen Sie hier, diese vegetarischen Quorn-Pouletbrüstchen kommen sehr gut an bei den Eltern.

Kundin: Quorn?

Metzger: Entschuldigen Sie bitte vielmals! Quorn ist ja streng genommen gar nicht vegetarisch, da es sich um einen Zuchtpilz handelt, also um einen Organismus, der keine Pflanze ist, weil ihm der Vorgang der Fotosynthese fehlt. Hingegen sind diese Satay-Rindsspiesschen aus biologischem Seitan vegan. Das ist pures Weizeneiweiss und kommt von der Textur her dem Fleisch sehr nahe.

Kundin: Seitan?

Metzger: Sie haben ganz recht mit Ihrer kritischen Haltung. Weizeneiweiss ist ja reines Gluten, und darauf sind heute unglaublich viele Kinder allergisch. Deshalb empfehle ich Ihnen diese Schweinsbratwürste aus Palmöl. Die gehen auch für muslimische Kinder.

Kundin: Muslimische Kinder?

Metzger: Ihr Misstrauen ist berechtigt. Weshalb sollte man muslimische Kinder zum Vegetarismus verführen? Vegetarismus ist völlig unislamisch. Zudem werden für Palmöl ganze Regenwälder abgeholzt. Damit wird den indigenen Völkern die Nahrungsgrundlage geraubt. Sind Ihre Kinder allergisch oder einfach nur vegan?

Kundin: Nein, die sind einfach nur ganz äh... normal. Haben Sie keine Cervelats?

Metzger: Cervelats? Da könnte ich ja gleich die Hakenkreuzfahne vor meine Metzgerei hängen. Solche Würste sind ein Symbol für Nationalismus. Meine Würste hingegen sind ideologisch einwandfrei. In dieser Metzgerei wird Moral und Ethik verwurstet.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Regisseur Kosky im Stalin-T-Shirt

Dekadentes am Zürcher Opernhaus: Barrie Kosky verteidigt seinen Auftritt mit Diktatoren-Bildnis. Von Hildegard Schwaninger

Barrie Kosky schockiert gerne. Der Regisseur wurde bei der Saisonöffnung am Zürcher Opernhaus, wo er die selten gespielte Oper «Die Gezeichneten» von Franz Schreker inszenierte, mit viel Applaus bedacht. Der Australier stand auf der Bühne, ein fideler Typ, der vor Freude herumhupste und wie immer etwas schräg aussah – mehrere Ringe an den Fingern, buntscheckige Turnschuhe und Klamotten wie aus der Altkleidersammlung. Nun, modisch befinden wir uns ja heute in der «Anything goes»-Epoche, und auch Intendanten sollen ihre Freiheit haben (Kosky ist Intendant der Komischen Oper Berlin). Doch etwas irritierend war, dass er ein T-Shirt mit dem Bildnis von Josef Stalin trug. An der Premierenfeier, zu der Intendant **Andreas Homoki** hinter die Bühne lud, sorgte das – bei allem Verständnis für Spass – bei einigen für betretene Gesichter. Ich sprach Barrie Kosky an: «Wie können Sie das Konterfei eines Massenmörders auf der Brust tragen?» Kosky: «Stalin hat auch Gutes bewirkt.» Ich: «Was würden Sie sagen, wenn jemand ein Hitler-T-Shirt trüge?» Kosky: «Hitler war schlimmer.» Pro memoria: Stalin soll für den Tod von 20 Millionen Menschen verantwortlich sein. Also berechnete Frage: Wo hört der Spass auf und beginnt der Ernst? Ich habe Herrn Kosky dann trotzdem zu seinem Erfolg mit den «Gezeichneten» gratuliert.

An seinem 150-Jahre-Jubiläum geht das Zürcher Tonhalle-Orchester durch Zeiten des

Umbruchs. Die Tonhalle am See wird zurzeit umgebaut und ist, bis zur Wiedereröffnung im Oktober 2020, in die Maag-Halle ausgelagert. Man hat, nach dem Abgang des jungen Chefdirigenten **Lionel Bringuier** und bis zum Start des designierten Chefdirigenten **Paavo Järvi**, eine Art Interregnum zu bewältigen; das Tonhalle-Orchester ist bis Herbst 2019 ohne Chef, also quasi verwaist. Wenn die Zeiten schwierig werden, müssen Freunde zusammenhalten, und dass die Tonhalle Freunde hat, viele und grosszügige, zeigte sich am traditionellen «Diner Musical», das Samstagabend in der Maag-Halle stattfand. Es war ein Abend des Aufbruchs. Und mit einem gigantischen Reinerlös: 850 000 Franken. Dieses Geld ermöglicht, dass in der «Zwischensaison», als Ersatz für den festen Chef, Spitzendirektoren und -solisten in Zürich engagiert werden können.

Zum Fest «150 Jahre Tonhalle-Orchester» fand definitiv *tout Zurich* den Weg nach Zürich-West, Tonhalle-Präsident **Martin Vollenwyder** durfte auch Stadtpräsidentin **Corine Mauch** begrüßen. Es war ein glanzvoller Abend im vollbesetzten Saal, organisiert von einem Team tatkräftiger, engagierter Frauen, denen die Musik am Herzen liegt: **Françoise Schmid-Perlia**, **Carole Schmied-Syz** und **Helena Zimmer** vom Vorstand des Gönnervereins sowie **Michaela Braun** und **Kathrin Pfäffli** von der Tonhalle-Gesellschaft. Der Präsident des Gönnervereins, **Pierre N. Rossier**, konnte nur noch danken. Die Orchestermusiker gin-



Fast verliebt

Verdien mich!

Von Claudia Schumacher

Der Moment, in dem Valeska nicht nach der Rechnung griff, liess Kjells Hoden auf die Grösse von Rosinen schrumpfen. Zahlen tat sie sonst quasi immer. Sie verdiente deutlich mehr als er, na und? Dass sie

aber heute, beim Pärchenabend mit Miri und Tim, demonstrativ die Rechnung für ihn liegen liess, brachte die Wahrheit ans Licht. Ein Stich in seiner Brust: Sie schämte sich. Für ihn. Weniger Geld, weniger Mann: So sind sie, die Frauen. «Ich liebe dich für das, was du bist» – Bullshit! Am Ende des Tages wollen sie, dass du ihnen zeigst, wo's langgeht. Dass du die Brötchen nach Hause bringst. Dass du der Mann im Haus und der Macker im Bett bist. Valeska war doch keinen Deut besser als jede andere Ziege. Programmierung, es liegt ihnen im Blut: Sie wollen unterworfen werden. Frauen gehen selber am schlechtesten damit um, wenn sie mehr Geld haben als du, mehr Macht. «Vale, du musst jetzt nicht so tun. Zahl doch einfach», sagte Kjell also lachend. Und fügte an: «Wir wissen doch eh alle, dass bei uns die Frau die Brötchen heimbringt.»

Valeska machte grosse Augen, ihr Herz gefror sekundenschnell. Dieser Tonfall! Pures



Wo hört der Spass auf? Regisseur Kosky.



H. Zimmer, C. Schmiel-Syz, F. Schmid-Perlia (v.l.).



Von Wagner bis Márquez: Dirigent Payare.

gen von Tisch zu Tisch, redeten mit den Gästen, ehe sie fürs Konzert auf das Podium stiegen. Geführt vom jungen Dirigenten **Rafael Payare** aus Venezuela (Ausbildung bei «El Sistema», ab Juli 2019 Musikdirektor San Diego Symphony), spielten sie eine «Zeitreise»: von 1868 bis heute, von Richard Wagner, Tschaikowski, Prokofjew, Schostakowitsch über John Adams bis zum mexikanischen Komponisten Arturo Márquez.

An Kreativität nicht zu überbieten waren die Auktionsangebote. So konnte man einen Segelnachmittag auf dem Zürichsee mit dem Tonhalle-Oboisten und zweifachen Segel-Schweizer-Meister **Kaspar Zimmermann** ersteigern oder ein Abendessen mit Tonhalle-Intendantin **Ilona Schmiel** und Paavo Järvi oder den ganzen Konzertsaal (samt Foyer) für einen Abend mit einem Quartett-Konzert. Das begehrteste Los war «Kochen mit Orchestermusikern bei sich zu Hause»; es wurde elfmal ersteigert.

Die Zürcher Tonhalle ist exzellent unterwegs, gerüstet für weitere 150 Jahre. «Wenn der Mensch auf kognitive und emotionale Bildung durch Musik verzichtet, dann dürfte es um die Zivilisation schlecht bestellt sein», sagt **Laurenz Lütteken**, Ordinarius für Musikwissenschaft an der Universität Zürich, in der Festschrift. Da braucht sich Zürich, wie der Abend zeigte, keine Sorgen zu machen. Und erfreulich, was im Lauf des Abends bei Gesprächen zu erfahren war: Viele der anwesenden Gäste spielen selber ein Instrument oder nehmen sogar Musikunterricht. Und: Paavo Järvi dirigiert schon vor seinem Antritt als Musikdirektor zehn Konzerte in der Maag-Halle. Am 10. und 11. Oktober Gustav Mahler und Franz Liszt.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Gift. Und sein dummes, verklemmtes Lachen. Fast aggressiv! Sie schaute Miri und Tim an, aber die blickten betreten woanders hin. «Haha, ja, kein Thema», sagte Valeska also, gezwungen nett. «Ich war grad nur mit den Gedanken woanders.» Was nicht stimmte. Sie hatte die Rechnung mit Absicht liegen gelassen. Damit Kjell nicht wieder das Gefühl bekam, klein zu sein. Denn das hatte er in letzter Zeit ständig. Und er war doch ihr Schatz. Sie liebte ihn. Wobei sie schon auch manchmal dachte: «Ein Mann ist ein Mann, und kein Mann bleibt kein Mann.» Wenn Kjell neben ihr den Entmannten spielte und dieses Zickengesicht aufsetzte, dann stieg in ihr neuerdings manchmal eine leise Verachtung auf. Sie wusste: Das ist nicht gut. Kam aber nicht um den Gedanken hin: «Wärst du ein Mann, wärst du ein Mann – basta! Ganz egal, was ich tue oder an Geld nach Hause

bringe.» Wieso stand er sich so auf dem Schlauch? Warum freute er sich nicht einfach über das Geld, egal, woher und von wem es kam? Sie konnten sich manchen Luxus leisten. Wie konnte er ihnen nur so vermiesen, was eine gute Zeit hätte werden können? Sie hatten kaum noch Sex. Valeska fragte sich oft, ob es an ihr lag. Machte die Karriere sie unattraktiver? Sah sie irgendwie männlicher aus?

Sie wollte, dass Kjell sie weiterhin begehrt. Also lächelte sie über vieles hinweg. Rannte nach getaner Arbeit ins Fitnessstudio. Und reihte sich ein in die Vielzahl neurotischer Grossstädterinnen, die viel zu dünn sind und ihr teures Sashimi dennoch kaum anrühren. Als wäre ihre reale Stärke ein Fehler und nur verzeihlich, wenn sie physisch besonders schwach und zerbrechlich wirkten.



Unten durch Sehvermögen

Von **Linus Reichlin**

Nehmen wir mal an, dein Sehvermögen hat nachgelassen. Das hast du daran gemerkt, dass deine Frau dir nach zwölf Jahren Ehe wieder besser gefällt. Du findest sie wieder richtig knackig, wenn du ganz nahe an sie rangehst, hat sie die makellose Haut einer Zwanzigjährigen. Manchmal, wenn dir ein Urlaubsfoto nicht besonders gefällt, du es aber trotzdem nicht löschen möchtest, weil es einen erinnerungswürdigen Moment zeigt, wendest du den Effekt «Weichzeichner» an, und genau diesen Special Effect beherrschen deine Augen jetzt auch ganz ohne Computer. Wenn deine Frau im Halbdunkel nackt auf dem Bett liegt, ist sie wie eine Fotografie von David Hamilton. Sie ist eingehüllt in einen zarten Schleier der Jugendlichkeit. Bei vielen Optikern hängen Poster, auf denen steht «Die Brille ist der Sieg der Neugier über die Eitelkeit». Aber wer ist denn neugierig auf die Krähenfüsse seiner Frau, auf ihre kleinen und grossen Unebenheiten? Eine Brille ist nichts anderes als eine Lupe, und wer will denn eine Lupe auf die Fältchen, Wärrchen und Altersflecken seiner Frau richten – doch wohl nur ein Sadist! Ein Mann, der sich eine Gleitsichtbrille kauft, ist ein Mistkerl, der zu seiner Frau sagt: «Seit ich die Brille habe, sehe ich dich endlich so, wie du bist. Es ist, als würdest du im Flutlicht eines Fussballstadions stehen, es bleibt nichts unentdeckt, gar nichts!» So ein Mann bist du aber nicht. Du weisst, dass Erotik auf einem gesunden Mass an Blindheit beruht.

Deine Frau sagte kürzlich: «Du schaust mich ja richtig verliebt an!» Sie war glücklich, und du warst es auch, denn was für ein Genuss ist es, wenn der andere wieder geheimnisvoll wird, weil man ihn nur undeutlich sieht. Deine Altersweitsichtigkeit führte zu einer unglaublichen Liebesnacht, in der auf dich die Aussage von Madonna zutraf, die einmal über junge Männer sagte: «They don't know what they're doing, but they're doing it all night long.» Privat möchtest du also auf eine Gleitsichtbrille verzichten, aber beruflich ist das nicht so einfach. Ein Vertragstext wird nicht erotischer dadurch, dass man ihn nicht mehr lesen kann. Im Büro trägst du also seit neustem eine Lesebrille,

»» Fortsetzung auf Seite 64

aber nur heimlich, wenn keiner hinsieht. Deine Augen sehen hinter den Brillengläsern nämlich riesengross aus, du siehst dann aus wie einer, der ohne Finger nicht auf drei zählen kann. Sobald einer deiner Kollegen auftaucht, nimmst du die Lesebrille ab und tust so, als würdest du auf dem Bildschirm sehen, was du gerade eintippst. An den Konferenzen setzt du dich ganz hinten am Tisch hin, damit keiner neben dir sitzt, und dann vergrösserst du die Bildschirmschrift deines Notebooks auf 200 Prozent. Leider hat dein Chef das kürzlich bemerkt. Er ist ein Darwinist. Hinterher hast du gehört, wie er im Kopierraum zu jemandem sagte: «Bald taucht der hier mit einer Armbinde mit drei Punkten auf und fuchelt vor den Kunden mit dem Blindenstock rum.» Die Arbeitswelt ist so grausam geworden!

Irgendwann wirst du gezwungen sein, eine Entscheidung zu treffen: Gleitsichtbrille oder Liebeswunder? Beruflicher Erfolg oder Glück in der Liebe? Theoretisch könntest du die Gleitsichtbrille zu Hause beim Schmuseu jeweils abnehmen, aber keine Frau will einen Mann, der seine Brille abnimmt, bevor er ihr sagt, wie attraktiv sie ist. Manchmal fragst du dich, wie du eigentlich für deine Frau aussiehst. Sie ist so alt wie du, aber sie kann sogar noch die Nährwertangaben von Beutelsuppen ohne Brille lesen. Sie findet euren zweiten Frühling zwar wunderbar, aber dir ist aufgefallen, dass sie seit einiger Zeit beim Sex immer das Licht löscht, sogar im Gang und in der Küche, damit das Schlafzimmer auch wirklich total dunkel ist. Eigentlich kannst du nur hoffen, dass auch sie bald von der Altersweitsichtigkeit heimgesucht wird, denn sonst könnte es kritisch werden.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Die Leichtigkeit des Seins

Von Peter Rüedi

Der Riesling × Silvaner, die Kreuzung, die dem im Thurgau, in Tägerwilen, geborenen Hermann Müller 1882 am von ihm geleiteten pflanzenphysiologischen Institut der preussischen Forschungsanstalt Geisenheim gelang, ist heute die weisse Leitsorte der Deutschschweiz, wie die Chasselas die Leitsorte der welschen Schweiz ist. Beide haben nicht die beste Presse, beide sind im Begriff, sich bei Kennern phönixmässig aus ihrem durch unterschiedliche Umstände verursachten miesen Ruf aufzuschwingen. Wurde dem Chasselas die Überproduktion zu Beginn der achtziger Jahre zum Verhängnis sowie eine protektionistische Landwirtschaftspolitik, so wurde der Riesling × Silvaner paradoxerweise ein Opfer seiner Qualitäten. Was ihn auch unter dem Namen seines Erfinders (Müller-Thurgau) im letzten Jahrhundert zu einem Welterfolg machte: Seine Robustheit, Ergiebigkeit, Frühreife und aromatische Unverkennbarkeit wurden ihm zum Verhängnis. Er ist, vereinfacht gesagt, die

Sorte für problematische Lagen. An ideal exponierten Hängen, auf zu fetten Böden und voll ausgereift produziert er eine penetrante Aromatik, die anspruchsvolle Weingeniesser zu verachten begannen wie Rasierwasser.

Einer neuen, jüngeren Winzergeneration ist diese Problematik zunehmend bewusst. Sie weiss, dass gerade beim Riesling × Silvaner ein feines Händchen gefragt ist, dass bei dieser Sorte generell weniger mehr ist – vom Weinberg über den Lesezeitpunkt bis zur Arbeit im Keller. Abgesehen davon, dass Müllers Kreuzung inzwischen die Abstammung abgesprochen wurde (Gen-Analysen haben mittlerweile erwiesen, dass die Mutter nicht die Silvaner, sondern die Sorte Madeleine Royale ist, ihrerseits eine Kreuzung), macht diese neue Generation Weine, die das banale Image des «Müller-Thurgau» (Oxford-Weinlexikon: «eine Sorte, die dem deutschen Weinbau Unheil gebracht hat») nachhaltig korrigieren. Einer ihrer Vertreter ist der Aargauer Winzer Adrian Hartmann, der seit 2015 einen Weinberg in Oberflachs im Schenkenbergertal bewirtschaftet und neben einer süssen Variante («Adrians Dolce Vita») einen wundervoll schlanken, zitronigen, mineralischen, raffiniert diskreten und in der Säure pikanten Riesling × Silvaner macht, sozusagen die muskulös-nervige Ballett-Variante der Sorte. Sie enthält gerade mal 11,5 Prozent Alkohol, wurde mit den ganzen Trauben gepresst und im Stahltank ausgebaut. Ein helles Vergnügen, zu empfehlen nicht nur zum Aperitif, sondern auch nach (zu) üppigen Gelagen mit (zu) schwergewichtigen Weinen, wenn wir uns mit einem letzten Drüberstreuer wieder die Leichtigkeit des Seins in Erinnerung rufen müssen.

Adrian Hartmann Riesling × Silvaner 2017 Aargau AOC. 11,5%. Küferweg, Seon. Fr. 19.–. www.kueferweg.ch



Salz & Pfeffer

Frisches Fischvergnügen

Von Andreas Honegger

Am Meer befällt uns mit der frischen Meeresluft die Lust nach Meeresfrüchten: Man glaubt die Frische der Produkte hier auf sicher zu haben – selbst wenn sie

auch von weit her geliefert wurden. Die Magie des Ortes dominiert, und wenn auf den Nachbartischen die grossen *plateaux* mit Muscheln, Fisch und Krustentieren auf Eis aufgetragen werden, hält einen nichts mehr. Inbegriff eines derartigen Lokals ist das «Les Viviers du Pilon» in Saint-Tropez. Es liegt beim Hafen, direkt am Meer und umfasst auch ein Verkaufslokal, das am Morgen frische Meeresfrüchte anbietet.

Am Abend geniesst man den Blick aus dem Lokal auf den Golf von Saint-Tropez, mit prächtigen Sonnenuntergängen und dem langsamen Aufglimmen der Lichter auf der anderen Seite des Meeresarms, der die Halbinsel vom Festland trennt. Der Blick auf die Jachten, die hier vor Anker liegen, verkürzt einem die Wartezeit, bis die Platten aufgetragen werden. Sie sind so voll, dass man das Eis, auf dem sie liegen, kaum mehr sieht. Wenn man auf nichts allergisch ist, kann man in der Vielfalt schwelgen. Persönlich verzichten wir – aus langjähriger Erfahrung –

auf gewisse Meeresschnecken. Die Austern schmecken prächtig, auch die Krustentiere, vor allem die Scampi, die Crevetten in diversen Grössen und die *araignée de mer* mit ihrem schmackhaften, zarten Fleisch.

Hummer, Languste sowie Loup de Mer, Steinbutt und viele andere Fische warten in der Vitrine nur darauf, ausgesucht und von den Köchen in die Pfanne befördert zu werden. Man weiss hier, wie mit ihnen umzugehen ist: sie so einfach wie möglich zubereiten, ohne viele Zutaten und Saucen. Die Stars sind die *fruits de mer* – und meist reicht es, wenn eine Zitrone dabeiliegt. Die Idee, einen Fischladen und ein Restaurant gemeinsam zu führen, ist ideal. Dass die Preise an dieser Lage und bei der Qualität der Meerestiere mindestens ebenso saftig sind wie die Austern und Co., versteht sich.

Les Viviers du Pilon, 2, avenue du Général de Gaulle, Saint-Tropez (F). Tel. +33 7 69 82 75 62



Auto

Audi ist elektrisiert

Mit grossem Bahnhof hat Audi in San Francisco sein Elektrofahrzeug e-tron der Welt präsentiert – eindrücklich. *Von David Schnapp*

Der Ort ist nicht zufällig gewählt: mitten in San Francisco, im Bill Graham Civic Auditorium, wo schon Grateful Dead, Lady Gaga oder Radiohead aufgetreten sind, präsentiert Audi den Medien seine Zukunft: den e-tron, oder wie es die Marketingspezialisten der Marke ausdrücken: «Electric has gone Audi» (etwa: Elektroautos sind jetzt von Audi). Bescheidenheit ist nicht die Attitüde dieses Auftritts. Im Tesla-Land tritt Audi selbstbewusst und laut auf.

Taxis fahren mit e-tron-Werbeschildern auf dem Dach durch die Stadt, die Marke aus Ingolstadt, eben noch von unangenehmen Schlagzeilen über den Dieselskandal belastet, will mit Macht dagegenhalten. Abends dann wird der e-tron vor 1600 geladenen Gästen in einer aufgemotzten Industriehalle mit viel Licht, Drama und lauter Musik enthüllt.

Denn natürlich hat Audi nicht einfach mit grossem Tamtam ein weiteres Elektroauto auf die Strasse gebracht, sondern einen E-Audi! Mit einem aerodynamischen Unterboden, automa-

tisch öffnenden Lamellen im Kühlergrill oder virtuellen Kamerarückspiegeln, welche die Aerodynamik verbessern und Windgeräusche reduzieren. Der Akustik hat man sich intensiv gewidmet, um die Insassen vor den Hochfrequenz-Geräuschemissionen der beiden Motoren an Vorder- und Hinterachse zu schützen.

Der e-tron hat das Format eines geräumigen SUV, kommt äusserlich im typischen Audi-Schnitt daher und wirkt innen edel-futuristisch. Eine siebenhundert Kilogramm schwere Batterie soll rund vierhundert Kilometer realistische Reichweite ermöglichen und 300 kW Leistung abgeben – etwas über 400 PS. An Schnellladestationen kann die Batterie mit bis zu 150 kW in 29 Minuten zu 80 Prozent geladen werden.

Der Ladeinfrastruktur hat man sich sowieso intensiv gewidmet – zurzeit immer noch einer der Haupthindernisgründe für die flächendeckende Ausbreitung von Elektromobilität. Mit Ionity haben die deutschen Automobilhersteller zusammen

mit Ford ein Unternehmen gegründet, das für die Schnelllade-Infrastruktur entlang der Autobahnen aufkommt. Dazu hat man bei Audi mit viel Aufwand verschiedene Ladestationenanbieter verbunden, so dass e-tron-Besitzer einfach, mit nur einer Zugangskarte, an 65 000 Stationen zu Strom kommen sollen.

Und im Angebot ist auch eine fahrbare Batterie, ungefähr von der Grösse einer SBB-Minibar. Die Idee: Man lädt das Akku-Wägelchen am Haushaltsstrom auf und rollt es dann zum Beispiel in eine Garage, wo es keine andere Ladesäulen gibt. Mittels Schnellladeverfahren kann die Mobilbatterie dann zügig 24 kWh ins Auto übertragen.

Dass nach BMW mit den i-Modellen und Mercedes mit EQC die dritte grosse deutsche Automarke elektrisch vorfährt, könnte den Markt aufrollen. Während BMW mit dem i3 und i8 bisher Nischenprodukte anbietet, ist der Audi e-tron interessant für Käufer, die auf ein Premium-Elektroauto von hoher Qualität gewartet haben und denen ein Tesla in dieser Hinsicht zu wenig bietet.

Audi e-tron

Leistung: Elektromotor – 408 PS/300 kW/max. 664 Nm;
Höchstgeschwindigkeit: 200 km/h;
Beschleunigung 0–100 km/h: 5,7s;
Verbrauch (WLPT): 21 kWh/100km;
Preis: ab Fr. 89900.–

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf ein Sternekoch nach einem langen Arbeitstag bei sich zu Hause zum Nacht eine tiefgekühlte Fertig-Lasagne in den Ofen schieben? *Lea Lichtensteiger, Zürich*

Sternköche dürfen fast alles, wenn sie abends alleine zu Hause sind – wie Komiker, die privat auch nicht ständig Witze machen, oder Autorennfahrer, die auch mal auf dem Velo unterwegs sind. Der Schweizer Kochweltstar Daniel Humm hat das in Bezug auf sein Restaurant «Eleven Madison Park» in New York einmal so ausgedrückt: «Wir nehmen uns selbst nicht so ernst, aber das, was wir machen, umso mehr.» *David Schnapp*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Die Wähler, die nicht mitgerückt sind, werden diffamiert.»

Dagmar Anheyer

Demokratie war gestern

Nr. 38 – «Merkels Treibjagd auf den mutigen Beamten»; Roger Köppel über den Fall Maassen

Es freut mich, dass der Autor die Zustände in Deutschland so gut erkennt und durchleuchtet. Hier traut sich das keiner mehr. Die CDU ist weit nach links gerückt unter Merkel. Die Wähler, die nicht mitgerückt sind, werden unter ihrer Ägide diffamiert. Demokratie war gestern, Meinungsfreiheit auch, die deutschen Medien geben nahezu einhellig vor, was «politisch korrekt» ist. Es ist nicht zu ertragen! Ähnliches Vorgehen kennt man nur aus Diktaturen, sowohl der Vergangenheit als auch der Gegenwart. Merkel instrumentalisiert einige wenige Dummköpfe aus dem Osten, um ein ganzes Volk nach links zu treiben. Aber ich glaube an meine Landsleute. Das Vertrauen in die Politiker ebenso wie in die deutschen, mittlerweile «Mainstream-Medien» genannt, wurde in den vergangenen drei Jahren nachhaltig gestört, sie werden von grossen Teilen der Bevölkerung nicht mehr als glaubwürdig erachtet. *Dagmar Anheyer, Düsseldorf (D)*

Auch jetzt noch geistert das schummrige Hetzfilmchen aus Chemnitz über den Bildschirm. Der erste Eindruck ist: Ein Mann läuft ein paar Schritte hinter jemandem her, der ihm Geldbörse oder Smartphone gestohlen hat. Dies ist unseren Propagandamedien Beweis für einen aufgebrachten Mob. Täglich sehen wir im Netz lustige Filmchen, in denen Eichhörnchen Kugeln jonglieren, Bären ihre braunen Felle weisswaschen. Unsere Qualitätsmedien halten das offensichtlich für virtuose Dressurleistungen des chinesischen Staatszirkus. *Hans Schuler, Ludwigsburg (D)*

Diesen Beitrag sollte sich jede deutsche Journalistin und jeder deutsche Journalist ins Arbeitszimmer hängen. Er zeigt auf, was guten Journalismus ausmacht: Objektivität, Sachlichkeit, Distanz zum Geschehen und die tiefgründige Recherche. Leider ist zu befürchten, dass es in Merkels Deutschland so weitergeht wie bisher. Wie meinte schon Gorbatschow gegenüber Honecker 1989: «Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.» Ein Journalist fasste das dann zusammen als «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben». Wird in Deutschland – durch die Bundesregierung und die vermeintlichen Leitmedien – im Jahr 2018 auf das Leben, auf die Realitäten reagiert? Mitnichten! Deutschland hat in der Tat noch einen langen Weg vor sich, um wirklich eine echte Demokratie zu werden. Leider sind viele (West-)Deutsche schon zu satt, geben sich weiter einer Obrigkeit hin, die keine mehr

sein sollte... Habt also ihr Schweizer weiterhin Deutschland im Blick!

Marko Michels, Schwerin (D)

Beteiligung an Tourismuswerbekosten

Nr. 37 – «Auswärts wie zu Hause»; Peter Keller über Airbnb

Das Lob für Airbnb ist nicht angebracht, solange Vermieter von Ferienwohnungen mit Abgaben belastet werden, die von Airbnb nicht oder nur sporadisch erhoben werden. Ich komme mir blöd vor, dass ich für mein Rustico im Tessin schon mal 392 Franken pro Jahr Pauschalgebühr bezahlen muss, damit ich in meinem eigenen Haus übernachten darf. Als Vermieter bezahle ich für jeden Gast (ab 16 Jahren) Fr. 3.25 pro Tag. Diese Taxe setzt sich zusammen aus Tassa di soggiorno und Tassa di promovimento turistico. Das macht pro Jahr schnell einmal 600 bis 1000 Franken. Wer vermietet, soll sich beteiligen an den Tourismus-Werbekosten. Es ist höchste Zeit, dieses Prinzip auch für Airbnb konsequent umzusetzen. *Roland Popert, Ossingen*

In aller Klarheit

Nr. 37 – «Die Furiöse»; Claudia Schumacher über Serena Williams

Sie bringen es auf den Punkt. Die Drama-Queen Serena Williams hat mich des Öfteren schon geärgert. Jetzt aber hat sie den Bogen überspannt. Ich wollte schon selber zur Feder greifen, fragte mich dann aber, was es bringt: wohl bloss einen Shitstorm erzürnter Feministinnen. Ich bin froh, hat eine Frau an meiner Stelle das Nötige in aller wünschbaren Klarheit gesagt. *Peter Wehrli, Bern*

Korrigenda

Im Artikel «Cuno Amiets Geheimnis» (Nr. 38/18) haben wir den abgebildeten Mädchenakt falsch beschriftet. Nicht Amiets Adoptivtochter Greti sass für das Gemälde von 1912 Modell, sondern Hilda Trog, die Tochter des NZZ-Fuilletonredaktors Hans Trog. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

	1	2	3	4		5	6		7	8		9		10
	11								12			13		
14						15								
16									17					
18								19						
			20		21		22				23	24	25	
		26		27						28				
29	30		31			32		33			34			
35				36			37				38			
	39							40					41	
42								43						
	44					45								

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Gehrter Gewinner

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Pique Dame: bei Tschaikowski deren Grossmutter. 5 Sie haben immer Recht, zumindest meinen sie das oft. 11 Dolce far niente - oder lieber noch dies mit ihr. 12 Ausdauernde Weltsprache von anno dazumal. 14 Südamerikanisches Fitnesskonzept mit Aerobic-Anleihen. 15 Fast schon pietätlos, sie Möbelstücke zu nennen. 16 Oscar Wilde: Er muss nicht dumm sein, aber enttäuscht wird er immer sein. 17 Steht als schönes Beispiel für einen: Oberwil in der Gemeinde Waldkirch (Kt. SG). 18 In den Augen der Briten deutsche Grafen. 19 Weiblich, poppig, und ganz wie im Wallis. 20 Es geht mit Flop, Pleite oder schlimmer einher. 23 Ein Zahn, den Zahnärzte anders sehen als Patienten. 27 Auf dem Ein-Dollar-Schein bildlich verewigt. 28 Paul Valéry und Georges Brassens lokale Gemeinsamkeit. 29 Im mythologischen Ranking Hauptgott aus dem Norden. 32 Die Messe mit den berühmten Bratwürsten. 34 Eulenart, die grösste. 35 Gehalt ohne ideellen Wert. 37 Das Wort steht für einen Zeitraum, der mal begonnen hat und weiter andauert. 39 Es gehört zum Servicepersonal. 40 Abwärts, hinter und dann eben auch so. 42 Vögel können es, Sportler teils auch. 43 Diese Farbe verspricht Hoffnung. 44 Luftballons? Bei ihr waren es viele. 45 Bei ihm bleibt immer etwas übrig.

Senkrecht — 1 Er war mal turbomässig unterwegs, danach zog's ihn in die Lüfte. 2 Sich häufig wiederholend. 3 Wenn etwas unmittelbar im Anschluss an das Vorangehende geschieht. 4 Binnengewässer, heute eher Wüste statt Wasser. 6 Unterbrechung, dient auch als Stütze. 7 Politisch gesagt: Gemeinde im Wahlkreis Wil, Kanton St. Gallen. 8 Mühsames Tun für eine erspriessliche Ernte. 9 Mit Schirm, Charme und Melone – und mit dieser Emma. 10 Bindeglied zwischen verschiedenen Vertriebsstufen. 13 Was hier die Mafia, ist in China eher dies. 14 Nicht wissend, wohin es gehen soll. 15 CH-Nutzfahrzeugverband. 19 Das Christentum machte einen Glaubensartikel daraus. 21 Standardisierte Form gegosener Schmelze. 22 Eines wie das Maigrauge bei Freiburg. 24 Übung macht den Meister, das weiss gerade der Solisten-Neuling. 25 Machen Egoisten besonders gerne. 26 Haltbar gemachtes Grünfuttermittel. 28 Bei ihr kann einem das Lachen im Hals stecken bleiben. 30 Wertvoller digitaler Rohstoff. 31 Hülsenförmige Mittelstücke eines Rades. 33 Nordamerikanischer Indianerstamm. 36 Fitzgerald klingt zusammen mit ihr ganz schön jazzig. 38 Jener Gott, bei uns nicht mehr so genannt, einst jedoch allbekannt. 41 Kleinstes Mitglied der Familie der Hirsche.

© Fritz Müller - Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 585

C	A	L	I	G	U	L	A			S	U	O	M	I
H		I		H		I	N	G	R	I	M	M		S
O	B	S	T	E	R	N	T	E		A	W	A	C	S
N	E	K	R	O		K	E	L	L	N	E	R	I	N
	R	I	E	N	Z	I		D		L		N		
	G	M			S	L	A	P	S	T	I	C	K	
B	A	L	A	B	A	C		N	I	E		I		
A	M	O		A		H	A	L	T	E	R	U	N	G
T	O	N	A	R	T			A	S	T	E	R	N	
I		D	R	E	H	U	N	G		A	N	B	A	U
S	P	O	N	T	A	N		E		N	E	A	T	
T		N	O	T	R	E		N	I	G	E	R	I	A

Waagrecht — 1 CALIGULA 6 SUOMI 10 INGRIMM 12 OBSTERNTE 15 AWACS 17 NEKRO 18 KELLNERIN 19 RIENZI (Rienzi, der letzte der Tribunen: Titel einer Wagner-Oper) 20 SLAPSTICK 23 BALABAC 26 NIE 27 AMO (it. f. ich liebe) 28 HALTERUNG 31 TONART 34 (Herbst-) ASTERN 35 DREHUNG 37 ANBAU 38 SPONTAN 39 NEAT 40 NOTRE 41 NIGERIA

Senkrecht — 1 CHON (noch) 2 LISKI 3 GHEON 4 LINKISCH 5 (T-) ANTE 6 SIAN (Anis) 7 UMWELT 8 OMAR 9 ISSN 11 GELDANLAGEN 13 BERGAMO 14 TREMA 16 CINCINNATI 21 PITS (engl. f. Gruben) 22 SEETANG 23 BATIST 24 LONDON 25 BARETT 29 RENEE (von franz. Renée, die Wiedergeborene) 30 URBAR 32 ARNO (Schmidt, Hauptwerk: Zettel's Traum) 33 THAR 36 UNE (franz. f. eine)

Lösungswort — GENIALITAET



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien



DIE YACHT-MASTER II

Die ultimative Armbanduhr für Segelprofis und der Inbegriff von Kampfgeist und Spitzenleistungen im Segelsport. Als innovativer Regatta-Chronograph ist sie ausgestattet mit einer einzigartigen programmierbaren Countdown-Funktion. Rolex. Sie zählt nicht nur die Zeit. Sie erzählt Zeitgeschichte.



OYSTER PERPETUAL YACHT-MASTER II

BUCHERER

1888

bucherer.com